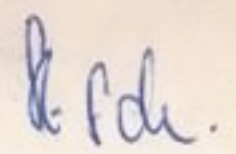


Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

13. März 1978
Jg. 6 Nr. 11

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen!

Die Arbeiter wissen, daß Kampf, nicht Klassenversöhnung nötig ist

Sieben Prozent haben die Hafenarbeiter vor einigen Wochen erstreikt. Erst wollten die Hafenkapitalisten überhaupt nur 4,8 Prozent herausrücken, dann waren sie nach der Schlichtung bereit, 5 Prozent zu zahlen. Die ÖTV hat das Schlichtungsergebnis ablehnen müssen. Man konnte den Hafenarbeitern damit nicht kommen. In der Urabstimmung hat die überwältigende Mehrheit der Hafenarbeiter für Streik gestimmt. Die ÖTV hat den Hafenkapitalisten ein Ultimatum gestellt, und nachdem die Kapitalisten nicht mehr zahlen wollten, hatten die Hafenarbeiter endlich die Möglichkeit, die Sache selber in die Hand zu nehmen und den Streik zu beginnen. Ohne Gewerkschaft geht das schlecht, und es ist schwer, die Einheit zu finden. Mit Streikbeginn haben verschiedene Leute als Streikziel eine 6 vor dem Komma zu verbreiten versucht. Aber als der Streik der Hafenarbeiter erst einmal stand, war es damit nichts. Nach noch nicht mal einer Woche Streik und verschiedenen vergeblichen Spaltungsversuchen mußten die Kapitalisten auf Klose, den Bürgermeister von Hamburg, zurückgreifen, um wenigstens mit 7% davonzukommen. Auf einmal konnten sie zahlen. Aber eine Gemeinheit wollten sie noch unterbringen. Den Januar wollten sie nicht bezahlen, und die ÖTV-Verhandlungskommission stimmte nicht nur diesem Beschiß zu, sondern vereinbarte mit den Hafenkapitalisten auch noch, daß es sich bei den 7 Prozent um ein einmaliges Ergebnis handle.

In der Urabstimmung der Hafenarbeiter ist das Ergebnis abgelehnt worden. Die Erhöhung muß auch auf den Januar bezahlt werden, war ihre Forderung. Der Streik der Hafenarbeiter war den Kapitalisten so in die Knie gefahren, daß sie in neuen Verhandlungen einer Pauschale von 120 Mark für den Januar zustimmten. Das war immer noch Beschiß, denn damit hatten sich die Kapitalisten um die Bezahlung der Lohnerhöhungen auf die Zulagen vom Januar gedrückt. Das wesentliche Ergebnis des Streiks jedoch ist gewesen, daß die Arbeiter im Streik die Absicht der Kapitalisten durchbrachen und daß sie die Gewerkschaft nutzen konnten, um einen Vertrag durchzusetzen, der den dauernden Lohnsenkungen Einhalt gebietet.

Über 275000 Metallarbeiter in Nordwürttemberg-Nordbaden haben in der Urabstimmung für Streik gestimmt, um gegen die dauernden Lohnsenkungen anzugehen. Rund 500000 Metallarbeiter waren es in Nordrhein-Westfalen. Bis dahin hatten bereits Zehntausende von Metallarbeitern in Streiks das Angebot der Kapitalisten von 3,5% in Nordwürttemberg-Nordbaden und von 3% in Nordrhein-Westfalen zurückgewiesen. Auf 4,8 Prozent waren die Metallkapitalisten in der Schlichtung in Nordrhein-Westfalen schon gegangen. So schnell kann es mit „endgültigen Angeboten" endgültig vorbei sein. Eine 5 vor dem Komma sei das Ziel, schwatzten zu diesem Zeitpunkt die sozialdemokratischen Verhandlungsführer in Stuttgart herum, und die Journalisten verbreiteten es begeistert weiter. Die Metallarbeiter sahen die Sache anders. Nicht für eine 5 vor dem Komma ha-

(Fortsetzung auf Seite 2)

mer noch Beschiß, denn damit hatten sich die Kapitalisten um die Bezahlung der Lohnerhöhungen auf die Zulagen vom Januar gedrückt. Das wesentliche

Hartnäckiger Kampf des palästinensischen Volkes gegen die zionistischen Besatzer im Westjordan



Seit Anfang Februar haben die Kämpfe des palästinensischen Volkes in den von den Zionisten besetzten Gebieten des Westjordan einen großen Aufschwung genommen. Tausende gingen in Nablus, Halhul und anderen Städten auf die Straße, um unter den Parolen „Nein zur Siedlungspolitik. Nein zur zionistischen Besatzung. Ja zur PLO, der einzig legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes!" zu demonstrieren. Auf unserem Bild führen die Massen die Fahne Palästinas mit.

Die zionistischen Besatzer haben ihre Truppen weiter verstärkt und alle Buchhandlungen geschlossen. Sie glauben, damit die Verbreitung der Lieder der palästinensischen Revolution verhindern zu können. Die Zeitungen dürfen über diese Kämpfe nicht berichten. Am 20.2. zerstörten palästinensische Kommandoeinheiten ein Gebäude in Acre, das zu Verhören benutzt wird, vollständig. Am 17.2. geriet ein israelisches Militärfahrzeug in den Hinterhalt einer palästinensischen Kommandoeinheit. Die Besatzung wurde getötet oder verwundet.

Die Bürgermeister und Stadträte in den besetzten Gebieten erklärten, „daß es keinen gerechten Frieden im Nahen Osten geben kann ohne den vollständigen Rückzug der zionistischen Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten, die Wiedererlangung der Rechte des palästinensischen Volkes und den Aufbau seines unabhängigen nationalen Staates auf seinem Territorium in Palästina."

kes und den Aufbau seines unabhängigen nationalen Staates auf seinem Territorium in Palästina."

Kaffeeverkäufe ausgesetzt – Kampfschritt gegen Imperialisten

Vom 28. Februar bis zum 4. März haben Mexiko, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Honduras alle Kaffeeverkäufe ausgesetzt. Am 4. März haben sie das weitere gemeinsame Vorgehen beraten gegen die Versuche der Imperialisten, durch Drücken der Preise die kaffeeproduzierenden Länder zu berauben. Der Sprecher der mexikanischen Kaffeebehörde zur Aussetzung der Kaffeeverkäufe: „Unsere Länder denken, daß die Schätzungen des US-Landwirtschaftsministeriums (über die Erzeugung exportierbaren Kaffees) übertrieben sind" und als „Druckmaßnahmen für niedrigere Kaffeebohnenpreise auf den internationalen Märkten" dienen sollen. Durch die Aussetzung der Verkäufe wurden die Imperialisten unter Druck gesetzt; die US-amerikanischen Röstereien z.B. verfügen nur über knappe Vorräte für 2 bis 3 Wochen, nachdem sie absichtlich zur Durchsetzung niedrigerer Preise ihre Lagerbestände aufgebraucht und die Nachfrage gedrosselt hatten. Gegen Spaltungsversuche der Imperialisten haben die kaffeeproduzierenden Länder Ende Februar ein gemeinsames Preisgremium gebildet.

Indien stoppt private Devisenausfuhr

Die indische Regierung hat beschlossen, daß die im Land vorhandenen privaten Devisenbestände für die Entwicklung des Landes benutzt werden müssen, z.B. für den Ankauf von Maschinerie und nicht als Kapitalanlage außer Landes gebracht werden dürfen. Seit 1976 wird aus Indien mehr exportiert als importiert. Zwischen April und September 1977 betrugen die Exporte 25,85 Millionen Rupien, die Importe 24,15 Millionen Rupien. Es bildete sich ein zunehmender Devisenüberschuß. Die Imperialisten, denen noch immer ein großer Teil der Produktionsmittel in Indien gehört, lassen verstärkt für den Export produzieren, zögern aber mit neuer Kapitalanlage, weil sie nach profitträchtigeren Anlagemöglichkeiten suchen. Während 1976 die Industrieproduktion um 10% gestiegen war, stieg sie 1977 nur um 5%. Der Beschluß der Regierung soll das Wachstum der Industrieproduktion wieder beschleunigen. „Es wäre paradox, wenn ein armes Land im Ausland investieren würde statt zuhause", heißt es im Regierungsbericht.

Massenstreiks in Griechenland

Zu einem eintägigen Generalstreik in allen größeren Städten hatten die Gewerkschaften in den Öffentlichen Dien-

Massenstreiks in Griechenland

Zu einem eintägigen Generalstreik in allen größeren Städten hatten die Gewerkschaften in den Öffentlichen Diensten am 1. März aufgerufen. Am Streik beteiligten sich die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Verkehrsmittel, die Bankangestellten und Bauarbeiter praktisch vollständig, drei Viertel der Angestellten im Fernmeldewesen, ein Viertel aller Handelsangestellten, es streikte das Personal der Krankenhäuser sowie das Bodenpersonal der Olympic Airways. Die Taxifahrer unterstützten den Streik. Gefordert wurde eine dreißigprozentige Lohnerhöhung, die Fünftagewoche und Steuerbefreiung für die unteren Einkommensklassen. Auch in verschiedenen Industriebetrieben, darunter bei ITT, streikten die Arbeiter. Obwohl die Regierung ein totales Demonstrationsverbot verhängt hatte, wurden bereits am Vormittag zwei Massenkundgebungen durchgeführt. Insgesamt beteiligten sich etwa 250000 Arbeiter und Angestellte an den Kampfaktionen.

Streik der belgischen DAF-Arbeiter

Seit dem 27. Februar streiken die 1100 Arbeiter von DAF in Oevel (Belgien) v.a. für Arbeitszeitverkürzung auf 39 Std. 1978, 38 Std. 79, für eine Lohnerhöhung von 5 bfr (ca. 33 Pf) und eine Überbrückungsrente für Arbeiter ab 55 Jahren. Die Kapitalisten haben bisher die Erfüllung der Forderungen kategorisch abgelehnt und ein Angebot von 3000 bfr (knapp 200 DM) Urlaubsgeld vorgelegt. Außerdem wollen sie sich von den DAF-Arbeitern das „Recht" verbriefen lassen, jeden, der im Akkord nicht mehr mithält, entlassen zu können.

Inzwischen sind sie durch den Streik, dem ersten seit 30 Jahren bei DAF, in arge Schwierigkeiten geraten. Seit der vergangenen Woche ist ein Teil der Produktion im Mutterwerk in Eindhoven lahmgelegt, dauert der Streik diese Woche noch an, läuft hier gar nichts mehr. Versuche der DAF-Kapitalisten, wenigstens einen Teil der Produktion (Kabinen, Achsen) von Oevel nach Eindhoven zu verlegen, sind an der Solidarität der Eindhovener DAF-Arbeiter, die sich wiederholt geweigert haben, Streikbrecherarbeiten zu machen, und der Unterstützung durch die Niederländische Metallarbeitergewerkschaft gescheitert.

Der Föderalismus hemmt die Bourgeoisie, er muß beseitigt werden

CDU-Alternative zum ländereinheitlichen Polizeigesetz: Bundesgesetzgebung für das Polizeiwesen

Die „heiße Spur" bei der polizeilichen Fahndung nach den Entführern von Hanns-Martin Schleyer ist in einer „kalten Liste" gelandet. Pannen seien passiert im Wirrwarr der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten bei der Polizei. Bundesinnenminister Maihofer und Nordrhein-Westfalens Innenminister Hirsch, die Leitung des Bundeskriminalamtes werden stundenlang ver- und angehört. Derweil macht sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" richtungsweisende Gedanken: „Die Sicherheitsorgane haben Anspruch auf Vertrauen, mehr noch, auf Solidarität. Aber sie können nicht auf unbegrenzte Zeit von der kritischen Frage verschont sein, warum ihre Arbeit ergebnislos bleibt." (9.3.78)

Einige Vorlaute aus der CDU verweisen zwar auf den baden-württembergischen Minister Bender, der nach den Mordfällen im Stammheim-Gefängnis seinen Hut nehmen mußte, aber ansonsten „bedauern" Kohl und Schmidt einmütig die „Pannen". Das wundert – hat aber System.

Erinnern wir uns: Große Wortgefechte im Bundestag bei der Debatte über die „Anti-Terror-Gesetze" im Februar. Der CDU reichte der Vorschlag der SPD nicht aus, nur die Durchsuchungsmöglichkeiten von Gebäuden zu erweitern, Kontrollstellen einzurichten, zur „Identitätsfeststellung" Menschen zu verhaften und erkennungsdienstlich zu behandeln, Verteidiger leichter auszuschließen und die Trennscheibe bei Gesprächen zwischen Verteidiger und Mandant einzuführen. Sie wollten in das Gesetzesbündel unterdrückerischer Maßnahmen die Überwachung des mündlichen Gesprächs zwischen Verteidiger und Mandant, die lebenslange Sicherheitsverwahrung auch für Ersttäter, Einschränkung der Strafe auf Bewährung und Einstufung einer „kriminellen Vereinigung" als Verbrechen. „Die ganze Bundestagsdebatte vom 18. Februar wurde so zu einem Helden-Auftritt der Regierung; alle Versuche der Opposition, ihre Gesetzesvorschläge ins Licht und damit die der Koalition in den Schatten zu stellen, prallen ab an der veränderten Dramaturgie, deren Stichwort hieß: Schmidt gegen Coppik. „...Vergessen war nun, wie die Bundesregierung sich von allen Ankündigungen, besonders nach der Entführung Schleyers, alles rechtsstaatlich Zulässige zur Bekämpfung der Terroristen solle getan werden, ein halbes Jahr lang Schritt für Schritt zurückgezogen hatte", kritisiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung".

Nach dieser Schelte braucht man nicht über den Ausgang der Beratungen des Gesetzespakets im Vermittlungsausschuß zu spekulieren. Ernst Albrecht, Ministerpräsident von Niedersachsen: „... ein Versuch (muß) gemacht werden, zu weiteren Verbesserungen zu kommen." (NDR, 7.3.)

Doch damit nicht genug – in Hinsicht auf Zentralisierung und Erhöhung der Schlagkraft des Polizeiapparates sind in letzter Zeit verschiedene Schritte getan worden – das eigentlich Bedeutende ist die „Alternative" der CDU zu ihrem Gesetzentwurf „Über die Aufgaben und Befugnisse der für die Wahrung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung zuständigen Behörden des Bundes". Die „Alternative" heißt: „Vereinheitlichung des Polizeirechts durch Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auch für das Polizeiwesen in den Ländern auf den Bund mittels Änderung des Grundgesetzes und Erlaß eines Bundes-Polizeigesetzes für die gesamte Polizei in Ländern und Bund".

Polizeirecht als Länderrecht ist einer der Wesensbestandteile des Föderalismus, der im Grundgesetz garantiert ist. Föderalismus steht im Gegensatz zum Zentralismus, bedeutet Streben nach Errichtung oder Erhaltung eines Bundesstaates mit weitgehender Eigenständigkeit der Einzelstaaten, heißt es im „Fremdwörter-Duden". Der Föderalismus war der westdeutschen Bourgeoisie nie angenehm, aufgezwungen von den Besatzermächten, um einen Konkurrenten niederzuhalten, nützlich nur, um unter den Volksmassen den Kampf gegen die Neuorganisierung der kapitalistischen Ordnung niederzuhalten mit der Versicherung von mehr Demokratie. Aber seit langem zum Hemmnis geworden, um die staatlichen Tätigkeiten uneingeschränkt für den Expansionsdrang der westdeutschen Imperialisten einzusetzen, untauglich auch, weil die Klassenkampf der Arbeiter keine Bundesländergrenzen kennt. So wird auch von der Bildungsseite, der Energieprogramm-Seite am Föderalismus gerüttelt.

Die Bourgeoisie weiß auch die Leute, auf die sie bei der Durchsetzung dieses Programms setzen kann: Da ist Rötger Groß, FDP, Innenminister in Niedersachsen. Er hat sich ein dickes Lob eingehandelt für den Satz: „Der freiheitliche Rechtsstaat sei nur glaubwürdig, wenn er die Freiheit aller – und dazu gehöre auch die Freiheit von Angst – im Auge habe, nicht nur das Wohlergehen der Täter, das manchem mehr zu interessieren scheint als das der Opfer". Die „Frankfurter Allgemeine" hofft, daß Groß aus diesem Satz Konsequenzen ziehe, sofern er das noch nicht gemacht hat. Da ist Albrecht, wenn auch dumm, so doch tauglich als der „Matador", der Totschläger, wie er auf dem Landesparteitag der CDU genannt wurde: „Wir haben der Bundesebene alle verfügbaren Beamten zur Verfügung gestellt. Wir sind auch weiterhin bereit, alles zu tun." Da ist Hasselmann, der Fraktionsvorsitzende der CDU in Niedersachsen, der das Ganze garniert mit: „Wir müssen daher immer wieder deutlich machen, daß nicht die Macht oder der Gewinn oder der Besitz, sondern der Mensch das Maß unseres Handelns ist."

Ideologischer Flankenschutz ist nötig, denn, wenn auch die neuesten Umfragen ergeben haben sollen, daß die Bevölkerung mehr Schutz vor Terroranschlägen wünscht, muß die Bourgeoisie doch feststellen: „Ist es nicht erstaunlich, ein wie geringes Interesse beim Publikum die Ergebnislosigkeit der Fahndung nach den Mördern Schleyers findet?" (FAZ, 9.3.78) Um so wichtiger, die „Alternative" der CDU durchzusetzen. Und wer es sich recht überlegt, die „Panne" in der Fahndung paßt gut ins Konzept – zu gut! Die „Panne" als Vehikel, um Hemmnisse für die Bourgeoisie zu beseitigen, da „bedauern" Schmidt und Kohl nur noch. – (N-Red.)

Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen!

Fortsetzung von Seite 1

ben sie in der Urabstimmung gestimmt, sondern für Streik mit dem Ziel, daß mit den dauernden Lohnsenkungen Schluß gemacht wird. Eine 6 vor dem Komma sei jetzt nötig, hieß es dann von seiten Steinkühlers nach der Urabstimmung: „Mein Eindruck ist, daß eine Fünf vor dem Komma jetzt nicht mehr akzeptiert werden würde. Das habe ich zu respektieren." An den Hauptvorstand wandte sich die Tarifkommission mit den Worten: „Eindeutigkeit und Geradlinigkeit sind das Gebot der Stunde." Der Hauptvorstand ließ die Journalisten aus seiner Sitzung vom Mittwoch berichten, daß sich Steinkühler und Herb von Nordrhein-Westfalen um die Ehre gestritten hätten, welcher der beiden Bezirke denn nun streiken dürfe. Vor Mittwoch keiner, und am Mittwoch vielleicht Schwerpunktstreik in Nordwürttemberg-Nordbaden, hieß der Beschluß.

Aber schon hatten sich die Kapitalisten gemeldet, „um den Arbeitskampf im letzter Stunde abzuwenden." Für das Wochenende wurden „Spitzengespräche" vereinbart. Horst Knapp, Vizepräsident des Metallkapitalistenverbandes, meinte zu Beginn der Gespräche: „Lösungsvorschläge haben wir mitgebracht." Wie schnell den Kapitalisten was Neues einfällt, wenn die Arbeiter erst mal ihre Stimme erheben und ihrer Stimme durch Streiks den nötigen Nachdruck verleihen! Und was wollen die Kapitalisten lösen? Das Problem, das die Einheit der Arbeiter im Kampf gegen die Lohnsenkungen für die Kapitalisten bedeutet, wollen sie lösen. Dafür haben sich Metallkapitalisten und Gewerkschaftssozialdemokraten im Frankfurter Hotel Intercontinental eingemietet. Den Tischrechner haben sie natürlich dabei. Womit kann gespalten werden? Geht es schon mit 5,2 Prozent? Kann man damit die oberen Lohngruppen schon abspeisen? Oder braucht es mehr? Sicher ist, daß die Metallarbeiter diesen Spaltungsbemühungen der Kapitalisten nur einen Riegel vorschieben können, wenn sie außer der Streichung der Lohngruppen 1 bis 3 auch eine Mindestforderung aufstellen in Höhe der 8 Prozent auf den Ecklohn. Im Nordverbund und Niedersachsen ist das schon gefordert. Sicher werden die beiden Bezirke deshalb nach hinten geschoben. Aber von hinten kann man ja auch drücken. In den VW-Werken ist Ende der letzten Woche gestreikt worden. Bei VW Salzgitter haben die Arbeiter demonstriert. Der Vertrauensleutekörper hat eine Sitzung durchgeführt und von den Kapitalisten ein Angebot verlangt. Wird es den Kapitalisten gelingen, eine Spaltungslinie herauszufinden, auf die sie sich mit den Sozialdemokraten in der Gewerkschaft einigen können? Ganz haben die beiden Verhandlungspartner die Sache schon nicht mehr in der Hand. Einen Abschluß müssen sie in Nordwürttemberg-Nordbaden und in Nordrhein-Westfalen einer erneuten Urabstimmung vorlegen. Das macht es schon schwerer, sich über die Interessen der Metallarbeiter hinweg zu einigen.

Die Regierung übte die ganze Zeit, wie sie das nennt, Zurückhaltung. Noch auf einer Betriebsversammlung bei Peine & Salzgitter – der Vier-Prozent-Abschluß in der Stahlindustrie war bereits erschlichtet – hat Kanzler Schmidt jede Einmischungsabsicht weit von sich gewiesen. Aber dann kamen die Urabstimmungsergebnisse der Metallarbeiter herein, und seitdem sprudelt es aus den Regierungsmitgliedern nur so heraus. Graf Lambsdorff: „Was die Bundesregierung für tragbar hält, wissen die Beteiligten. Ob sie sich daran orientieren, ist allein ihre Sache. Niemand kann ihnen da hineinreden. Sie müssen natürlich auch die Konsequenzen sehen, wenn sie sich nicht daran halten." Den Kapitalisten fiele es nicht sonderlich schwer, sich an die Empfehlung der Regierung zu halten, denn die Regierung hat ja ihre Empfehlung von den Kapitalisten. Das Problem sind die Arbeiter. Die wollen anders. Auch Genscher hat sich geäußert und die „Tarifparteien an ihre Verantwortung für die gesamtwirtschaftliche Lage erinnert". Niedrigere Lohnabschlüsse seien weniger gefährlich als höhere, hat schon das Sachverständigengutachten gewußt. Bundespräsident Scheel hat es sich am Samstag ebenfalls nicht nehmen lassen, seinen Senf dazuzugeben, und „an alle Wirtschaftszweige und alle gesellschaftlichen Gruppen appelliert, ihre Verantwortung für das Ganze zu erkennen und zu übernehmen". Schmidt hat also zunächst mal die FDPler vorgeschickt. Das ist auch für die Gewerkschaftssozialdemokraten günstig.

Dann können sie Wind machen und dennoch tun, was die Regierung anmahnt. In der Druckindustrie soll Stingl nachhelfen, der zu schlichten beginnt, während die IG-Druck-Führung die Streiks aussetzen will. Selten hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer an einem Wochenende soviel für die Arbeiterbewegung zu verspielen. Niemals werden die Kapitalisten ohne Streik das Angebot machen, wozu die Arbeiterbewegung sie in der gegenwärtigen Lage zwingen kann. Die Kapitalisten sind in diesen Tarifkampf mit einem Ultimatum gegangen. Sie werden in die Knie gehen müssen, wenn ihnen die Gewerkschaftsführung jetzt nicht die Hand reicht. Wird die Gewerkschaftsführung das tun? Man muß damit rechnen. Aber auch dann ist die Sache noch nicht verloren. Der Abschluß muß einer Urabstimmung unterbreitet werden. Man kann ausrechnen, was einem gegenüber einer Mindestforderung fehlt, wie sie im Nordverbund und in Niedersachsen direkt aufgestellt ist. Die Aufforderung des VW-Vertrauensleutekörpers in Salzgitter an die Kapitalisten steht. Die Arbeiter haben die Sache schon einigermaßen in der Hand. Bei der ÖTV im Hafenarbeiterstreik und bei der IG Druck in der Auseinandersetzung um die Leitsätze für den Rastertarifvertrag ist dieses Jahr bereits die Erfahrung gemacht worden: Die Interessen der Arbeiter wiegen schwer und können nicht einfach über den Tisch verschoben werden.

„Pannen" bei der Schleyer-Fahndung machen die Bourgeoisie nervös

Schleyer hätte gerettet werden können, wenn nur die vielen Pannen nicht gewesen wären. Das ist die neueste Nachricht aus dem Bundeshaus in Bonn. Die Opposition fordert den Rücktritt von Bundesinnenminister Maihofer, schließlich wär er verantwortlich.

Seit dem Ausscheiden Bubacks, Pontos und zuletzt Schleyers aus dem politischen Geschäft reagiert die Bourgeoisie einschließlich ihrer Politiker ausgesprochen kiebig auf „Versäumnisse" in Sachen „Kampf gegen den Terrorismus". Der Bundeskanzler hat deshalb auch schnell und unmittelbar nach Bekanntwerden der Schreckensnachricht aus dem Bundeskriminalamt erklärt, daß das Versagen „rückhaltlos" aufgeklärt wird und die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Für die Bourgeoisie ist es natürlich insbesondere wegen der ja noch stattfindenden Phase der Verschärfung des Strafrechts ausgesprochen peinlich, wenn sich herausstellt, daß ihr Staatsapparat so versagen kann. So sehr die Bourgeois von Verteidigung „unseres Staatswesens, unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, vom Schutz des Gemeinwesens" usw. auch spricht, so sehr ist ihm doch daran gelegen, daß sein Leben nicht durch das Versagen eines Rädchens des Staatsapparates in Gefahr gerät. Da kann so ein Bourgeois richtig wild werden, und er treibt seine Politiker an zur Ausmerzung solcher Schwachstellen im Staatsapparat. Schnell beherrscht ein solches Thema auch die bürgerliche Presse, während die Gesetze, die laut den bürgerlichen Politikern den Terror eindämmen sollen, ohne viel Aufhebens über die Bühne gebracht werden. Eines dieser Gesetze ist die neuerliche Verschärfung des Waffenrechts. Es ist dem Bourgeois ein grausiger Gedanke, daß unter den vielen ihm feindlich gesinnten Menschen es welche gibt, die bewaffnet sind, ohne unter Kontrolle zu stehen.

Bereits am 8.9.77 legte die SPD/FDP einen Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung von Strafvorschriften des Waffenrechts" vor. Mit Freiheitsstrafe von einem bis zu fünf Jahren sollte danach bestraft werden, „wer ... eine vollautomatische Selbstladewaffe bestellt, bearbeitet, instandsetzt, erwirbt, anderen überläßt oder sonst die tätliche Gewalt über sie ausübt, einführt oder sonst in den Geltungsbereich des Gesetzes bringt".

Die CDU schlug am 28.10.77 vor, die Höchststrafe von fünf auf zehn Jahre auszudehnen und dies auch für halbautomatischen Waffen. Nach Durchlaufen dieser Vorschläge durch den Rechtsausschuß, den Innen- und Wirtschaftsausschuß ist der „Tatbestand" des schweren Falles noch einmal extra in das Gesetzeswerk aufgenommen worden. Die „Tatbestand" schwerer Fälle liegt unter anderem dann vor, so heißt es, „wenn der Besitz durch Handeln einer Bande erreicht wird und der Täter unter Mitwirkung eines anderen Bandenmitglieds gehandelt hat". (Woche im Bundestag vom 1.3.1978)

Der Gesetzesentwurf soll in den nächsten Wochen mit besonderer Dringlichkeit verabschiedet und somit gesetzlich verankert werden. Das Gesetz ist so gut wie unter Dach und Fach und trotzdem scheinen die Bourgeois nicht recht zufrieden – im Gegenteil, im Zuge der Aufdeckung der Pannen bei der Polizeifahndung in Köln scheint eine ausgesprochen nervöse Stimmung in Bonn vorzuherrschen. Das hängt mit den befürchteten „Schwachstellen" im Staatsapparat zusammen. Wenn der Staatsapparat nicht reibungslos läuft, macht das den Bourgeois nervös. Aber so doch davon ausgehen, daß alle Angehörigen der besitzlosen Klassen, die im Staatsapparat beschäftigt sind, sei es als Polizist oder auch als Wehrpflichtiger, ständig zu „Schwachstellen" für die Bourgeois werden können oder schon sind. Noch dazu sind die einfachen Soldaten ausreichend bewaffnet, um diese Waffen für die Sache des Proletariats, also für ihre Sache nützlich einzusetzen. Da ist mit dem Waffengesetz schlecht was gegen zu machen. – (Z-Red.)

Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA Stand der Sammlung am 4.3.: 331130,79 DM



Am Samstag, den 11. März, haben das Soldaten- und Reservistenkomitee Hamburg-Unterelbe und der KBW in Lüneburg und in Dörfern um Uelzen einen Aktionstag gegen den Prozeß gegen fünf Mitglieder des SRK Munster und für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA durchgeführt. Auf der anschließenden Fahrt über Dörfer bei Uelzen wurden vier Unterschriften für die Kandidatur des KBW gesammelt, fünf Mark für die ZANLA gesammelt und aufgerufen zur Wahlveranstaltung des KBW am Sonntag. Der Stand der Spendensammlung beträgt jetzt im Bezirk 48281 DM, nachdem in den letzten acht Tagen 5616 Mark gesammelt wurden.



Über 210 Menschen nahmen am 5.3. an einer Veranstaltung in Kiel teil, um die Sammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA zu unterstützen und für die Forderung nach sofortiger Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung einzutreten. Die Veranstaltung wurde gemeinsam durchgeführt vom KBW und Massenorganisationen, dem SRK Holstein, dem Stadtschülerkomitee Itzehoe, der Fachschaftsgruppe Chemie an der Kieler Universität und der Bürgerinitiative „Kein KKW an der Eckernförder Bucht und anderswo". Auf der Veranstaltung wurden insgesamt 3600 DM gespendet. Bislang wurde damit im Bezirk 6000 DM gesammelt. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution wurde beschlossen, bis zum 1. Mai im Bezirk 20000 DM aufzubringen.

Die Länder der Dritten Welt fordern ein neues Seefrachtrecht

Die Länder der Dritten Welt fordern ein neues Seefrachtrecht

deten Resolution wurde beschlossen, bis zum 1. Mai im Bezirk 20000 DM aufzubringen.

Am 6.3.78 begann in Hamburg eine Vollkonferenz der Vereinten Nationen, die ein neues Seefrachtrecht verabschieden soll. Die Konferenz kam zustande auf Initiative der Länder der Dritten Welt. Sie bilden auch die Mehrheit der über 80 Teilnehmerstaaten. Die Konferenz soll bis Ende des Monats abgeschlossen sein. Ihr liegt vor eine neue Seerechtskonvention, die in 25 Artikeln Regelungen für die Haftung von Seetransporteuren bei Verlust, Schaden oder verspäteter Ablieferung enthält.

Bislang wurde die Haftung geregelt auf Grundlage der Haager Bestimmungen von 1924 und des Brüsseler Protokolls von 1968. Diese Bestimmungen bedeuten eine enorme Benachteiligung für diejenigen Länder, die nicht über eine große Kapazität von eigenen Handelsschiffen verfügen.

Der Kern dieser Bestimmungen entbindet den *Verfrachter*, also den Reeder, von jeder Haftung bei Verlust oder Beschädigung der Fracht. Der *Befrachter* oder der Versender der Fracht trägt selber die Verantwortung für seine Ware, obwohl er keinen unmittelbaren Einfluß auf die ordnungsgemäße Verschiffung der Fracht mehr hat, sobald sie vom Reeder übernommen ist.

Lediglich eine gewisse Mindesthaft trägt der Reeder. Im Zuge der immer größeren Bedeutung des Containerverkehrs kann jedoch der Reeder bei Empfang eines geschlossenen Containers geltend machen, daß er den Inhalt des Containers nicht überprüfen kann, folglich auch keinerlei Haftung übernehmen kann, weil ja die Fracht schon bei Anlieferung beschädigt sein könnte. In diesem Fall entspricht es der allgemeinen Praxis, daß der Verfrachter schlicht den Aufdruck „Inhalt unbekannt" auf den Container aufdrucken läßt und sich damit von jeder Haftung ausschließt. Es kann jedoch auch sein, daß der Verfrachter selbst den Container „staut", also belädt. Da aber die Mindesthaftung in diesem Fall entsprechend den Regelungen der Haager Bestimmungen nicht etwa vom Wert der zu versendenden Ware abhängt, sondern von den Abmaßen einer Packung oder Einheit, wobei ein Container hier als eine Einheit gilt, zahlt der Verfrachter im Falle des Verlustiggehens dieses Containers höchstens 1250 DM nach deutschem Recht oder 100 Pfund Sterling „per package or unit" wie in den Haager Bestimmungen festgelegt. Ein Container normalen Ausmaßes kann jedoch bis zu 15 Tonnen Fracht aufnehmen. Die enormen Verluste, die für die Versender der Fracht auftreten bei Beschädigung der Ware, ließen sich nur dadurch drücken, daß der Wert der Ware bei Übergabe der Fracht an den Verfrachter im „Konnossement" festgehalten wird und der Verfrachter ausdrücklich dafür haftbar gemacht wird. (Das Konnossement ist eine Urkunde, die der Verfrachter ausstellt und in der er den Empfang der über See zu befördernden Güter anerkennt und sich verpflichtet, diese im Bestimmungshafen an den legitimierten Konnossementsinhaber gegen Rückgabe einer quittierten Konnossementsausfertigung auszuliefern.) Die Reeder aus den imperialistischen Ländern jedoch lehnen solche Haftungsbedingungen ab. Sie konnten das aufgrund ihrer marktbeherrschenden Stellung und aufgrund der Tatsache, daß die Länder der Dritten Welt nur in äußerst beschränktem Umfang über eigene Schiffe verfügen.

Folglich besteht bis dato der absolute Zwang für die Länder der Dritten Welt, wenn sie nicht die Gesamtheit ihrer Fracht bei Gefahr des absoluten Verlustes versenden wollen, eben diese Fracht versichern zu lassen bei den großen Transportversicherungsunternehmen in den imperialistischen Ländern.

Die Forderungen der Länder der Dritten Welt auf der UN-Konferenz in Hamburg laufen nun darauf hinaus, daß die Reeder, die die Fracht gegen Entgelt (die Frachtrate) übernehmen, auch in voller Höhe für Beschädigungen oder Verlust der Fracht haftbar gemacht werden sollen. Das würde dazu führen, daß die Reeder selber die Fracht versichern müßten.

Gegen diese Regelung sind vor allem die imperialistischen Großmächte, die über große Handelsflotten verfügen: Die UdSSR, die BRD, Japan, Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Griechenland und Portugal lehnen den vorliegenden Konventionsentwurf ab.

Ministerialdirigent Professor Rolf Herber, der die westdeutsche Delegation bei der UN-Konferenz leitet, hat bereits angekündigt, wie die Imperialisten bei Durchsetzung der Forderungen der Länder der Dritten Welt reagieren werden, nämlich mit der Erhöhung der Frachtraten. Die großen Reedereien sind keinesfalls gewillt, die durch die Übernahme der Versicherungskosten entstehende Belastung zu tragen. Sie werden die Mehrkosten auf die Preise, das heißt die Frachtraten umwälzen. Das allerdings ist nicht ohne Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit der BRD.

Noch energischer allerdings tritt die UdSSR gegen die geplante Neuregelung auf. Wenn ihre Reedereien die Versicherungskosten selbst tragen müßten, so würden sie gezwungen sein, an die großen Transportversicherungsgesellschaften der westlichen Imperialisten zu zahlen, und zwar in Dollar, da der Dollar bei internationalen Transportgeschäften nach wie vor als „Weltgeld" gilt. Das würde einen enormen Devisenabfluß bedeuten, der der UdSSR angesichts ihrer Devisenknappheit gar nicht recht ist.

Aber auch die Vorteile der Länder der Dritten Welt sind bei Durchsetzung der neuen Konvention beschränkt. Die Erhöhung der Frachtraten hätten sie trotz allem zu erleiden. Auch sie müssen in Dollar zahlen. Statt direkt an die Versicherungen würden die Gelder über den Umweg zum Reeder und von dort aus zu den großen imperialistischen Versicherungsgesellschaften fließen. Die beherrschende Stellung der Imperialisten, ihr Transportmonopol, wäre nicht ernsthaft beeinträchtigt oder gefährdet. Die einheitliche Regelung der Haftung in dem Sinne, daß der Verfrachter haftbar ist für die ihm anvertraute Ware, ist für die Länder der Dritten Welt nur insofern von Vorteil, als die Regelung verbindlich ist, alle Reeder sich daran halten müßten, die Imperialisten das Risiko des Transports mit ihren Schiffen auch selbst tragen müßten, die Abhängigkeit von den imperialistischen Versicherungskonzernen bedeutend verringert würde.

Das sind gewisse Voraussetzungen, die es den Ländern der Dritten Welt erlauben, den Aufbau einer eigenen *rentablen* Handelsflotte in Angriff zu nehmen. Diesen Weg hat die Volksrepublik China eingeschlagen. Es ist auch für die anderen Länder der Dritten Welt der einzig erfolgversprechende Weg. – (Z-Red.)



Zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe wurde an mehreren Plätzen in Westberlin Geld gesammelt für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA. Die Fotoausstellung, durch die Kenntnisse über die Geschichte des Befreiungskampfes vermittelt werden, stieß auf reges Interesse. In Redebeiträgen wurde die Herausgabe der Waldbühne durch den Senat für die Veranstaltung mit Vertretern der ZANU am 27.4.78 gefordert. Mit mehreren Unterschriften wurde diese Forderung unterstützt.

Veranstaltung mit Vertretern der ZANU
Westberlin, 27. April, Waldbühne
Hannover, 28. April, Trammplatz

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft für Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 11/78: 32000

„Die Guerillas vom Kriegsschauplatz wegverhandeln“

Die imperialistische Presse fischt in der trüben Suppe der „inneren Lösung“ in Zimbabwe

Klar und eindeutig haben die beiden Führer der Patriotischen Front, Robert Mugabe und Joshua Nkomo, die zwischen Smith und den imperialistischen Marionetten Muzorewa, Sithole und Chirau ausgemauschelte „innere Lösung“ abgelehnt. Mugabe: „Wir wollen nicht nur politische Macht. Wir wollen auch militärische Macht. Unsere Streitkräfte haben an die Stelle der gegenwärtigen militärischen Kräfte zu treten.“ Und Nkomo: „Wir konzentrieren uns jetzt auf den Krieg. Wir müssen.“

Die imperialistische Presse bietet ein zerrissenes Bild. Sie ist sich über die Taktik, mit der die Imperialisten die weitere Ausbeutung und Unterdrückung in Zimbabwe sichern könnten, nicht einig.

Sichtlich befriedigt über die Unterzeichnung des Abkommens schreibt die amerikanische Zeitschrift „Newsweek“ (13.3.):

„*Unter einem Porträt eines finster blickenden Cecil Rhodes nahm Premierminister Ian Smith mit drei schwarzen rhodesischen Nationalistenführern Platz und unterzeichnete mit einem Schnörkel aus seiner goldenen Feder ein Übereinkommen, das 90 Jahre weißer Herrschaft beenden wird . . . Nach der Zeremonie gab es in der ganzen Runde selbstbewußtes Händeschütteln, und dann setzten sich alle Führer genau wie in der kolonialen Vergangenheit zu einer anständigen Tasse Tee nieder.*“

So hätten sie's gern, die Imperialisten, eine „Lösung“ ohne Zerstörung der imperialistischen Bande. Daß es da Probleme gibt, gibt der britische „Guardian“ zu bedenken:

„*Wieviel der Kooperation der Dorfbewohner mit den Guerillas erzwungen ist und wieviel freiwillig gegeben wird? Wenn es da eine einfache Antwort geben würde, wäre es leichter zu sagen, ob das jetzt geschlossene Abkommen zwischen Mr. Smith und den inneren Nationalistenführern irgendeine Aussicht auf Haltbarkeit hat oder nicht . . .*“ (3.3.78)

Das Blatt des europäischen Finanzkapitals, die „Neue Zürcher Zeitung“, sieht die britische Regierung „in einer schwierigen Lage“:

„*Im Foreign Office neigt man dazu, das Salisbury-Abkommen zu akzeptieren . . . Doch in Washington scheint man anderer oder geteilter Meinung zu sein . . . Sicher ist, daß der amerikanische UN-Botschafter Andrew Young Anfang Februar in London erklärt hat, der Westen müsse auf die ,Patriotische Front' setzen und nicht auf die ,Machenschaften Smiths für eine innere Lösung'.*“ (7.3.)

Der in Europa erscheinende amerikanische „Herald Tribune“ sieht das Problem, wie es sich für die Pressemeute einer imperialistischen Supermacht gehört – in Konkurrenz zu der anderen Supermacht:

„*Ein Land im Krieg, das ist das Problem. Wir müssen unseren dritten und letzten Hochruf zurückhalten, weil das neue Abkommen nicht von selbst die Guerillas stoppen kann . . . Es ist das amerikanische und britische Ziel gewesen, eine allgemeine Grundlage zu finden, auf der sowohl innere als auch äußere Kräfte stehen könnten. Washington und London sehen in dieser Strategie einen Weg, die Schwarzen ein funktionierendes Land erben zu lassen, nicht eines, das durch Bürgerkrieg und weiße Flucht abgewrackt ist, und eine kubanisch-sowjetische Intervention an der Seite der Guerillas zu verhindern. Obwohl die Ergebnisse gleich Null sind, bleibt es eine wertvolle Strategie . . . Aber da muß es eine Grenze geben. Die Guerillas vom Kriegsschauplatz wegzuverhandeln erfordert, daß ihnen ein gewisser Anteil an der politischen Macht gegeben wird. Wieviel?*“ (6.3.)

Der Imperialismus als „äußere Kraft“ braucht solche Mationetten wie Muzorewa als „innere Kraft“, Wenn er darauf nicht „stehen“ kann, „weil das neue Abkommen nicht von selbst die Guerillas stoppen kann“, dann eben Intervention unter Hinweis auf die Intervention der anderen Supermacht. Dann lieber den Afrikanern ein „abgewracktes Land“ hinterlassen als die vollständige Unabhängigkeit zuzulassen. Obwohl die Ergebnisse der imperialistischen Strategie bisher „gleich Null“ sind, soll daran festgehalten werden. Die französische Zeitung „Le Monde“ erklärt, warum:

„*Die ,innere Lösung' von Smith ist ohne jeden Zweifel dazu geeignet, Afrika mehr zu spalten, als die Erklärungen es im Prinzip erkennen lassen. Die Afrikaner scheinen gegenüber dieser Initiative allgemein genug beunruhigt zu sein . . .*“ (5.3.)

„Le Monde“ sieht in der „Beunruhigung“ der afrikanischen Staaten die Möglichkeit, Botswana aus den Reihen der Frontstaaten herauszubrechen. Eine andere Spaltungslinie verfolgt die „Afrika Post“ 3/78:

„*Ein weiteres Problem ist natürlich der Guerillakrieg . . . Aber ein Bürgerkrieg . . . kann niemals daraus werden, weil die ganze Gefolgschaft der drei an der inneren Lösung beteiligten schwarzen Führer . . . sich am Abwehrkampf beteiligen wird. Das sollte den Guerilla-,Krieg' auf einzelne Terroraktionen reduzieren. Ein Teil der oft unter Zwang in die ,Befreiungsfront' eingereihten Kämpfer wird außerdem vermutlich in ein schwarzregiertes Zimbabwe zurückkehren, und es erscheint auch keineswegs ausgeschlossen, daß der als opportunistisch bekannte Nkomo sich von Mugabe trennt und zu Muzorewa stößt, wenn die innere Lösung erfolgversprechend verläuft.*“

Ein Bürgerkrieg „wie in Angola“ kann deshalb nicht daraus werden, weil alle Kräfte, die den bewaffneten Kampf als einzigen Weg zur Befreiung erkannt haben, sich in der Patriotischen Front zusammengeschlossen haben und den Krieg als Befreiungskrieg gegen den Imperialismus führen und keineswegs als Krieg zwischen Teilen des Volkes von Zimbabwe. Die Imperialisten jeden Schlages bezeichnen Kriege, die gegen ihre Besatzertruppen und Kolonialisten geführt werden, als „Bürgerkrieg“. So behandeln auch die Sozialimperialisten den antiimperialistischen Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe als „Kampf gegen den Rassismus“ (Neue Zeit 4/78, Jan.):

„*Jetzt ist bereits klar, daß . . . die Tage der Rassistenherrschaft in Rhodesien gezählt sind. Die Zeit rückt näher, da dieses Land, nachdem es das Joch des Rassismus abgeworfen haben wird, seine angestammte afrikanische Bezeichnung wiedererlangt.*“

Die Patriotische Front hat immer wieder klargemacht, daß der Verhandlungspartner niemals Smith sein kann, sondern daß der britische Imperialismus die Verantwortung trägt und deshalb auch die Unabhängigkeit Zimbabwes von ihm bestätigt werden muß. Der Sozialimperialismus bezeichnet dagegen den Unterführer des britischen Imperialismus, den Rassisten Smith, als Gegner und läßt damit die imperialistische Herrschaft tatsächlich ungeschoren. Das braucht er für seine eigenen Interventionspläne.

Ungeduldig reagieren die Propagandisten der westdeutschen Finanzbourgeoisie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 3.10.:

„*Die Vorzugsbehandlung, die Briten und Amerikaner den Führern der ,Patriotischen Front' angedeihen lassen . . ., ist . . . kaum noch zu verstehen . . . Immerhin hat der amerikanische Außenminister den Hauptsprecher der gemäßigten Schwarzen in Rhodesien, Bischof Muzorewa, erstmals zu einem Gespräch empfangen. Wenn jetzt noch mehr Distanz zur ,Patriotischen Front' hinzukäme, deren Anspruch auf die Alleinvertretung aller schwarzen Rhodesier eine Anmaßung ist, könnte eine Lösung unter Beteiligung aller Parteien, wie sie Briten und Amerikaner anstreben, vielleicht doch noch zustandekommen. In diesem Sinne müßte sich auch die angeblich immer aktivere deutsche Afrika-Politik zusammen mit den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft betätigen.*“ – (Z-Red.)

F.J. Strauß fordert Zerschlagung der Patriotischen Front

Angesichts der für die imperialistischen Großmächte mehr als unangenehmen Lage im südlichen Afrika, die im wesentlichen in guten Fortschritten der Befreiungskämpfe der afrikanischen Völker besteht, breitet sich eine nervöse Stimmung unter den Imperialisten aus.

Das von den westdeutschen Imperialisten im südlichen Afrika zum Zweck der Ausbeutung und Unterdrückung der afrikanischen Völker angelegte Kapital ist akut gefährdet. Das ist der Augenblick, an dem die Imperialisten gerne und ausdauernd von „friedlicher Lösung“ und Beilegung des „Konflikts“, „Schutz der Minderheit“ usw. daherreden.

F.J. Strauß legte jüngst in bekannt offener Manier seine Auffassungen zu diesem „Problem“ in einem Interview der „Bonner Perspektiven“ dar: „*Hier muß man mit sehr nüchternem und wachem Sinn und nicht mit romantischen Schwärmereien an das Problem herangehen*“, sagte er. Die „romantischen Schwärmerein“ sind als Seitenhieb gegen die Sozialdemokraten und all jene gedacht, die immer noch sich der Hoffnung hingeben, sie könnten auf längere Sicht hin die Befreiungsbewegungen spalten und dadurch unschädlich machen. F.J. Strauß hält einen anderen Weg für angebracht, den er so kennzeichnet:

„*. . . . Ausschaltung der gewalttätigen Bewegungen von der Herrschaft über das Land, sowohl in Südwestafrika, also in Namibia, die SWAPO wie in Rhodesien oder in Zukunft Zimbabwe die beiden Patriotischen Fronten von Mugabe und Nkomo.*“ Und Strauß verkündet auch gleich, welche für die westdeutschen Imperialisten ausgesprochen üble Lage eintritt, falls man nicht seinem Konzept folgt: „*Wenn diese Bewegungen die Kontrolle über das Land erhalten, dann ist es ein Witz, noch von friedlicher Lösung zu reden. Dann ist es endgültig vorbei.*“ Womit es dann im einzelnen vorbei sein wird, erwähnt Strauß nicht. Da es aber wichtig ist, wollen wir es hinzufügen. Rund 6000 westdeutsche Kapitale sind an der Plünderung des südlichen Afrika beteiligt. 300 Tochterunternehmen westdeutscher Konzerne bereichern sich an der Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter. 12 Milliarden DM exportiertes Kapital stehen für die westdeutschen Imperialisten allein in Azania auf dem Spiel.

Das ist natürlich eine Menge Holz, und es verwundert nicht, wenn F.J. Strauß über eine mögliche Intervention bewaffneter Truppen beginnt sich auszulassen. Doch dazu benötigt man allemal wenig-

neter Truppen beginnt sich auszulassen. Doch dazu benötigt man allemal wenig-

stens einen einigermaßen „plausiblen“ Anlaß, den man als Nachweis seiner „edlen“ Motive ausgeben kann. Die Sicherung westdeutscher Profite im Südlichen Afrika als Begründung für eine bewaffnete Intervention auszugeben, erscheint offensichtlich selbst Strauß als reichlich gewagt, weshalb er es auch sein läßt. Selbst Hitler hatte jedesmal einen Anlaß für Überfälle gegen andere Völker, meistens war es der Schutz von Minderheiten, der propagiert wurde, wie beim Überfall auf die CSSR, wo die „Sudetendeutschen“ diese Rolle spielten.

Vorsichtig zwar, aber ausgesprochen zielstrebig zieht F.J. Strauß eine solche Taktik in den Bereich seiner Überlegungen ein, wenn er sagt: „*Jetzt wäre es an der Zeit, den friedlichen Schwarzen zu helfen und den nicht friedlichen zu zeigen, daß man sich nicht von ihnen einschüchtern und erpressen läßt.*“ Natürlich offenbart eine solche Aussage klar die Absicht der Einmischung, wenn man es gelinde ausdrücken will. Es muß also noch ein Argument dazu, und F.J. Strauß hat es auch parat. Ziemlich dreist reagiert er auf die bescheidene Anmerkung des ZDF-Reporters, daß ja die Afrikaner ihre Probleme vielleicht selber lösen wollen: „*Selbstverständlich sollen sich fremde Mächte nicht einmischen, aber Afrikaner sind Weiße und Schwarze. Aber was heißt nicht einmischen? Wir mischen uns ja sowieso nicht ein.*“

Als eine ziemlich klare Absichtserklärung für die bewaffnete Intervention im südlichen Afrika, so sind die Aussagen von F.J. Strauß zu bewerten. Offensichtlich soll der „Schutz“ der „Weißen“ den Vorwand liefern. Sicherlich erscheinen diese Absichten ziemlich gewagt.

Aber die Interventionsabsichten der westdeutschen Imperialisten sind durchaus ernsthafte Absichten. Die westdeutsche revolutionäre Arbeiterbewegung hat keinerlei Grund, an der Ernsthaftigkeit dieser Absichten irgend einen Zweifel zu hegen.

Es ist deshalb unbedingt angebracht, die Unterstützung der um ihre Befreiung kämpfenden Völker im südlichen Afrika energisch und ernsthaft voranzubringen. Bekanntermaßen führt der Kommunistische Bund Westdeutschland eine Kampagne zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durch.

Bis zum 7.3.1978 sind auf dem zentralen Konto Volksbank Mannheim Nr. 1068326 dazu eingegangen Beträge in einer Gesamthöhe von 362051,45 DM.

Bis zum 1. Mai soll das Ziel der Kampagne, die Ausrüstung der Kompanie, erreicht sein. Nicht nur als Antwort auf F.J. Strauß und sein dreistes Interview, sondern überhaupt in Anbetracht der zugespitzten Lage auf dem afrikanischen Kontinent ist es richtig, dieses Ziel vorfristig zu erfüllen.

Der „Abessinienfeldzug“ der Neuen Zaren

Die Regierung Somalias hat erklärt, ihre regulären Truppen, die die Streitkräfte der Westsomalischen Befreiungsfront (WSLF) im Inneren Äthiopiens unterstützt haben, zurückzuziehen, und hat die Aufforderung an die Sowjetunion gerichtet, ihrerseits die Truppen, die angeblich Äthiopien vor einer „somalischen Invasion“ schützen sollen, unverzüglich abzuziehen.

Durch diese kluge Entscheidung der somalischen Regierung wird es den Völkern Afrikas und der Welt leichter möglich sein, den grundlegenden Unterschied zwischen der zeitweisen und begrenzten militärischen Unterstützung, die Somalia der um das Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Westsomalischen Befreiungsfront gegeben hat, und der sozialimperialistischen Aggression gegen die Völker Äthiopiens, die im vollen Gange ist, zu erkennen.

Dieser „Abessinienfeldzug“ der russischen Sozialimperialisten (in den Fußstapfen Hitlers und Mussolinis, die 1936 Äthiopien überfielen) hat inzwischen Dimensionen angenommen, die auch ihre Angola-Expedition 1975/76 schon in den Schatten stellt. Seit dem Besuch der sowjetischen und kubanischen Verteidigungsminister im Januar ist er generalstabsmäßig angerollt. Man kann von folgenden Tatsachen ausgehen, die die Sozialimperialisten selbst sich auch nicht die Mühe machen, zu dementieren:

Seit Ende Januar sind über eine Luftbrücke mit 220 Antonow-Großtransportern (etwa 15 % der gesamten sowjetischen Lufttransport-Kapazität) über eine Entfernung von 6000 km modernste Waffen im Wert von schätzungsweise 2 Milliarden DM nach Äthiopien geschaffen worden. Darunter sind mindestens 50 Flugzeuge vom Typ MiG 21 und 23, mitsamt allem nötigen elektronischen Material zur Anlage neuer Flugplätze; 200 Panzer der Tpyen T 54 und T 62; Massen an Raketenartillerie und andere Offensivwaffen, sowie Pioniermaterial und Fahrzeuge jeder Art. Tatsache ist, daß diese Militärmaschinerie binnen kürzester Zeit in Gang gesetzt wurde. Dies geschah offensichtlich in erster Linie mit kubanischen Söldnern, insgesamt bis jetzt etwa 11000, deren Kern sich aus erfahrenen Angola-Fronttruppen zusammensetzt. (Dennoch umfaßt das Angola-Korps, teilweise durch Einsatz frischer Truppen, weiterhin 19.000 Mann) Das Oberkommando der Operationen dürfte in den Händen eines sowjetisch-kubanisch-äthiopischen Generalstabs liegen. Jedenfalls sind der General Bardenzow (der zuvor die 6000 in Somalia stationierten sowjetischen Truppen befehligt hatte) sowie der General Wassilij Iwanowitsch Petrow gewißt nicht bloße Beobachter des Geschehens, General Petrow war



Militärische Ausbildung in den befreiten Gebieten Eritreas

1976 der befehlshabende Kommandeur aller sowjetischen Bodentruppen, somit einer der ranghöchsten sowjetischen Generäle überhaupt. Davor, seit 1972, war er Kommandeur des fernöstlichen Militärbezirks der Sowjetunion gewesen, mit anderen Worten, Kriegsherr an der Grenze zur Volksrepublik China, Spezialist für konterrevolutionäre Blitzkriegsführung.

Der sozialimperialistische Feldzug in Äthiopien ist in seiner militärischen Stoßrichtung deutlich von dem sowjetischen Interesse bestimmt, in allererster Linie den Eingang zum Roten Meer zu kontrollieren, Somalia, Sudan und Ägypten, die allesamt die sowjetischen Truppen hinausgeworfen haben, zu bedrohen und sich in Sprungweite der Erdölquellen Saudi-Arabiens und des Persisch-arabischen Golfes einzugraben, von wo die USA 40 % und Japan und die westeuropäischen Staaten 75 % ihrer gesamten Rohölimporte beziehen. Sowjetisch-kubanische Truppen haben die eritreischen Hafenstädte Assab und Massawa sowie die Hauptstadt Asmara, die inmitten befreiten Gebiets liegen und von den eritreischen Befreiungsstreitkräften belagert werden, in waffenstarrende Brückenköpfe verwandelt. Die vor den Häfen zusammengezogenen sowjetischen Kriegsschiffe dienen als Feuerleitstände für unablässige Luftbombardements und haben teilweise mit weittragenden Geschützen selbst in die Kämpfe eingegriffen. Währenddessen wird im Ogaden der Vorstoß entlang der Straßen- und Eisenbahnverbindung von Addis Abbeba nach Djibouti geführt. Schließlich sollen ja die Volksmassen Äthiopiens Jahre und Jahrzehnte lang für die Waffenschulden mit ihren Arbeitsprodukten bezahlen, wenn die Pläne der neuen Kolonialisten im Kreml aufgehen.

Das wird nicht leicht der Fall sein. Die bürgerliche Revolution Äthiopiens, indem sie den vom alten Feudalregime unterdrückten Nationalitäten das Selbstbestimmungsrecht verweigert und an den Sozialimperialismus appelliert hat, hat ihre historische Rolle schon weitgehend ausgespielt und an die Arbeiter- und Bauern-Revolution abgetreten, die auch das Rückgrat des Kampfs der Völker von Eritrea, West-Somalia und Tigre um das Selbstbestimmungsrecht bildet. Die westsomalischen Befreiungsstreitkräfte haben ihre Waffen ins Gebirge geschafft und erklärt, nach dem Rückzug der regulären somalischen Truppenkontigente ihren Befreiungskrieg verstärkt fortzusetzen. Die beiden eritreischen Befreiungsorganisationen halten in Khartum eine Konferenz ab, um ihre Kräfte vollständig zu vereinigen und das ganze Volk für den Kampf gegen die sozialimperialistischen Aggressoren zu mobilisieren. Die Befreiungsfront von Tigre hat weite Teile der Provinz befreit. Und in den Kerngebieten Äthiopiens selbst hat eine neue Welle bewaffneter Erhebungen der Bauern zur Durchsetzung der Agrarrevolution und zur Erkämpfung demokratischer Freiheiten begonnen.

Jedoch droht neue Gefahr. Die US-Regierung hat mit eiskalter Ruhe die sowjetische Aggression gegen die Völker Äthiopiens beobachtet, um abzuwarten, daß sich die Sozialimperialisten in Schwierigkeiten verwickeln und um selbst in die Position zu kommen, einzugreifen. Carter hat auf einer Pressekonferenz die Ankündigung der somalischen Regierung, ihre Kräfte aus Äthiopien abzuziehen, triumphieren verkündet. Es scheint, daß für die US-Imperialisten dies der lang erwartete Vorwand ist, um selbst einzugreifen, wenn die sozialimperialistischen Truppen nicht abziehen. Eine erhebliche Zuspitzung des Ringens der beiden Supermächte um die Neuaufteilung dieses Teils der Welt steht zu erwarten. – (Z-Red)

Im Namen Jesu Christi gegen Tarifverträge und Streikrecht

Die Kirchen in Westdeutschland sind einer der größten Ankäufer von Arbeitskraft. 500000 Lohnabhängige sind nach Angaben der bürgerlichen Presse in den kirchlichen Dienststellen und den zahlreichen kirchlichen Verbänden wie dem Caritasverband der katholischen Kirche und dem Diakonischen Werk der evangelischen Kirche beschäftigt. Nach unseren Berechnungen sind es mindestens eine Million Lohnabhängige, deren Arbeitskraft die Kirchen vernutzen. Allein in der evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck arbeiten 160000 und in der evangelischen Kirche Schleswig-Holsteins 200000 Lohnabhängige (Berechnungen nach den Lohnlisten dieser Kirchen).

Unter dem Deckmantel der christlichen Nächstenliebe haben die Kirchen Arbeiter aller Berufe und Angestellte – von Schreibkräften, Kindergärtnerinnen, Krankenschwestern und Pflegern bis zu Programmierern – der schärfsten Ausbeutung unterworfen.

„Vergleichsweise mit einer weltlichen Krankenschwester, verheiratet und kinderlos, die den Krankenhausträger jährlich 33600 DM kostet, arbeitet eine Ordensfrau bei gleicher Leistung für nur 11000 DM im Jahr. Für eine Ordensschwester im Krankenhausbetrieb müßten schon wegen ihrer ... Überstunden und Sonderschichten meist zwei, manchmal sogar drei weltliche Kräfte nachgezogen werden", zitiert die „Augsburger Allgemeine Zeitung" vom 5.12.77 die Leiterin des Theologischen Ordensseminars der Diözese Augsburg und läßt sie gierig die Summe vorrechnen, die die Kirche durch den niedrigen Lohn und die Ausdehnung des Arbeitstages der Krankenschwestern einkassiert hat: „Die Personalkostenersparnisse in allen sieben Kliniken im Augsburger Bistum, in denen Ordensschwestern arbeiten, machen rund 2,5 Mio. Mark jährlich aus."

Die Beschlagnahme der Arbeitskraft und ihre Vernutzung an 12, 14, 16 und mehr Stunden sechs bis sieben Tage in der Woche wie hier bei den Ordensschwestern, die sich verpflichten müssen, der Kirche ihr Leben lang zu „dienen", wird mit den Predigten der Pfaffen über den „Dienst am Nächsten" zugedeckt: „Die Caritas ist eine Lebens- und Wesensäußerung der katholischen Kirche. Die dem deutschen Caritasverband angeschlossenen Einrichtungen dienen dem gemeinschaftlichen Werk der christlichen Nächstenliebe." (Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes, AVR) „Diakonische missionarische Arbeit ist Verkündung des Evangeliums durch den Liebesdienst in Wort und Tat." (Kirchengesetz zur Ordnung der Inneren Mission und des Hilfswerks der ev. Kirche Kurhessen-Waldeck)

Die Verpflichtung auf die „Nächstenliebe" und den „Liebesdienst" soll keineswegs nur für kirchliche Orden und andere Zwangskörperschaften gelten. „Jeder kirchliche Dienst geschieht in Gehorsam gegen Jesus Christus, den Herrn der Kirche. Die Eigenart der Kirche erfordert in allen kirchlichen Dienststellen ein brüderliches und vertrauensvolles Zusammenarbeiten aller Mitarbeiter im Geist des Evangeliums." (Kirchengesetz über die Mitarbeitervertretung)

Jeder Schlosser, der, sagen wir, in der Betriebswerkstatt eines evangelischen Krankenhauses arbeitet, wird bei seiner Einstellung auf diese „allgemeinen Pflichten der kirchlichen Mitarbeiter sowie auf die Verpflichtung zur Verschwiegenheit hingewiesen und durch Handschlag verpflichtet. Hierüber ist eine Niederschrift aufzunehmen, die der Mitarbeiter mit unterzeichnet. Vorschriften über ein Gelöbnis und eine gottesdienstliche Einführung bleiben davon unberührt." (Kirchliche Dienstvertragsordnung, Ev. Kirche Kurhessen-Waldeck)

Damit wird er unter dem Vorwand der Nächstenliebe verpflichtet, praktisch jede Arbeitszeit, jede Arbeitsbedingung und den niedrigsten Lohn hinzunehmen, will er nicht fristlos entlassen werden.

Mit Hilfe solcher Dienstverträge, die möglich sind, weil selbst die minimalen Rechte des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes für die kirchlichen Dienststellen keine Gültigkeit haben und nach Art. 140 GG die Kirchen ihre Angelegenheiten selbständig regeln, also auch ihre eigenen Gesetze erlassen, wird niedrigster Lohnstandard festgelegt.

der Pfaffen über den „Dienst am Näch- ihre eigenen Gesetze erlassen, wird sage der neuen Nordelbischen Kirche,

Die niedrigen Löhne drücken gewaltig auf die Beschäftigten im gesamten öffentlichen Dienst und bieten der Bourgeoisie zahlreiche Möglichkeiten der Spaltung. Welche Krankenschwester in einem Städtischen Krankenhaus ist vom staatlichen Dienstherrn noch nicht damit bombardiert worden, daß die Personalkosten im Vergleich zu anderen, besonders kirchlichen Einrichtungen, viel zu hoch seien und Lohnberhöhungen von 7,5%, wie sie die Gewerkschaft ÖTV fordere, unmöglich seien, wolle man nicht weitere Arbeitsplätze gefährden.



1.-Mai-Demonstration in Frankfurt. Block der Fachgruppe „kirchliche Mitarbeiter" der ÖTV

In etlichen der Dienststellen der Kirchen haben die Beschäftigten eine Bezahlung entsprechend der des öffentlichen Dienstes durchgesetzt. Bis auf die evangelische Landeskirche in Schleswig-Holstein gibt es aber keine Tarifverträge, und so bleibt die Zahlung letztlich der Willkür der Kirchenfürsten überlassen. Auch der Tarifvertrag in Schleswig-Holstein und die Zusage der neuen Nordelbischen Kirche, in Zukunft Tarifverträge mit der ÖTV abzuschließen, überlassen die Zahlung letztlich dem guten Willen der Kirchenfürsten, weil sie ausdrücklich Streiks verbieten und stattdessen für alle strittigen Fragen Zwangsschlichtung vorsehen von einer eigens dafür eingerichteten Schlichtungsstelle, bei der das letzte Wort die Kirchenleitung hat. Dazu kommt, daß die Lohnerhöhungen, wenn sie entsprechend dem Abschluß im öffentlichen Dienst gezahlt werden, meisten zwei oder drei Monate später ausgezahlt werden.

In vielen kirchlichen Dienststellen liegen die Löhne und Gehälter aber weit unter dem Tarif des öffentlichen Dienstes. Am Joseph-Krankenhaus in Bochum z.B., wo 600 Beschäftigte arbeiten, wird für die Arbeitskraft grundsätzlich 100 DM weniger als im öffentlichen Dienst gezahlt. Durch diese niedrigen Löhne und durch die unterdrückerischen Dienstverträge werden die Lohnabhängigen in den kirchlichen Betrieben zu Überstunden, Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit gezwungen, für die sie zum großen Teil keinen Lohn bekommen.

arbeit gezwungen, für die sie zum gro-
ßen Teil keinen Lohn bekommen.

Dienst von 13 Uhr bis zum nächsten Tag um 11 Uhr ist z.B. in kirchlichen Kinderheimen oft die Regel. 40 Überstunden die Woche durch Nachtwachen und Dienst an Wochenenden und Feiertagen werden im Erziehungsheim der bergischen Kinderdiakonie Wuppertal mit einer monatlichen Pauschale von 152 DM bezahlt, was 3,80 DM brutto pro Überstunde sind.

Lohnsenkung und Überarbeit wollen die kirchlichen Dienstherren noch weiter vorantreiben. Ende letzten Jahres hat der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Deutschlands Theodor Schober dazu aufgerufen, „1978 auf reale Lohn- und Gehaltssteigerungen zu verzichten", womit er angedeutet hat, daß die evangelische Kirche den Lohnabhängigen in ihren Dienststellen in keinem Fall mehr zahlen will als die offizielle Preissteigerungsrate, die die Bourgeoisie gegenwärtig mit 3% angibt, auch nicht, wenn die Arbeiter und Angestellten dem öffentlichen Dienstherren mehr abtrotzen.

Um den Lohnstandard niedrig zu halten und weiter zu senken, wollen die Kirchen mit allen Mitteln verhindern, daß sich die Beschäftigten in den kirchlichen Betrieben gewerkschaftlich organisieren und gemeinsam mit den Beschäftigten des gesamten öffentlichen Dienstes für einen ausreichenden Tariflohn und für gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst kämpfen.

So schreibt die „Kirchenkreis Information" des ev.-luth. Kirchenkreises Harburg: „Der Bischof von Holstein Dr. Friedrich Hübner hat sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß sich immer mehr kirchliche Mitarbeiter der Gewerkschaft ÖTV anschließen, anstatt Mitglied des Verbandes kirchlicher Mitarbeiter zu werden. Der Bischof vermisse bei manchen Diakonen, Gemeindehelferinnen, Küstern und anderen Mitarbeitern die Einsicht in die Andersartigkeit der Kirche auf Grund der Andersartigkeit Jesu Christi'." Den „Verband kirchlicher Mitarbeiter" und die „Mitarbeitervertretung" hatten die Kirchen als Auffangnetz für die Bewegung für gewerkschaftliche und betriebliche Vertretungsorgane und für Tarifverträge über Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen verordnet. Sie hat jetzt eingestanden, daß sie die Bewegung damit nicht einfangen konnte. Teilweise mußte sie sich bereiterklären, Tarifverträge mit der Gewerkschaft ÖTV abzuschließen. Keinesfalls will sie aber das Streikrecht zugestehen, weil sie fürchten muß, daß die Lohnabhängigen in den kirchlichen Betrieben gemeinsam mit allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Niedriglöhne, die Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit abschaffen sowie das uneingeschränkte Recht auf Bildung von Betriebs- und Personalräten durchsetzen. Auch die Regierung bekämpft den Zusammenschluß der Lohnabhängigen der kirchlichen Betriebe mit den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Sie hält an der „Selbständigkeit der Kirche", für die die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes nicht gelten, fest, so daß jede tarifvertragliche Regelung letztlich von den Kirchen einseitig außer Kraft gesetzt werden kann. Trotzdem begreifen die Kirchenleitungen die gewerkschaftliche Organisierung der Lohnabhängigen in den kirchlichen Betrieben und den Abschluß von Tarifverträgen berechtigterweise als Schritte hin zur Durchsetzung des Streikrechts und des Rechts auf uneingeschränkte Bildung von Betriebs- und Personalräten und bekämpfen sie:

„In dem gegenseitigen Verhältnis von Kirche und kirchlichen Arbeitnehmern sind Streik und Aussperrung nicht möglich, da sie dem Charakter der kirchlichen Dienstgemeinschaft und der im Dienst der Kirche zu leistenden Arbeit widersprechen." (Leitsätze der EKD betreffend Abschluß von Tarifverträgen für Arbeitnehmer in der Kirche)

Noch dreister der katholische Pfaffe von Nell-Breuning in einem Interview mit dem ÖTV-Magazin:

„Mir erscheint vielmehr die ganze Frage des Streiks gegenstandslos. Solange das Finanzwesen der großen Kirchen sich auf die Kirchensteuer stützen kann und dementsprechend leistungsfähig ist, sind die Kirchen und ihre Einrichtungen in der Lage und sehen sich zugleich praktisch genötigt, ihren Arbeitnehmern dasselbe an Besoldung

zugleich praktisch genötigt, ihren Ar-
beitnehmern dasselbe an Besoldung

und Entlohnung zu bieten, was im öffentlichen Dienst von Staat und Gemeinden geboten beziehungsweise von der Gewerkschaft ÖTV gefordert und gegebenenfalls ertrotzt wird. Das ist in meinen Augen auch der entscheidende Grund dafür, daß soviele kirchliche Arbeitnehmer sich nicht gewerkschaftlich organisieren, sie haben es nicht nötig; sie verlassen sich darauf, Kluncker macht das schon. Vermutlich gestehen sie sich das selbst nicht ein, niemand bescheinigt sich gern selber, ‚Trittbrettfahrer' zu sein ... Gegen die Kirche und den Kirchensteuerzahler brauchen sie nicht zu streiken, denn heute fällt ihnen alles kampf- und mühelos in den Schoß."

Dieses geschickte Spaltungsmanöver zwischen Lohnabhängigen in den kirchlichen Betrieben und den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst kann die Tatsachen nicht vom Tisch wischen: Zahlreiche Betriebsgruppen der ÖTV in kirchlichen Betrieben sind gegründet worden und haben den Kampf für Betriebs- und Personalräte aufgenommen. Sie kämpfen gemeinsam mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag, gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst, für uneingeschränktes Streikrecht und uneingeschränktes Recht auf Bildung von Betriebs- und Personalräten.

Immer mehr Arbeiter und Angestellte aus kirchlichen Betrieben unterstützen den Tarifkampf der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und verlangen Gültigkeit dieses Tarifs für die kirchlichen Betriebe. Sie handeln so, wie es die Beschäftigten der evangelischen Publizistik in Frankfurt in einem Brief an Maihofer geschrieben haben: „Wenn es von Ihrer Seite zu einem Angebot unter 7% kommt, ist das Streikgrund, und wir unterstützen alle Aktionen, die unseren gemeinsamen Forderungen Nachdruck verleihen. Die Frage, daß wir noch keinen Tarifvertrag und kein Streikrecht haben, spielt dabei eine untergeordnete Rolle, denn a) werden wir unseren Kampf dafür intensivieren müssen und b) gibt es viele Mittel und Wege, sich Gehör zu verschaffen." – (Z-Red.)

Kirchengesetze und Verordnungen

Gesetzliche Grundlagen

„Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig ... Religionsgemeinschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts." (Weimarer Verfassung Art. 137, gültig durch Art. 147 GG)

„Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Religionsgemeinschaften und ihre karitativen und erzieherischen Einrichtungen unbeschadet deren Rechtsform." (Betriebsverfassungsgesetz § 118)

Allgemeine Pflichten

„Sein (des Mitarbeiters) Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes muß der Verantwortung entsprechen, die er als Mitarbeiter im kirchlichen Dienst übernommen hat ... Er hat die Kirchengesetze, Verordnungen und sonstigen allgemeinen Regelungen zu beachten." (Kirchliche Dienstvertragsordnung der evangelischen Kirche in Hessen Nassau (KDVert.O) § 7)

„Ihr (der Mitarbeiter) ganzes Verhalten muß der Verantwortung entsprechen, die sie als Mitarbeiter im Dienste der Caritas übernommen haben. Es wird vorausgesetzt, daß sie den christlichen Grundsätzen bei der Erfüllung dieser dienstlichen Pflichten Rechnung tragen." (Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des deutschen Caritas-Verbandes (AVR) § 1)

„Das Gebot der Verschwiegenheit in allen dienstlichen Angelegenheiten gilt nicht nur während des Dienstverhältnisses, sondern auch nach dessen Beendigung." (AVR § 5)

„Er (der Angestellte) muß sich durch sein gesamtes Verhalten zu den Grundsätzen der evangelischen Kirche und ihrer Ordnung bekennen und darf nicht in Widerspruch stehen zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes." (Kirchlicher Angestelltentarifvertrag zwischen der evangelischen-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holstein und der Gewerkschaft ÖTV, der DAG und dem Verband der kirchlichen Arbeitnehmer Schleswig-Holstein, § 8)

Kündigung

„Ein wichtiger Grund ist der Austritt aus der evangelischen Kirche oder ein Verhalten, das eine grobe Mißachtung der evangelischen Kirche oder ihrer Ordnung darstellt." (KDVert.O § 18)

„Als wichtiger Grund für eine fristlose Kündigung gilt insbesondere ein schwerwiegender Verstoß in der persönlichen Lebensführung gegen die Grundsätze der katholischen Glaubens- und Sittenlehre und gegen die kirchliche Ordnung ... Was als Verstoß ... zu betrachten ist, bestimmt ausschließlich die Oberhirtliche Stelle." (Beschäftigungsordnung des Erzbischöflichen Ordinariats München)

Arbeitszeit

„Die regelmäßige Arbeitszeit kann bis zu 10 Stunden täglich und durchschnittlich 50 Stunden in der Woche verlängert werden, wenn Vor- und Abschlußarbeiten erforderlich sind. In Einrichtungen, die in bestimmten Zeiten des Jahres regelmäßig zu saisonbedingt erheblich verstärkter Tätigkeit genötigt sind, kann für diese Zeit die regelmäßige Arbeitszeit bis zu 10 Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich verlängert werden ..." (AVR § 1)

„Ein Anspruch auf Überstundenabgeltung für Arbeitsstunden, die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet werden, ohne daß sie als Überstunden ... angeordnet waren, besteht nicht." (AVR § 1 Überstundenregelung)

„Auf Anordnung des Dienstgebers haben die Mitarbeiter außerhalb der dienstplanmäßigen Arbeit Dienstleistungen in der Form des Bereitschaftsdienstes oder Rufbereitschaft zu erbringen." (AVR § 7 Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft)

Lohn und Gehalt

„Anstelle der im BAT genannten Vergütungsordnung gilt für die Eingruppierung der Vergütungsgruppenplan für die Mitarbeiter im kirchlichen und diakonischen Dienst." (KDVert.O § 11 Vergütungsgruppenplan)

Vertretungsorgane

„Die Mitarbeitervertretung hat insbesondere die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Mitarbeiter zu fördern und in ihrer Mitverantwortung für die Aufgaben der Dienststelle das Bewußtsein für die Besonderheit des kirchlichen Dienstes zu stärken sowie für den Arbeitsfrieden und ein gutes Zusammenarbeiten aller Mitarbeiter einzutreten. Sie kann Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung ... anregen ... Die Mitarbeitervertretung und die Dienststellenleitung sollen vertrauensvoll zusammenarbeiten und sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gegenseitig unterstützen. Fristlose Entlassungen bedürfen nicht der Mitentscheidung der Mitarbeitervertretung. Sie ist aber in diesem Fall unverzüglich zu verständigen." (Kirchengesetz über die Mitarbeitervertretung in kirchlichen Dienststellen, §§ 18, 19, 22)

„Nicht wählbar sind ... Mitarbeiter, die infolge staatlichen Richterspruchs nicht die Fähigkeiten besitzen, Rechte auf öffentlichen Wahlen zu erlangen, oder aufgrund kirchenrechtlicher Bestimmungen kein kirchliches Wahlamt einnehmen können. Für Mitarbeiter, die nicht der katholischen Kirche angehören, gilt Absatz 2, Nr. 3, letzter Halbsatz entsprechend." (Mitarbeitervertreterordnung für den Bereich des Bistums Essen § 8 Passives Wahlrecht)

„Schmücker soll die Forderung erfüllen!"

Streiks in den VW-Werken/Schmücker legt in der 3. Verhandlung kein Angebot vor/Sozialdemokraten liebäugeln mit der Schlichtung

In der letzten Woche sind mehrere tausend Arbeiter in den VW-Werken in den Streik getreten. Im Wolfsburger Werk streikten über 2000 Arbeiter der Golf Endmontage eineinhalb Stunden. In Hannover streikten zwischen 600 und 800 Arbeiter 45 Minuten lang.

Mit einem Transparent vorneweg mit der Aufschrift: „Wir sehen rot – Kein Angebot!" zogen 400 Arbeiter im Werk Kassel auf die Sitzung der Großen Tarifkommission der IGM für VW. In Salzgitter streikten am Donnerstag je 1500 Arbeiter in beiden Schichten eineinhalb Stunden und forderten unverzüglich von Schmücker ein Angebot. 120 Arbeiter versammelten sich in der Halle 5 des VW-Werkes Braunschweig während der Arbeitszeit am gleichen Tag, um den Forderungen der IG-Metall Nachdruck zu verleihen.

Der Streik in Wolfsburg am Verhandlungstag hat Schmücker gleich auf den Plan gerufen. „Diese Arbeitsniederlegung ist ein wilder Streik. Jeder wilde Streik ist rechtswidrig. Zwischen unseren Unternehmen und den Gewerkschaften besteht Friedenspflicht. Strafbare Handlungen führen zu Strafverfolgungen und Schadenersatz", ließ Schmücker in einem Schreiben des Vorstandes an alle Wolfsburger Belegschaftsmitglieder noch am gleichen Tag mitteilen.

Durch Unterdrückung will Schmücker Kampfmaßnahmen der Arbeiter verhindern. Horden von Meistern und Abteilungsleitern stürzten sich mit dem Schreiben auf die Arbeiter. „Schmücker soll die Forderung erfüllen!", wurde ihnen entgegengehalten. Auch das Versperren der Gänge mit Kisten und Gabelstaplern konnte den Demonstrationszug von 2000 Arbeitern durch das Werk nicht aufhalten. Zum gleichen Zeitpunkt wurde in anderen Hallen ebenfalls eine Stunde gestreikt. In den Hallen, durch die der

Zum gleichen Zeitpunkt wurde in anderen Hallen ebenfalls eine Stunde gestreikt. In den Hallen, durch die der

Demonstrationszug kam, legten auch viele Arbeiter, die nicht mitgingen, die Arbeit nieder.

Am Freitag kam der Vorstand mit seiner Hauspostille heraus. Auf der ersten Seite steht ein Artikel mit der Überschrift: „Und was kommt nach dem Auftragspolster?/ Wechselkurse drücken sehr. Automobilindustrie erwartet ruhigere Gangart." „Zu unklar ist die Weiterentwicklung, wenn erstmal die großen Auftragspolster nach der Krisenzeit vom Herbst 1973 bis Sommer 1975 abgearbeitet sind. Sonderschichten sind bisher für das neue Jahr nicht bekannt, was auf eine ruhigere Gangart schließen läßt." (Autogramm, 10.3.78) Ruhigere Gangart haben die VW-Arbeiter nicht zu erwarten.

Die Sonderschichten gibt es bereits. Für die 1. Mai-Woche müssen von jeder Schicht drei Samstage eingearbeitet werden im März und April. In der Braunschweiger Zeitung wird bereits erwogen, die 1. Maiwoche trotz Einarbeitung der Samstage zu arbeiten. In vielen Abteilungen wird die Nachtarbeit ausgedehnt oder eingeführt, oder in der Spätschicht zwei Stunden länger gearbeitet. An den Golf- und Passatlenkungsbändern in Braunschweig wurden die Zeiten neu abgestoppt.

Die Konkurrenzschlacht der Automobilkapitalisten treibt Schmücker dazu, die Ausbeutung der Arbeiter zu intensivieren, den Arbeitstag und die Schichtarbeit auszudehnen. „Die deutsche Automobilindustrie steht unverändert unter dem Zwang, hochwertige und technisch attraktive Wagen zu produzieren und anzubieten, die sich trotz des hohen Umrechnungspreises absetzen lassen. Das erfordert ein großes Maß an Kreativität, vielfältige Rationalisierungsanstrengungen und großen Einfallsreichtum beim Erschließen neuer Absatzchancen", schreibt das „Autogramm". Ein Rück-

großen Einfallsreichtum beim Erschließen neuer Absatzchancen", schreibt das „Autogramm". Ein Rück-

gang des Autobooms wird die Konkurrenzschlacht der Automobil-Kapitalisten um Zehntel im Anteil am Kapital- und Warenexport nicht entschärfen.

Mit seinen Zukunftsdeutungen will der VW-Vorstand den durch die Streiks verlorenen Boden an der Lohnfront zurückgewinnen. Ein Rückgang des Autobooms wird die Arbeitsplätze wieder unsicherer machen. Lohnverzicht üben, um Arbeitsplätze zu sichern, soll die Konsequenz für die Arbeiter sein. Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze, diese Erfahrung haben gerade die VW-Arbeiter gemacht in den Jahren 1974/75, wo 25000 VW-Arbeiter entlassen wurden.

Streiks bei VW haben ihre Wirkung auf die Lohnkämpfe in allen Branchen. Die Automobilindustrie ist die führende Industriebranche, von der die Maschinenbau-, Elektro- und Stahlindustrie direkt abhängig sind. Schmücker hat auch bei den dritten Verhandlungen am letzten Dienstag kein Angebot gemacht. Er konnte den Kapitalisten in der Metallindustrie nicht in den Rücken fallen, er konnte aber auch nicht drei Prozent anbieten, ohne Warnstreiks großen Ausmaßes zu riskieren. Darum ließ er offen, wieviel er zu zahlen bereit ist. Die Warnstreiks haben diese Lage verändert. Am 14.3. beschließ der IG Metall-Vorstand in Frankfurt über das Scheitern der Verhandlungen, nachdem sich am 9.3. die Große Tarifkommission von VW einstimmig für das Scheitern der Verhandlungen ausgesprochen hat. Wenn am 14.3. die IGM das Scheitern erklärt, beginnt am 15.3. die Schlichtung.

Unter den Vertrauensleuten und Arbeitern in Wolfsburg wird diskutiert, daß an diesem Tag was laufen muß, wenn Schmücker wieder kein Angebot macht. Die Arbeiter sind nicht bereit, sich wie in der Stahlindustrie abspeisen zu lassen. Die erfolgreichen Urabstimmungen in NordrheinWestfalen und Nordwürtemberg

Die erfolgreiche Urabstimmung in Nordrhein-Westfalen und Nordwürttemberg-Nordbaden haben den Kampfeswillen der VW-Arbeiter gestärkt. Wenn am Mittwoch im Südwesten gestreikt wird, ist ein Übergreifen auf die VW-Werke möglich. Die Spitzensozialdemokraten in der Tarifkommssion beteuerten in einem Informationsblatt am 10.3. in den VW-Werken, daß sie für die Streiks nicht verantwortlich wären. Der Vorstand sei selber schuld, wenn er die Arbeiter scharf mache. Jetzt verbreiten sie, die VW-Arbeiter könnten die Warnstreiks jetzt sein lassen, weil die Schlichtung abgewartet werden müßte und Friedenspflicht besteht. Dafür gibt es aber keinen Grund. Die Schlichtung kann sich 21 Tage hinziehen. Zeit genug für Schmücker, auf Lager produzieren zu lassen, gegen die die Arbeiter dann ankämpfen müssen, und nebenbei Zinsen für einbehaltenen Lohn zu kassieren. Die Fortsetzung der Warnstreiks und Aktionen ist die einzige Möglichkeit der Arbeiter, zu verhindern, daß ein Kompromiß herausgeschlichtet wird, der den Lohnraubabsichten des VW-Vorstandes entspricht. – (VW-Zelle Wolfsburg und Braunschweig)

Streiks in der westdeutschen Automobilindustrie

Opel

Bochum. Bereits am 27.2. hatten 600 Arbeiter vom Werk II gegen das 3%-Angebot der Kapitalisten gestreikt. In der Urabstimmung haben 12500 Arbeiter (95,4%) für, 500 gegen Streik gestimmt.

Wuppertal. Bei Kronberg und Schubert, Zulieferer für Opel, VW und Mercedes, haben sich über 90% der Arbeiter und Arbeiterinnen für Streik ausgesprochen. 90% der hier beschäftigten Arbeiterinnen sind in der Lohngruppe 2. Eine durch Akkordanhebung erfolgte Lohnsenkung wurde bereits zurückgeschlagen.

Rüsselsheim. Die Kapitalisten lassen seit einiger Zeit in der Sattlerei Überstunden in der Spätschischt von regelmäßig zwei Stunden fahren. In den Preßwerken werden Samstagsschichten gemacht. Die Opel-Kapitalisten wollen vor einem Streik noch ihre Lager aufstocken.

Ford

Köln. Über 96% aller Arbeiter und Angestellten bei Ford haben in der Urabstimmung für Streik gestimmt, bei den Lehrlingen ebenfalls 96%.

Daimler-Benz

Mannheim. In der Urabstimmung haben 94,5% für Streik gestimmt.

Stuttgart. I, Werk Untertürkheim, haben 94% der Arbeiter für Streik gestimmt. Die Kapitalisten hatten vor der Urabstimmung einen Brief an alle Arbeiter und Angestellten geschickt und sie davor gewarnt, in der Abstimmung für Streik zu stimmen.

Gaggenau. Am 7.3. haben die Arbeiter der Normalschicht und der 2. Schicht gestreikt. Über 600 Arbeiter beteiligten sich an einer Kundgebung der IGM – in der Urabstimmung haben 60689 (87,9%) für Streik, 380 dagegen gestimmt.

BMW

München. Auf der Funktionärsversammlung der IG Metall am 27.2. haben sich die Betriebsräte von BMW für Streik ausgesprochen.

Porsche

Stuttgart. In der Urabstimmung haben sich , % der Arbeiter für einen Streik ausgesprochen.

Die Arbeiter von Ford Genk kämpfen für die

Bundeskanzler Schmidt als Wegbereiter für das Expansionsprogramm der P&S-Kapitalisten

Peine. Einen ganzen Kübel übelster Demagogie kippte Bundeskanzler Schmidt auf der Betriebsversammlung von P&S, Werk Peine, am letzten Montag aus, um die Krise, in der die Stahlkapitalisten stecken, den Stahlarbeitern in die Schuhe zu schieben und so die Politik der Lohnsenkungen und Verschärfung der Ausbeutung, die die Stahlkapitalisten – gestützt von der Bundesregierung – zur Vorbereitung einer erneuten Exportoffensive betreiben, abzusichern. Zwei Tage vorher, am 4.3., wurde der neue Tarif abgeschlossen, über drei Monate nach Ablaufen des alten Tarifs. 4% ab 1. März, für Dezember, Januar und Februar eine Pauschale von 200 DM, Laufzeit bis zum 28.2.1979, also insgesamt 15 Monate. Nicht nur niedriger als für die Stahlarbeiter in NRW ist dieser Abschluß, er vertieft auch die Spaltung zwischen den verschiedenen Tarifgebieten. Die Tarifkomission der IG Metall hat inzwischen mit 35 zu 8 angenommen.

Ein gellendes Pfeifkonzert erntete Betriebsratsvorsitzender Gerlach, als er den Abschluß bekanntgab. Schon vorher waren Birnbaum und der neue P&S-Vorstandsvorsitzende Adams so begrüßt worden. „Jetzt kommt der auch noch daher und rechtfertigt die 4%", hieß es, als Schmidt in seiner Rede das Pfeifkonzert angriff. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß die Arbeiter auf Klassenversöhnung nicht setzen können, der Erfolg der Hafenarbeiter zeigt, wie es geht. Daran konnte Schmidt nichts ändern. Beifall bekam er kaum.

Betrug die Rohstahlerzeugung im Geschäftsjahr 1970/71 210,7 Tonnen pro Beschäftigten, so betrug sie im Geschäftsjahr 1976/77 ca. 218,6 Tonnen pro Beschäftigten. Auch wenn die Zahl 1973/74 – im für die Kapitalisten „besten Jahr" des Stahlbooms – noch höher lag, so drückt sich darin eine kräftige Steigerung der Arbeitshetze aus. Schmidt weiß das, wenn er den Stahlarbeitern sagt, sie müßten besser arbeiten. Im Blasstahlwerk Peine z.B. wird seit 1975 auf drei der vier Schichten im Ein-Konverterbetrieb gearbeitet. Seit 1975 gibt es ständige zähe Auseinandersetzungen, weil die Betriebsleitung immer wieder versucht, auf den Schichten mit Ein-Konverterbetrieb-Besetzung zumindest für einen Teil der Schicht zwei Konverter zu fahren, um auf fast die gleiche Tonnenzahl wie im Zwei-Konverterbetrieb zu kommen.

Vorletzte Woche hat Birnbaum – nachdem der Vorstand von P&S es vorher immer geleugnet hatte – auf einer Versammlung sozialdemokratischer Betriebsräte und Vertrauensleute der SPD-AfA Stillegungspläne für das Hochofenwerk Ilsede, wo ca. 900 Arbeiter arbeiten, zugegeben. „Sich auf die kostengünstigsten Betriebe konzentrieren" ist seine Parole. Wird die Stillegung durchgesetzt, so bedeutet das nach der Schließung der Erzgruben im Südkreis Peine einen großen Schritt zur Verödung des Gebietes. Schmidt griff Birnbaum mit chauvinistischer Verhöhnung unter die Arme. Anläßlich eines Besuchs Kaiser Wilhelms hätten „die Peiner" ein Lied gedichtet, dessen dritte Strophe ihm besonders gefiele: „Peine bricht sich Bahn."

Hatte Birnbaum auf der SPD-Versammlung zur Antwort gekriegt, weitere „einschneidende Maßnahmen" wie die kürzlich beendete Verlegung der Hauptverwaltung von Peine nach Salzgitter würde die Belegschaft nicht hinnehmen, so trugen auf der Betriebsversammlung mehrere Arbeiter ein großes Transparent „Keine weitere Stillegung von Betriebsteilen".

Bei den 4% müßte eigentlich ein Nachschlag durchgesetzt werden, meinte ein Lehrling aus Salzgitter, der auch auf der Betriebsversammlung mit Schmidt war, im Anschluß. Das würde tatsächlich auch den anderen anstehenden Kämpfen nützen. – (Stadtzelle Peine)

Die Arbeiter von Ford Genk kämpfen für die 36-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Ford-Kapitalisten: Mit Reichswache und Anheuerung von Streikbrechern gegen den Streik

Seit dem 6. März streiken etwa 10000 Arbeiter von Ford Genk (Belgien) für die 36-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und die Neueinstellung von 1000 Arbeitern.

Im vergangenen Jahr haben die Fordkapitalisten, gegenüber der Konkurrenz ins Hintertreffen geraten, die Produktionsziffern im Werk Genk erbarmungslos hochgeschraubt: 1200 Ford Taunus und 200 Transit laufen heute täglich vom Band; 17000 Wagen wurden mehr produziert als 1976, das bei gleicher Arbeiterzahl und trotz Verkürzung der Arbeitszeit – die Arbeiter hatten sich eine 20minütige bezahlte Pause pro Schicht erkämpft. Um dieser vermehrten Schweißauspressung, die die Fordkapitalisten unter den Bedingungen einer offiziell knapp 10%igen Arbeitslosigkeit in Belgien durchgesetzt hatten, Schranken zu setzen, hatten die Fordarbeiter in großer Einheit die Forderung nach der 36-Stundenwoche bei Bezahlung von 40 Stunden und nach der Einstellung von 1000 zusätzlichen Arbeitern erhoben und sind sie dafür in den Streik getreten. Sie werden dabei von allen drei Metallgewerkschaften, der christlichen, der sozialistischen und der liberalen unterstützt. Zweifellos wird es schwer werden, diese Forderung nach der 36-Stundenwoche gegen einen einzelnen Kapitalisten, der in dieser Frage die gesamte belgische Kapitalistenklasse und den ganzen US-Konzern Ford hinter sich weiß, durchzusetzen, aber die Fordarbeiter sind mit der Entschlossenheit in den Kampf gegangen, ihn durchzustehen. Sie wissen, daß sie dabei von der belgischen Arbeiterklasse unterstützt werden, denn die Forderung ist breit verankert und der Streik der Fordarbeiter findet große Beachtung, ebenso, wie er sich beflügelnd auf die anderen stattfindenden und vorbereiteten Kämpfe auswirkt. Kurz vor Beginn des Streiks bei Ford haben z.B. die belgischen Renault-Arbeiter ihre Forderungen aufgestellt: 36-Stundenwoche, Lohnerhöhung von 6bfr (ca. 40Pf.) und Urlaubsgeld von 8700bfr (565DM).

Die Fordkapitalisten drängt die Zeit, jeder Streiktag bedeutet verlorenen Profit, bedeutet Konkurrenzverluste. Vor dem Streik schickten sie den Arbeitern Drohbriefe ins Haus – ohne Erfolg. In den Verhandlungen mit den Gewerkschaften bieten sie Lohnerhöhungen statt Arbeitszeitverkürzung, um den Streik zu spalten. Ebenfalls ergebnislos, denn die Alternative 36-Stundenwoche *oder* Lohnerhöhung gibt es nicht. Zum Schutz der Streikbrecher, der „Ratten", wie die Arbeiter sagen, haben sie neben der örtlichen Polizei eine Hundertschaft aus Antwerpen herbeigeholter Reichswache (eine Art Bereitschaftspolizei) auffahren lassen. Am dritten Streiktag kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen, als die über tausend Streikposten, die sich vor den Toren versammelt haben, die Busse mit den „Ratten" nicht aus dem Betrieb lassen und die Reichswache mit Gewalt die Straße räumt, was manch einer von ihnen mit Verletzungen durch Steine und Schläge bezahlen mußte.

Vom ersten Streiktag an verbreiten die Fordkapitalisten die Lüge, daß die Mehrheit der Arbeiter arbeiten und nur eine kleine Minderheit streiken würde, wobei ihnen die Devise der Gewerkschaftsführungen, jeden, der arbeiten will, ins Werk zu lassen, ihre Lügen erleichtert. Daß es sich um Lügen handelt, haben einige um die Wahrheit bemühte Lokalredakteure, die das Werk und die menschenleeren Hallen fotographieren konnten, bestätigt. Es sind zusammen keine 400 Arbeiter, die sich für den Streikbruch hergeben.

Mit diesen gezielten Lügen jedenfalls, von denen sie sich v.a. zersetzende Wirkung auf die Arbeiter versprechen, die zu Hause bleiben und sich nicht aktiv am Streik beteiligen, haben die Fordkapitalisten die angekündigte Anheuerung von 1000 Arbeitern zum Streikbruch – das heißt zugleich zahllose Entlassungen – vorbereitet. Es ist bis Redaktionsschluß nicht bekannt, welche Gegenmaßnahmen die Gewerkschaften ergreifen, um diesen Streikbruch zu verhindern.

Die Niederländische Metallarbeitergewerkschaft und die Fordarbeiter des Werkes Amsterdam haben gleich zu Beginn des Streiks den Fordarbeitern von Genk ihre Unterstützung zugesichert. Auch der Europäische Metallarbeiterbund hat seine Solidarität erklärt. Die Gewerkschaftsführung der IG Metall und die Sozialdemokraten im Betriebsrat von Ford Köln haben bis Ende der ersten Streikwoche nicht ein Wort der Unterstützung verlauten lassen. Das ist direkt schädlich, auch für den eigenen Kampf der westdeutschen Automobilarbeiter. – (Korrespondentenbericht Brüssel)



12000 bei Protestkundgebung in Ulm

Am 6.3. haben auf zwei Kundgebungen der IG Metall in Ulm 12000 Arbeiter von Magirus, AEG Telefunken und Käsbohrer teilgenommen. Die Kundgebungen wurden während der Arbeitszeit durchgeführt. Transparente gegen das 3,5%-Angebot der Kapitalisten wurden mitgetragen.

Kapitalisten organisieren Streikbruch

Hamburg. Bei der AEG N4 mußten Aufträge für den Raum Nordrhein-Westfalen vorrangig behandelt werden, damit diese auf Lager gelegt werden konnten. So bereiten die Kapitalisten sich schon jetzt auf Streikbruch vor. Bei der Firma Akkermann & Lutz haben die Kapitalisten in einem Rundbrief erklärt (dieser wurde durch Angestellte dem Betriebsrat zugespielt), daß die Arbeiter im Falle der Aussperrung oder von Streik aus dem Raum Wuppertal nach Hamburg verschicken wollen, falls die Produktion dort nicht aufrechterhalten werden kann. Bestimmte Teile der Produktion sollen dann für kürzere Zeit nach Hamburg verlegt werden.

Kurzarbeit bei Hoesch

Dortmund. Die Hoesch-Hüttenwerke haben über Ostern für 10 Tage Blockstillstand angemeldet. Betroffen sind 4500 Arbeiter, hauptsächlich im Werk Union (SM 1, Blockstraße, Profilwalzwerk). Die Hoesch-Kapitalisten hatten zunächst 14 Tage Blockstillstand beabsichtigt. Der Betriebsrat wollte dem nur zustimmen, wenn von Hoesch auf das Kurzarbeitergeld noch ein Zuschlag gezahlt wird. Das lehnen die Hoesch-Kapitalisten ab. Daraufhin verweigerte der Betriebsrat seine Unterschrift für 14 Tage Kurzarbeit. Jetzt bekommen die Arbeiter für 10 Tage Kurzarbeitergeld, 50% vom durchschnittlichen Bruttolohn des letzten Monats als Nettolohn.

Lohntarif Kfz-Handwerk in Schleswig-Holstein abgeschlossen

Rückwirkend zum 1. Februar wurde der Lohntarifvertrag für das Kfz-Handwerk in Schleswig-Holstein mit einer Lohnerhöhung von 5,25% abgeschlossen. Der Urlaub wurde um einen Tag verlängert, das Urlaubsgeld von 30 auf 50% des Tariflohns erhöht.

Kfz-Handwerk: Streik bei BMW Offakamp gegen das 50 Pfennig Angebot der Kapitalisten

Hamburg. 200 Arbeiter des Kfz-Betriebes BMW Offakamp in Hamburg Lokstedt legten am 9.3.1978 eine Stunde lang die Arbeit nieder. Ihr Streik richtet sich gegen das Angebot der Kfz-Kapitalisten von 50 Pfennig. Die Forderungen der IGM sind: 9% mehr Lohn und Gehalt, mindestens 76 Pfennig die Stunde, Leistungszulagen für Angestellte. Am Montag, den 11.3.1978, entscheidet die Tarifkommission nach einer Mitgliederversammlung über das Scheitern der Verhandlungen. Dieser Streik war der erste Streik im Kfz-Handwerk in Hamburg in den letzten Jahren.

HEW: Lohnraub von 5,3%

HEW: Lohnraub von 5,3%

Hamburg. Nach der dritten Verhandlung wurden für die Arbeiter und Angestellten der HEW 5,3% mehr Lohn und Gehalt als Tarif abgeschlossen. Hinzu kommen noch einige Zulagen, die aber nur bei einigen Lohngruppen 6% bringen. 5,3% war von den HEW-Arbeitern mehrheitlich abgelehnt worden. Die Tarifkommission stimmte dem jedoch zu mit der Begründung: „Mehr konnte man ohne Streik nicht durchsetzen."

125 DM Pauschale und Tarifvertrag durchgesetzt

Rosenheim. Am Freitag, den 17.2. streikten nach der Mittagspause bei der Firma Kettner, Kellereimaschinenfabrik, die Arbeiter in der Elektrowerkstatt. Kettner ist nicht Mitglied im Verband der bayerischen Metallkapitalisten. Bisher hatte Kettner es abgelehnt, in Verhandlungen mit dem Betriebsrat über einen neuen Vertrag zu treten. Die Arbeiter forderten sofortige Aufnahme der Verhandlungen. Die Geschäftsführung erklärte sich nach einer Viertelstunde bereit, in Tarifverhandlungen zu treten. Als der Sprecher der Streikenden zwangsweise beurlaubt wurde, sammelten die Vertrauensleute Unterschriften. Es unterschrieben 200 Arbeiter an einem Tag die Forderung nach sofortiger Rücknahme der zwangsweisen Beurlaubung. Die Klage vor dem Arbeitsgericht mußte der Kapitalist zurückziehen und die Beurlaubung zurücknehmen. Ausgehandelt wurde jetzt mit der IG Metall Rosenheim, daß jeder Arbeiter 125 DM Pauschale ab dem 1.1. bekommt, bis zu dem Monat, wo ein neuer Tarifvertrag in Kraft tritt. Dann wird der übernommen.

Chemietarife gekündigt

Frankfurt. Die Lohn- und Gehaltstarifkommissionen der Bezirke Rheinland-Pfalz, Nordrhein, Hessen und Niedersachsen haben fristgerecht zum 30. März bzw. 30. April die Lohn- und Gehaltstarife gekündigt.

Mit 20 Millionen DM wird die Expansion des Delde-Textilkonzerns finanziert

Nordhorn. Die niedersächsische Landesregierung hat dem zum Delden-Konzern gehörenden Textilunternehmen Ludwig Povel & Co. in Nordhorn eine Bürgschaft von 20 Mio. DM gewährt. Der Delden-Konzern ist der größte Textilkonzern der BRD. Bei Povel in Nordhorn arbeiten etwa 1300 Menschen in zwei Werken. Zum Vergleich: Die gesamten Investitionen in das Anlagevermögen der Nino AG, mit etwa 4200 Beschäftigten der größte Textilbetrieb in Nordhorn, betrugen 1976/77 7 Mio. DM. Der gesamte Delden-Konzern mit z.Zt. etwa 5800 Beschäftigten in mehreren Werken hat insgesamt in den sechs Jahren bis 1973 130 Mio. investiert als ersten Abschnitt eines großen Umstrukturierungsprogramms. Die Landesbürgschaft diene, so Povel-Kapitalist H. van Delden, als Finanzierungshilfe für die von der Delden-Gruppe in Aussicht genommenen „Umstrukturierungen" bei Povel.



Durch weitere Rationalisierung und Automatisierung in der Textilindustrie soll die Ausbeutung der Arbeiter gesteigert werden

Der van Delden-Clan hat hochfliegende Pläne. Von 1950 bis 1974 hat er den Umsatz der Gruppe von 31 Mio. auf 690 Mio. DM gesteigert. In den letzten zehn Jahren wurden eine Reihe von Textilfabriken aufgekauft, darunter Povel in Nordhorn 1969, und alle Fertigungsbereiche auf die „großindustrielle Mengenproduktion" umgestellt. Die großen Rationalisierungsanstrengungen haben inzwischen zu Ergebnissen geführt: Der Pro-Kopf-Umsatz der Delden-Gruppe ist von 1968 46000 DM auf 117000 DM 1976 gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten ist allein in den letzten zwei Jahren von 7000 auf 5800 gesunken.

allein in den letzten zwei Jahren von 7000 auf 5800 gesunken.

Die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt treibt die Delden-Kapitalisten jetzt dazu, eine neue Stufe in ihrem Rationalisierungsprogramm einzuleiten: „Die Expansion in neue Dimensionen wurde eine Lebensnotwendigkeit", heißt es in einer Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des van Delden-Konzerns. Angestrebt wird die „totale Automatisierung und die Einführung computergesteuerter Fertigungsprozesse." Dazu muß die Ausbeutung weiter gesteigert werden. 1976 geriet der Umsatz ins Stocken. Seit Herbst 1976 haben die Delden-Kapitalisten bei Povel und im Werk M. van Delden, Gronau, große Teile der Belegschaft, vor allem in den Spinnereiabteilungen, kurzarbeiten lassen und dies noch über den ganzen Sommer fortgesetzt und dabei die Lager abgebaut. Seit November 1977 müssen jetzt wieder Überstunden gearbeitet werden, weil kurzfristige Aufträge vorlägen. Van Delden erklärte, die Gruppe werde künftig keine Hemmungen haben, bei Marktveränderungen strukturelle Anpassungen vorzunehmen.

So wie die Sozialdemokraten den Kampf der Arbeiter führen, läuft es auf Schützenhilfe für van Deldens Vorhaben hinaus. Unter dem Ruf „Povel in Schwierigkeiten" treiben sie Versöhnung. „Die Probleme der Firma Povel können nur im gemeinsamen Handeln überwunden werden", sagte Arens, SPD-Landtagsabgeordneter und Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Textil und Bekleidung in Nordhorn, vor einer Versammlung von Gewerkschaftsmitgliedern. Unter heftiger Polemik gegen die „Mißwirtschaft" der Povel-Geschäftsleitung unter H. van Delden erklärte er dann, die Povel-Arbeiter „seien zur Hilfe bereit, weil sie 1300 Arbeitsplätze in Nordhorn retten wollen". (Grafschafter Nachrichten)

Arens war für zügige Kreditbewilligung. Darüber, daß das Geld auch tatsächlich der Stärkung der Expansionkraft des Unternehmens zugute kommt und nicht den Privatausgaben des Unternehmers, solle ein neu zu bildender Mitbestimmungsbeirat wachen.

Von dem Entscheidenden, dem Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeutung, insbesondere dem Lohnkampf, wird so abgelenkt. Auf die Opferbereitschaft, die daraus hervorlugt, wird der Kapitalist van Delden sicher zurückkommen. Die westfälischen Textilkapitalisten, zu denen der Tarifbezirk Nordhorn gehört, haben bereits in großen Zeitungsanzeigen zum Lohnkampf mit Produktionsverlagerungen gedroht. Sie streben einen Mi-

Lohnkampf mit Produktionsverlagerungen gedroht. Sie streben einen Mi-

nimalabschluß an. Ohnehin haben sie die Textilarbeiter an das Ende der Lohnskala gedrückt. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung hat für den Bezirk Münster-Arnsberg eine Forderung von 7% und eine Erhöhung der Jahressonderzahlung von 40 auf 50% eines Monatslohns gefordert. Wenn die Textilarbeiter sich nicht von der sozialdemokratischen Sorge um die Profite der Unternehmer lösen und den Streik vorbereiten, wird selbst von dieser eher niedrigen Forderung nicht viel bleiben. – (Bezirk Münster-Emsland)

„Albrecht-Politik"



Kaum zum Matador erkoren, gleich zwei Pleiten. Zum Grohnde-Prozeß gegen Andreas Hanke waren Ernst Albrecht und Gross geladen. Trotz rechtzeitiger Ladung und Absprache des Termins mit ihren persönlichen Referenten sind bei de nicht erschienen, sondern waren äußerst kurzfristig entflohen. Albrecht nach Wolfenbüttel und Gifhorn, wo er „in ein Gespräch mit Bürgern eintreten" wollte. Das geriet entsprechend: Energieprogramm, Grohnde-Prozesse, § 218, Bettenstreichungen, Lohnsenkungen. Einsatz von Polizei und Ordnern half nichts. Eine Genossin nannte er „Nachtigall". Das sei ihr lieber, als so ein Geier wie er. Viel Beifall. Scheint, der Weg von der höchsten zur niedristen Karte ist nicht weit.

Geier wie er. Viel Beifall. Scheint, der Weg von der höchsten zur niedristen Karte ist nicht weit.

„Fürsorge" – Sondergesetz: Schutzhaft und Zwangsarbeit

Vorschlag des Deutschen Städtetages zum „Problem Stadtstreicher"

Am 13. Dezember 1977 hat sich der Deutsche Städtetag – die Bürger- und Oberbürgermeister – mit dem Problem „Stadtstreicher, kommunale Erfahrungen, Probleme, Antworten" befaßt. Ein Vorschlag liegt vor, den wir im Folgenden ganz abdrucken.

Zuvor wollen wir einige Stellen aus den Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte vorführen, aus dem Band 16/II 1970, „Das öffentliche Recht im nationalsozialistischen Staat". Der Vergleich mit dem Sondergesetzvorschlag und anderen derzeit geltenden Gesetzen braucht nicht gescheut zu werden.

Als Kritik wird zum Beispiel zusammengefaßt: „Auch sonst drangen nationalsozialistische Grundsätze in die Rechtsprechung ein (. . .) In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die nationalsozialistischen Gesetze vielfach mit Begriffen arbeiteten, die nicht herkömmlich waren und für die es keine festen Auslegungsgrundsätze gab (. . .). Dasselbe gilt für unbestimmte Rechtsbegriffe wie z.B. die ‚öffentliche Sicherheit und Ordnung' im Polizeirecht." Weitere Beispiele für vage Begrifflichkeit werden aufgeführt: „Geist der Zeit – nationale Aufgabe des Staates – gemeinschaftsuntüchtige Personen – Interesse der Volksgemeinschaft".

Heute ist alles ganz anders: Da gibt es Personen, die „widmungsgemäße Nutzung erschweren" und die damit durch ihr Verhalten nicht ausreichend gerüstet sind zur „Reintegration in die Gesellschaft". Im Nationalsozialismus hat man solche Personen in Schutzhaft genommen, in Arbeits- und Konzentrationslager gesteckt, heute sollen sie untergebracht werden in einer „staatlichen Einrichtung", der sie, wenn sie nicht freiwillig gehen wollen, zwangszugeführt werden sollen, wobei der Betroffene dort zur Arbeitsleistung herangezogen werden darf; reintegriert er sich nicht, kommt er in eine geschlossene Anstalt bis zu drei Jahren – ist ein Konzentrationslager was anderes?

Vorschlag des Deutschen Städtetages aus der Konzeption „Stadtstreicher – kommunale Erfahrungen, Probleme, Antworten"

§ 73 BSHG (folgende Regelung als § 73 BSHG zunächst als Sondergesetz)

1. Erwachsenen, die sich auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, in Anlagen und Parks aufhalten, und diese entgegen dem Widmungszweck zum Übernachten, als Lagerplatz oder sonst in einer Weise benutzen, die anderen die widmungsgemäße Nutzung unmöglich macht oder erschwert, kann Hilfe durch eine sozialtherapeutische Maßnahme gewährt werden;

2. Wenn Hilfe durch eine sozialtherapeutische Maßnahme nach Abs. 1 nicht freiwillig in Anspruch genommen wird, kann das zuständige Amtsgericht auf Antrag der Verwaltungsbehörde die Durchführung einer sozialtherapeutischen Maßnahme anordnen. Die Anordnung besteht darin, daß dem Betroffenen auferlegt wird, sich über einen näher zu bestimmenden Zeitraum, längstens 6 Monate, einer ambulanten sozialtherapeutischen Maßnahme zu unterziehen und diese bei Weigerung auch erzwungen werden kann (Zwangszuführung);

3. Kommt das Gericht zu dem Ergebnis, daß die Durchführung einer ambulanten sozialtherapeutischen Maßnahme in Anbetracht des Persönlichkeitsbildes des Betroffenen und seines vorangegangenen Verhaltens zur Reintegration in die Gesellschaft nicht ausreicht, kann das Gericht anordnen, daß der Betroffene zur Durchführung einer sozialtherapeutischen Maßnahme über einen näher zu bestimmenden Zeitraum, längstens 6 Monate, in einer bestimmten sozialtherapeutischen Einrichtung festgehalten (Festhaltung) und dort zu Arbeitsleistungen herangezogen werden darf, die den Maßnahmezweck fördern;

4. Soweit die Durchführung einer Maßnahme nach Abs. 2 oder Abs. 3 nicht erfolgversprechend ist, kann das Gericht in besonderen Fällen die Unterbringung in einer stationären Einrichtung zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten über einen näher zu bestimmenden Zeitraum, längstens 3 Jahre, anordnen und zugleich aussprechen, daß der Betroffene zu Arbeitsleistungen herangezogen werden darf, die den Maßnahmezweck fördern;

5. Hat das Gericht die Durchführung einer Maßnahme nach Abs. 4 angeordnet, so hat es in Abständen, längstens 6 Monate, von Amts wegen zu prüfen, ob die Anordnung noch aufrechtzuerhalten ist;

6. Für das gerichtliche Verfahren gelten im übrigen die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Und warum, weil die Person der „Widmung eines Platzes, einer Straße, eines Parkes" in irgendeiner Weise im Wege stand, vielleicht, daß er gebettelt hat oder wahrscheinlicher mit anderen an der Ecke stand; viele arbeitslose Jugendliche stehen an den Ecken. Die westdeutschen Imperialisten haben sich die Bürger- und Oberbürgermeister nicht nur als Initiatoren solcher Sondergesetze herangezüchtet und bestochen, sie sollen dann auch gleich für die Durchführung sorgen.

Mit solchen Gesetzen in der Schublade bereitet die Bourgeoisie die Reaktion auf die zunehmende Verelendung der Arbeiter- und Volksmassen vor – und sie gedenken sich ja die Gelder der Versicherungskassen auch noch vollständig unter den Nagel zu reißen, bald werden die Kassen leer sein.

Die Begründungen für solche Maßnahmen, ob mit oder ohne Gesetz, waren immer „sozial": „Aufgabe der Fürsorge ist es, solche Personen von der Straße wegzubekommen (es handelt sich um eine Person ohne festen Wohnsitz, Red.), da sie sonst der Verwahrlosung anheimfallen. Daß dies durchaus möglich ist, zeigt das Beispiel des Klägers, der durch seine Maßnahmen es erreicht hat, daß die Frau seßhaft geworden ist und einer geregelten Arbeit nachgeht." (Aus einem Urteil unter der Herrschaft der Nationalsozialisten)

Preisfrage: Wo? Etwa in einer „bestimmten sozialtherapeutischen Einrichtung"? (N-Red)

Zu schlichten gibt es nichts – Ein ganzes Forderungsprogramm muß auf den Tisch

„Im Interesse einer uneingeschränkten Information der Öffentlichkeit durch die Presse sollten die Tarifpartner Streik und Aussperrungsmaßnahmen beenden", forderte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Gewerkschaft am Mittwoch bittend auf, denn der andere Tarifpartner sind sie ja selber.

„Anzeigen fehlen", melden sie am gleichen Tag drohend. Das öffentliche Leben ist durch das Nichterscheinen der bürgerlichen Zeitungen gestört. Keiner weiß mehr, wann welcher Film läuft usw. Die bürgerlichen Parteien konnten in Bayern und Schleswig-Holstein ihre bürgerliche Wahlpropaganda nur erschwert organisieren ...

Auf der anderen Seite weiß die Bourgeoisie, daß die Auseinandersetzung gegen die zunehmende Rationalisierung erst angefangen hat. So schreibt der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" Fack: „Andere Gewerkschaften würden sich in vergleichbaren Fällen mit Sicherheit darauf berufen. Rationalisierung, die mit Lohneinsparung verbunden ist – und das ist eine Haupttriebfeder von Rationalisierung namentlich in Hochlohnbranchen – würde sinnlos, die Wettbewerbsfähigkeit nach innen und nach außen gefährdet. Hierin liegt der prinzipielle Aspekt des Arbeitskonflikts in der Druckindustrie."

Damit sagt der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" deutlich, auf was die Kapitalisten die Auseinandersetzung treiben wollen – auf die Lohnsenkung und nichts anderes.

Hatten die Kapitalisten zu Beginn der Einführung neuer Maschinerie Fachkräfte an diesen Maschinen gut bezahlt, weil diese Maschinen sich in der Konkurrenz zu den anderen Betrieben relativ profitabel trotzdem niedergeschlagen hatten, weil auch nicht alle Fachkräfte auf der gleichen Ebene ausgebildet waren, so gehen die Kapitalisten jetzt daran, den Lohn zu senken direkt durch Lohnraubabschlüsse und indirekt durch die gewaltsame Verdichtung des Arbeitstages.

An den Druckmaschinen sehen wir dies deutlich. Gab es vor Jahren wenig Offsetdrucker in dem Verhältnis zu dem Maschinenpark, der relativ größer wurde, so wurden diese Drucker relativ gut bezahlt und gleichzeitig über die gute Bezahlung eine Umschulungsbewegung vom Buchdruck in den Offsetdruck eingeleitet.

Dann fingen die Kapitalisten an die gute Bezahlung der Drucker zu benutzen, die Maschinenbesetzung abzubauen. Als Nebenargument wurde die verbesserte Maschinerie benutzt. Gleichzeitig hat sich in den letzten zehn Jahren eine Wende bei den Druckern eingestellt, Drucker, die fünfzig Jahre alt waren, sind in den Betrieben kaum noch anzutreffen.

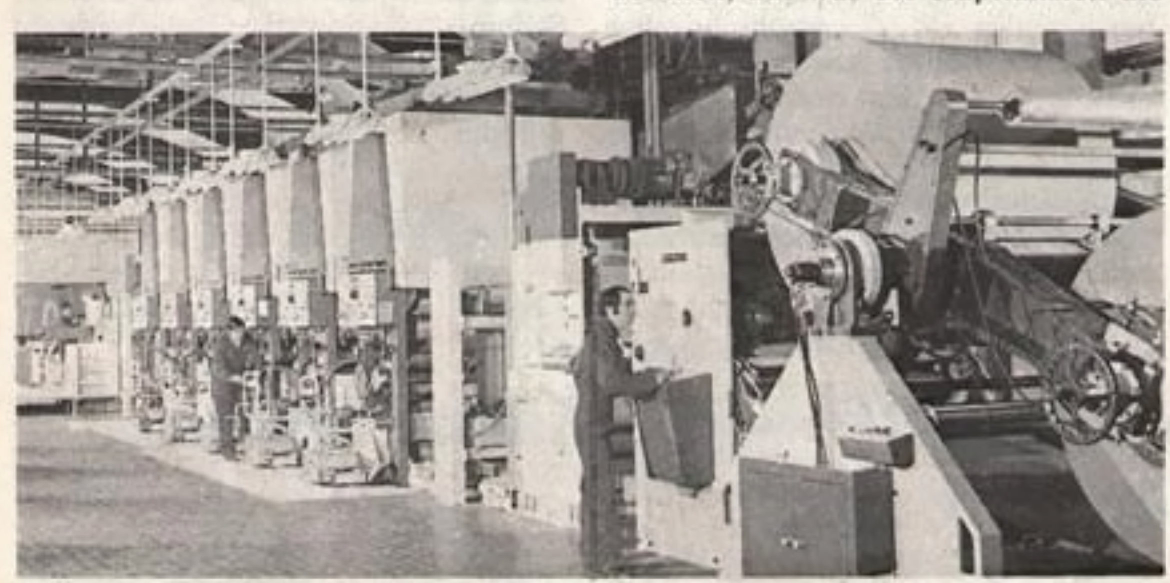
Der relativ hohe Lohn, den die Offsetdrucker hatten, wurde durch eine erhöhte Antreiberei bei einer gleichzeitigen Personalabbaupolitik durch die Kapitalisten gesenkt. Die Drucker wurden immer mehr angetrieben, so daß nur noch junge Arbeitskräfte diese Leistungen vollbringen können. So liegt das Durchschnittsalter z.B. der Hamburger Drucker heute bei 34 Jahren.

In den Verhandlungen um die Anhänge zum Manteltarifvertrag wollen die Kapitalisten die Maschinenbesetzung an den Druckmaschinen drücken. Wo nach den alten Bestimmungen, die im wesentlichen auch die Forderungen der IG Druck sind, noch an einer Vierfarbenbogendruckmaschine zwei Druckarbeiter und zwei weitere ungelernte Arbeiter tätig waren, so wollen die Kapitalisten jetzt dort nur einen Drucker sehen und vielleicht noch einen ungelernten Arbeiter. Im Kampf um die Maschinenbesetzung geht es im wesentlichen darum, die alten bestehenden Maschinenbesetzungen zu manifestieren und gleichzeitig alle Nebenpunkte, wo die Kapitalisten ihre Interessen durchsetzen können, durch feste Vertragsformen abzusichern. Hier hatte die IG Druck und Papier in der Nummer 23/1976 einen günstigen Vorschlag gemacht, auf dem man operieren kann. Auch für die Weiterverarbeitung in den Druckereien sind Forderungen aufgestellt. Hier wollen die Kapitalisten durch Frauenarbeit, die fast ausschließlich ungelernte ist, die Arbeitsplätze bestücken und den Lohn senken.

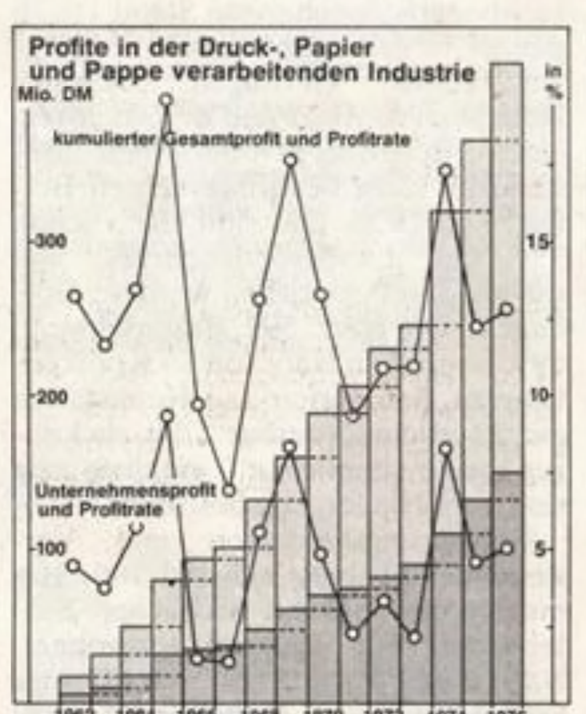
Im Tarifbereich der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie sind die Kapitalisten schon weit gekommen. Dieser Tarifbereich, der in den letzten zehn Jahren immer um einen Prozent unter der Druckindustrie abgeschlossen hat, ist besonders betroffen. Die Tarife stehen offen, die Kapitalisten machen kein Angebot. Die Forderung steht: 7,5%. All diese Erwägungspunkte machen deutlich, es kann in diesen Verhandlungen nicht allein um die Rasterverhandlungen gehen, die Forderungen aller Druckarbeiter müssen aufgestellt werden und Grundlage der Streiks und Kämpfe der Drucker sein: Rastervertrag, Anhänge zum Manteltarif, 35-Stundenwoche und vor allem die Lohnforderung. Dabei sticht die Notwendigkeit, die unteren Lohngrupßen I bis III zu streichen, in die Augen.

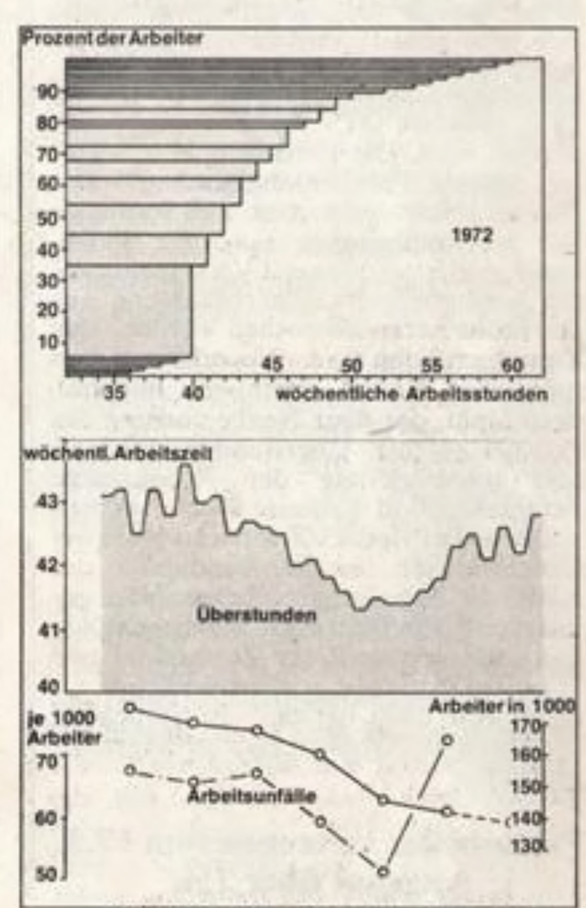
Diese Forderungen soll Stingl vom Tisch schlichten, dies sind die Absichten der Kapitalisten. Sinnierend stellt die „Zeit" am letzten Wochenende fest: „Höhere Löhne und Arbeitsplatzgarantien – die Gewerkschaften fordern zuviel ... Die Politisierung der Tarifverhandlungen ist der schlimmste Feind der Tarifautonomie der Sozialpartner."

Die Kapitalisten haben Angst. Sie werden kleine Zugeständnisse machen, dies darf uns überhaupt nicht beeindrucken, sondern unsere Forderungen stehen fest. – (Z-Red.)



Rund 400 Millionen Mark an Profit haben die Druckkapitalisten in den letzten Jahren aus den Druckarbeitern herausgepreßt. Das ist sechsmal soviel wie das von ihnen eingesetzte Kapital. Unter den Schlachtrufen „Profitieren von den neuesten Erkenntnissen der modernen Technologie" – „Aufbruch zu neuen Leistungen" – „Generation 40000" streben sie nach einer noch brutaleren Ausbeutung der Arbeitskraft der Drucker und Setzer. Die produktionstechnische Grundlage für die enorme Steigerung der Ausbeutung, die sich in den horrenden Profiten ausdrückt, ist die Einführung neuer Maschinerie. Für die Kapitalisten ist der Kauf solcher Maschinen wie der oben gezeigten neuen „Bobst-Champlain-Tiefdruck-Rotationsmaschine", die die Produktivkraft der Arbeit um ein Vielfaches hebt, Anlage von Kapital, das sich verwerten muß. Verschärfte Ausbeutung ist der einzige Zweck der Investitionen der Kapitalisten für die Einführung hoch technisierter Maschinerie. Zunahme der Investitionen und Rückgang der Zahl der Beschäftigten sind die zwei Seiten einer Medaille. „Es ist nicht abzustreiten, daß Arbeitsplätze in Gefahr sind", schreibt Jean Pütz in „Der Polygraph". Den verbleibenden Arbeitern soll mehr und mehr Schweiß ausgepreßt werden. Die Forderungen der Tiefdruckrotationsdrucker in den Anhängen zum Manteltarifvertrag sehen für die großformatigen und mit mehr als 10000 Zylinderumdrehungen pro Stunde laufenden Rotationen mit über fünf Druckwerken sechs Drucker, drei Hilfskräfte und je Rollenstern zwei weitere Hilfskräfte vor. Diese Forderungen sind notwendig für den Erhalt der Arbeitskraft. Kein Setzer kann 40 oder 50 Jahre acht Stunden am Tag pro Stunde 260 Anschläge setzen. Mit 35 bis 40 Jahren macht er das nicht mehr. Kein Drucker kann zwei Druckmaschinen oder drei Tiegel oder drei Einfarbenoffsetmaschinen bedienen, in den „besten Jahren" wird er zerschlissen sein. Die Forderungen der Drucker nach ausreichender Maschinenbesetzung sind richtig. Die kapitalistische Profitproduktion führt dazu, daß die Entwicklung der neuen Technologien den Verkauf der Arbeitskraft von vornherein auf 10 bis 15 Jahre beschränkt. Danach ist sie zerschlissen. Was sollen die Arbeiter Besseres tun, als die Produktion von den Zwangsverhältnissen des Kapitals zu befreien?





Das Schaubild links zeigt die Entwicklung der Profite in der Druck-, papier- und pappeverarbeitenden Industrie. Als Profit ist der Bilanzgewinn gerechnet einschließlich der Erhöhungen von Rücklagen und Rückstellungen im Laufe des Jahres. Der Bilanzgewinn ist der Betrag, um den sich das von den Kapitalisten angewandte Kapital im Laufe eines Jahres erhöht hat. Im Schaubild ist der jährliche Profit auf die Masse des seit 1962 erzielten Profits zugezählt. Die Säule 1976 zeigt also die Gesamtentwicklung, nämlich welche Profitmassen die Arbeiter und Angestellten der Druck- papier- und und pappeverarbeitenden Industrie seit 1962 produziert haben. Der untere Teil der Säulen zeigt den Profit, den der jeweilige Kapitalist einsteckt. Der obere Teil der Säule zeigt den Betrag, den der Kapitalist für entliehenes Kapital an die Banken und an Steuern an seinen Staatsapparat zahlt.

Rund 400 Millionen Mark an Profit haben die rund 20 großen Konzerne in den letzten 15 Jahren aus den Druckarbeitern herausgepreßt. Das Schaubild rechts zeigt die Methoden der Mehrwertproduktion: Verlängerung des Arbeitstages und Überstundenhetze gehen einher mit der Ausweitung der Schicht- und Nachtarbeit.

Materialblatt für die Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie vom 9. März 1978.

Streiks und Urabstimmung in der Druckindustrie

Itzehoe. Die Gruner & Jahr-Kapitalisten haben an alle Kollegen Briefe verschickt, die zwei Stimmzettel enthielten. Abgestimmt werden sollte darüber, ob man für die Taktik der Gewerkschaft ist oder sich gegen Streik und für Verhandlungen ausspricht. Die Gewerkschaft hat sofort aufgefordert, diese Briefe nicht zu beantworten. Die Kapitalisten hatten angekündigt, daß im Falle einer Aussperrung alle Kollegen, die sich gegen die Gewerkschaft aussprechen, einen Passierschein erhalten sollen. In Hamburg ist ein Arbeitsgerichtsverfahren gegen die Methoden gelaufen, bei dem die Gewerkschaft Recht erhalten hat, die Kapitalisten weigern sich aber, dieses Ergebnis auch in Itzehoe anzuerkennen.

Kiel. Bei den Kieler Nachrichten ist seit Mittwoch 10.00 Uhr eine Urabstimmung durchgeführt worden. 80% der Arbeiter stimmten für Streik.

Hannover. Die Arbeiter des Druckzentrums Madsack haben auf der Streikversammlung am 7.3. einstimmig eine Resolution verabschiedet nach unbefristetem Streik. Der Hauptvorstand hat die Arbeiter dann wieder in den Betrieb geschickt. 88% der Arbeiter hatten sich schon in der Vorwoche für unbefristeten Streik ausgesprochen.

Clausthal-Zellerfeld. Am 6.3. und 7.3. haben die 35 Arbeiter der „Pieperschen Druckerei", bei der der „Öffentliche Anzeiger" gedruckt wird, nach Urabstimmung der IG Drupa gegen die Aussperrungsmaßnahmen der Druckkapitalisten gestreikt.

Hameln. „Solidaritätserklärung! Am 6.3.78 um 8.30 Uhr erfuhren Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung der Stephan-Werke Hameln, daß die organisierten Kollegen der ‚Dewezet' befristet ausgesperrt werden. Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung verurteilen diese Willkürmaßnahmen der Arbeitgeber in der Druckindustrie, die sich gegen die berechtigten Interessen der organisierten Kollegen richten."

Bremen. Bei den Bremer Nachrichten/Weser-Kurier sind bisher keine Kampfmaßnahmen zum Rastertarifvertrag oder Lohn durchgeführt worden. Die Arbeiter sind streikbereit, warten aber auf Einbeziehung in Streikmaßnahmen durch den Hauptvorstand.

Westberlin. Nachdem ab Freitag 6 Uhr der Axel-Springer-Konzern in Westberlin für 24 Stunden bestreikt wurde, hat der Konzern von Sonntag 12 Uhr an ausgesperrt. Die Aussperrung wurde Dienstag 12 Uhr beendet. Während dieser Zeit sind 2 – 4seitige Notzeitungen erschienen. Obwohl es nicht gelungen ist, insbesondere die Spaltung zwischen den Setzern und einem Teil der Drucker zu überwinden, so konnte sie durch die Aussperrung auch nicht vertieft werden. Vielmehr haben sich die Kapitalisten Maier und Press auf der einen Seite (Tagesspiegel und Abend) und Springer auf der anderen Seite in die Haare gekriegt. Während des Streiks und der Aussperrung sind der „Tagesspiegel" und „Der Abend" weiter erschienen und ab Montag mit erhöhter Auflage.

Kassel. Am 9. März um 13 Uhr wurde der Streik der Arbeiter von Druck und Verlag durch die zentrale Streikleitung der IG Druck und Papier abgebrochen wegen Verlagerung des Schwerpunktstreiks. Ab 10.3. um 6 Uhr wurde wieder gearbeitet.

Frankfurt. Am Montag, 6.3.78, fand in Frankfurt eine Versammlung mit ca. 1000 Gewerkschaftsmitgliedern aus allen Einzelgewerkschaften zur Unterstützung des Kampfs der Drucker statt. Auf der kämpferischen Protestversammlung wurden Lieder der Arbeiterbewegung gesungen und zahlreiche Spenden und Solidaritätsresolutionen aus vielen Bereichen der Industrie und des öffentlichen Dienstes bekanntgegeben.

Wiesbaden. Urabstimmungsergebnis beim „Wiesbadener Kurier": 92,6% für Streik. Ergebnis bei der Mainzer Verlagsanstalt: 84,2% für Streik. Am Mittwoch wurde auch in den Wiesbadener Grafischen Betrieben urabgestimmt. Die Kapitalisten hatten trotz des Beschlusses des Bundesverbands Druck nicht ausgesperrt. Ergebnis der Urabstimmung bei den WGB: 93,5% für Streik.

Bonn. Am 6. März fand beim Bonner „General-Anzeiger" die Urabstimmung statt. 91,8% waren für Streik.

Köln. Am 3. März wurden in drei Zeitungsdruckereien Urabstimmungen durchgeführt über unbefristeten Streik. Insgesamt sprachen sich von 1 592 Arbeitern 1 424 für Streik aus. Die Ergebnisse im einzelnen: „Kölner Stadtanzeiger" (MDS) 73,5%, „Kölnische Rundschau" (KVD) 94,4%, Bauer-Druck 97,0%.

Hamm. Am Montag, 6. März, wurden die Druckarbeiter beim „Westfälischen Anzeiger" und beim „Soester Anzeiger" (Soest) ausgesperrt. WAZ und WR erschienen ebenfalls nicht. Am Dienstag, 7. März, erschien der „Westfälische Anzeiger", jedoch relativ dünn und mit wenig aktuellem Inhalt. WAZ / WR erschienen mit einer Notausgabe, die aber nur in den Städten herauskam, in denen andere Zeitungen erschienen, sonst erschienen sie nicht.

Wuppertal. Der Druckbetrieb Girardet, wo die Arbeiter seit November letzten Jahres dem Herausgeber der „Westdeutschen Zeitung – Generalanzeiger" im Kampf um den Manteltarif die Überstunden verweigert haben, ist ein Streikschwerpunkt der IG Druck.

Speyer. Bei Klambt-Druck begann am Montag 12 Uhr die Aussperrung. Die Gewerkschaftsmitglieder wurden eine Viertelstunde vorher persönlich durch einen Brief der Geschäftsleitung informiert. Auf einer Versammlung nach der Aussperrung im Streiklokal sagte der Betriebsratsvorsitzende (Vorsitzender des Ortsvereins der IG Druck und Papier), die Antwort der Arbeiter müßte auf jeden Fall die strikte Verweigerung von Überstunden und Sonderschichten sein. Es werde geprüft, ob im Anschluß an die Aussperrung ein Streik stattfinden solle. Am nächsten Tag nahmen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter um 12 Uhr die Arbeit wieder auf.

München. Am Montag, 6. März, fand eine Demonstration der Druckarbeiter in München statt. Etwa 2000 beteiligten sich. Anschließend war Versammlung im Hofbräuhaus, ein Vertreter der IG Metall und ein Vertreter der HBV gaben Solidaritätsadressen ab, Mahlein hielt eine Rede über die neue Technik. Der Streik beim Süddeutschen Verlag wird weitergeführt. Beim Buchgewerbehaus (Münchner Bild-Zeitung) wurde am Donnerstag die Aussperrung aufgehoben, die Akzidenzabteilung sollte wieder arbeiten, aber eine Zeitung sollte nicht herauskommen, aus Unternehmersolidarität. Dagegen wurde mit Streik geantwortet. Die Aussperrung beim Münchner Merkur dauert an.



Seit Dienstag streiken die Druckarbeiter beim Bauer-Verlag in Hamburg. Die Forderungen „Keine Entlassungen, Setzer an die Bildschirmgeräte, Ecklohn und Maschinensetzerlohn für Texterfassung und Textgestaltung, 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, vier Stunden höchstens am Bildschirm" sind am Portal angeschlagen.

Augsburg. Die „Augsburger Allgemeine Zeitung" wurde von Montag, 27.3., 14 Uhr bis Dienstag 6 Uhr bestreikt. Die AZ erschien am Dienstag in einer vierseitigen Notausgabe. Als die Druckkapitalisten am Dienstag, 21.2.78, eine Annonce in die „Augsburger Allgemeine" setzen lassen wollten, in der der Streik als der „überflüssigste der deutschen Tarifgeschichte" hingestellt wurde, weigerten sich die Setzer, diese Anzeige zu setzen und streikten 3 Stunden lang. Die AZ konnte daraufhin am 22. Feburar nur mit einer unkorrigierten Notausgabe erscheinen.

Mannheim. Am 7. März fand um 7 Uhr eine Versammlung statt, auf der die Arbeiter des Mannheimer Morgen das weitere Vorgehen beraten haben. Es wurde eine Erklärung eingebracht, daß beim Hauptvorstand beantragt wird, daß die Wochenendausgaben auf alle Fälle bei den ehemals ausgesperrten Betrieben bestreikt werden. Einzelne Arbeiter waren dafür, jetzt schon aus dem Betrieb draußenzubleiben, obwohl die Urabstimmung noch nicht beendet ist bei der Mannheimer Großdruckerei. Ein Antrag für eine gemeinsame Kundgebung von IG Metall und IG Druck wurde von dem DGB-Kreisvorsitzenden Karg unterstützt. Der Arbeiter, der das einbrachte, begründete das damit, daß die Arbeiterklasse jetzt gemeinsam in einer Front gegen die Angriffe der Kapitalisten vorgehen muß.

Heidelberg. Am 7. März gegen 18 Uhr wurden die Arbeiter der Heidelberger Verlagsanstalt (250 Beschäftigte) ausgesperrt. Die Polizei war vor dem Betrieb aufgefahren.

Zweistündiger Warnstreik der Müllarbeiter

Hamburg. Die Müllarbeiter von der „Asch" haben am Montag, den 6.3., einen 2-stündigen Warnstreik durchgeführt gegen die geplanten Prämienlohnkürzungen. Nicht eher verließen die Kollegen die Kantine, bis ein Vertreter der ÖTV eintraf und die Zusicherung da war, daß am 13.3. zwischen ÖTV und Dienstherr verhandelt wird. Die Forderung der Arbeiter: „Keine Prämienlohnkürzung"! Die Dienstaufsicht geht jetzt auf Spaltung: Die Sperrmüllarbeiter – wo der Widerstand groß ist – sollen mit Versprechen einer geringfügigen Höherbezahlung aus der Front herausgebrochen werden. Der Kampf um Lohn wird verbunden mit dem politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat, der über Neubemessung des Prämiensystems Überstundenschinderei und Intensivierung der Arbeitshetze durchsetzen will. In dieser Woche wurden vor dem Tor vier KVZ verkauft und zwei Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Bürgerschaftswahlen gesammelt. „Ein Bein ausreißen bei der Arbeit jetzt, wo tarifloser Zustand ist und Prämienkürzungen geplant sind, tun wir nicht. Nur nicht hetzen!" Entsprechend verfahren die Arbeiter. Es wird langsamer gearbeitet.

Postarbeiter verlangen zum 17.3. Angebot über 7%

Kiel. Mit 26 Stimmen bei sechs Enthaltungen wurde der Amtsgruppenvorstand der Deutschen Postgewerkschaft, FA Kiel, beauftragt, einen Brief an Gscheidle zu schicken, in dem gefordert wird, am 17.3. ein Angebot nicht unter 7% zu machen und zu der Urlaubsforderung und der Auszubildendenforderung ebenfalls ein Angebot zu machen. Das Schreiben soll der DPG-Tarifkommission zur Kenntnis gegeben werden.

Auf der Versammlung wurden ca. 30 Aufkleber „Solidarität-IG Druck und Papier" zum Preise von 1 DM zur Unterstützung des Druckerstreiks gekauft.

5,4%-Abschluß im privaten Güterverkehr

Westberlin. Seit Ende Februar gilt für die gewerblichen Arbeiter im privaten Güterverkehr ein neuer Tarif. Die ÖTV schloß mit dem Verein Berliner Spediteure einen Lohntarifvertrag ab, der die Erhöhung der Löhne der Arbeiter um 5,4%, rückwirkend ab 1.1.78 vorsieht. Ausgenommen sind die Fernfahrer. Gleichzeitig wurde die Erschwerniszulage im Möbeltransport um 6% erhöht. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 12 Monate. Festgehalten ist weiter, daß günstigere betriebliche Lohnbedingungen nicht angerechnet werden dürfen.

In einem Rundschreiben der ÖTV an alle Mitglieder der Fachgruppe Spedition wird dieser Abschluß als die „Bedürfnisse der Beschäftigten im Speditionsgewerbe in keiner Weise befriedigend" bezeichnet. Die ÖTV war mit 7% in die Verhandlungen gegangen. Weiter wird die Notwendigkeit der Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades betont. Gegenwärtig liegt dieser im Schnitt bei 10%; gerade nach dem Streik der Seehafenarbeiter konnte die ÖTV jedoch einen Anstieg der Neueintritte im Speditionsgewerbe feststellen.
werbe feststellen.

Landesvertreterversammlung der GEW in Hamburg

Hamburg. In der Auseinandersetzung um eine neue Geschäftsordnung setzten sich die Kollegen gegen die sozialdemokratischen Ermächtigungsparagraphen durch: Sie bestanden auf ihrem Recht, daß die Versammlung selbst und nicht die Versammlungsleitung über die Befassung von Anträgen entscheidet. Die sozialdemokratischen GEW-Vorsitzenden Lemke und Daschner wurden ohne Gegenkandidaten wiedergewählt bei 80 bis 100 Nein-Stimmen und Enthaltungen (von ca. 400).

Der Kandidat zum ersten Kassenverwalter Braasch, der den Ausschluß eines Kollegen aus der GEW betrieben hatte, wurde mit großer Mehrheit nicht wiedergewählt.

Ein Solidaritätsbrief für die streikenden Metaller und Drucker wurde vom Vorstand verfaßt.

GEW-Gewerkschaftstag Saarland

Saarbrücken. In Anwesenheit von Erich Frister ist am 6.3. der Gewerkschaftstag der GEW im Saarland durchgeführt worden. Es wurde als wesentlicher Beschluß gefordert, die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst auf 40 Stunden gegenüber bisher 46 Stunden für Lehrer – die Ferien mitgerechnet – zu verkürzen. Weiter wurden folgende Anträge beschlossen: Besetzung aller Lehrerplanstellen – nach Angaben der GEW sind etwa 50 Stellen derzeit nicht besetzt – und die Schaffung neuer Stellen. Teilzeitbeschäftigung auch im Beamtenverhältnis, wenn BAT-Verträge für Lehramtskandidaten, dann dreijährige, Referendariat für alle Lehrer mit 1. Staatsprüfung, damit die Ausbildung abgeschlossen werden kann.

Gegen Arbeitszeitverlängerung

Bremen. Mehrere Lehrer des Schulzentrums Ellener Feld in Bremen-Osterholz sollen demnächst an drei Schulen unterrichten, was Pendelverkehr während der Arbeitszeit heißt. Dagegen wendet sich ein Beschluß der Lehrerkonferenz der Abteilung Gymnasien. Sie erklärt, daß für sie die Tätigkeit in den Nachbarschulen eine unzumutbare Mehrbelastung bedeutet.

So wird der „Bettenberg" aufgebaut und bei den Beschäftigten rationalisiert

Laut niedersächsischer Krankenhausbedarfsplanung vom Stand 1.1.76 gibt es in den sogenannten Entwicklungsräumen Göttingen (inclusive Holzminden), Harz und Braunschweig einen „Bettenberg" oder einen „Bestand an nicht bedarfsgerechten Betten" von 1926. Das sind allein schon 35% des „Landesbettenberges" und soll wie folgt gestrichen werden: Göttingen: 699, Harz: 599, Braunschweig: 699. So sind im Harz von 36 Krankenhäusern, Sanatorien und Heimstätten etc. 22 „nicht förderbar", d.h. sie kriegen keine staatlichen Zuschüsse und sind zum Niedergang bestimmt.

Einweisungshäufigkeit mal Verweildauer (Tage): 365 mal 100: Benutzungsgrad gleich sachlicher Bettenbedarf pro Tausend Einwohner. Nach dieser Formel läßt sich Minister Schnipkoweit den „Bettenberg" in den Krankenhäusern auftürmen und von seiner Dienstaufsicht errechnen. Bei der Einweisungshäufigkeit gehen die Bourgeois davon aus, daß sie die Arbeiterklasse und die Volksmassen in den genannten Gebieten in den Arbeits- und Reproduktionsbedingungen bereits so weit gedrückt haben, daß sie sich von 1974 bis 1980 um 39977 verringert haben; sie gehen davon aus, auch hier alle Mittel der ehrenbergschen Gesetze einzusetzen: Z.B. berichtete eine Ärztin, Mandeloperationen sollen gar nur noch ambulant vorgenommen werden. Die Zahl der ambulant Behandelten im Tagesdurchschnitt an den Göttinger Unikliniken bestätigt diese Entwicklung: Von 1958 bis 1975 stiegen sie von 483 auf 826; die stationären Behandlungen sanken im gleichen Zeitraum von 1177 auf 975.

Voll Stolz verkünden die Bourgeois, daß sie in den letzten Jahren große Erfolge bei der Kürzung der Verweildauer erzielt haben. Während in Niedersachsen 1975 die Verweildauer noch 21 Tage betrug, ist sie an den Unikliniken bereits auf 12,3 Tage gedrückt. Besonders erfolgreich waren sie dabei auf der Inneren Wachstation. Verbrachten die Herzinfarktpatienten noch vor einigen Jahren sechs bis sieben Tage auf der Wachstation, so liegen die „leichteren Fälle" nur noch zwei bis drei Tage und werden dann auf Allgemeinstation verlegt, wo sie aufgrund des Personalmangels viel selbständig machen müssen und häufiges Ergebnis ein Reinfarkt ist. Besonders bei den Alten kann die Verweildauer drastisch gekürzt werden. So wurde vor einiger Zeit ein 90jähriger mit einem Herzinfarkt nicht auf die Wach-, sondern auf die Allgemeinstation eingeliefert, wo die Schwestern ihm hätten halbstündlich Blutdruck messen müssen. Da sie aber nur zu zweit in einer Schicht auf einer 20 Bettenstation waren, kamen sie nur alle zwei bis drei Stunden dazu. Eine Schwester: Wenn der stirbt, weiß ich, woran das liegt. Nach drei Tagen war er tot.

Laut dem Krankenhausbedarfsplan von 1976 ist der „Zielwert" des Bettenbenutzungsgrades 85,5%. Auch hier haben die Bourgeois mit ihrer Dienstaufsicht an den Unikliniken schon große Fortschritte erzielt. 70% Bettenausnutzung 1975 geben ihre Statistiker an, d.h. von den 1409 Betten standen 422,7 durchschnittlich leer. Jede Minute wird notiert, wo nicht fest ein Patient registriert ist: So z.B. wenn die Betten desinfiziert werden, wenn durch Personalmangel nicht alle belegt sind; in der Neurologie werden z.B. ca. 5% der Patienten abends entlassen und morgens neu aufgenommen, da aber die Bettenbenutzungsrechnungen nachts aufgestellt werden, heißt es 5% „Bettenüberfluß"; in der Psychiatrie werden am Wochenende 17 bis 18% der Patienten entlassen und am Montag wieder aufgenommen; auch das ergibt „Überfluß". Jeder Erfolg der Bourgeoisie, Einweisungen, Verweildauer und Benutzungsgrad zu drücken, drückt ihre Statistik, und so entstehen die „Bettenberge". Wo ein „Bettenberg" existiert, muß auch ein „Personalberg" existieren. Sieben Pflegekräfte auf 20 Betten arbeiten gegenwärtig in zwei Schichten auf den Allgemeinstationen im neuen Klinikum.

Die Durchsetzung der Krankenhausbedarfsplanung der Bourgeoisie beruht also nicht auf einem Betrugsmanöver, sondern sind kühl berechnete Zahlen, die fixieren, wie weit der Schnipkoweit und seine Dienstaufsicht mit den Ehrenberggesetzen in den Krankenhäusern vorangekommen ist: mit der Vernichtung der Alten, der Verschlechterung der medizinischen Versorgung und der Schweißauspressung der Klinikbeschäftigten. Als solche müssen diese Gesetze auch bekämpft werden. – (Zelle Unikliniken Göttingen)

Preissteigerungen bei Obst von 6 bis 50% – die Zähne fallen nicht von Bonbons aus

In „10 Regeln für eine richtige Ernährung", im Auftrag des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit herausgegeben, heißt es: „6. Vitamine und Mineralstoffe, von diesen vor allem Kalzium und Eisen, sind lebenswichtige Bestandteile einer vollwertigen Ernährung ... Frischkost von rohem Gemüse, Obst oder Salat esse man täglich!" Im Schlußwort wird unterstrichen, daß die richtige Ernährung eine Frage des Durchblicks ist: „Es gibt richtig und falsch ernährte Personen, völlig unabhängig davon, ob das Einkommen hoch oder niedrig ist. Die Voraussetzung für richtige Ernährung ist nicht der gut gefüllte Geldbeutel, sondern ein gründliches Wissen ..."

Solche Predigten ergänzen sich mit den Behauptungen über die Niedrigkeit der Inflationsrate, der infamen Pressehetze gegen die Druckarbeiter, „der sinnloseste Streik, den es je gab", wie den Betrugsmanövern des „Sachverständigenrats" und der Regierung. Selber vollgefressen und mit dem entsprechenden Bankkonto empfehlen sie den Arbeitern, sich auf die Bildung zu werfen, statt den Lohnkampf zu führen. Daß die Arbeiterklasse zäh und erbittert um die Verteidigung ihres Lohnes kämpft, liegt grade an ihrer Bildung und daß die Rechnung ergibt, daß der Lohn bereits erheblich unter dem Standard einer ausreichenden Reproduktion liegt.

Darüber gibt es in bezug auf die Vitamin- und Mineralzufuhr die Entwicklung der Obstpreise, des Verbrauchs und der Mangelerkrankungen Aufschluß. Wir beschränken uns hier auf den Vergleich bei Äpfeln, Orangen und Zitronen, die neben Bananen und Pfirsichen die Obstarten sind, die im Preis noch am ehesten erschwinglich sind. Schon Weintrauben liegen im Jahresdurchschnitt bei 2,31 DM/Pfd, Erdbeeren bei 2,61. Sie kommen bestenfalls in der Hochsaison mal in Frage; von Köstlichkeiten wie Avocaos, Kiwis, Mangofrüchten nicht zu reden, die bleiben vor allem für die Bourgeois, das regelt ihr Preis.

Graf Lambsdorff behauptet, die Inflation liegt bei 3,5%. Für Tafeläpfel und Zitrusfrüchte ergibt sich nach Angaben der Stat. Hefte Niedersachsen 1/77 und 1/78 aus dem Preisvergleich jeweils von Oktober bis Dezember eine Steigerungsrate zwischen 5,8 bis 50,8%.

Am stärksten stiegen die Preise für Äpfel der Handelsklasse II, wie sie gerade von den Familien mit dem niedrigsten Einkommen gekauft werden müssen. Das sind dann die 2 1/2 Kilo-Packs wie Delicious aus alter Lagerung, fad im Geschmack sowie minderwertig an Vitamin-C-Gehalt (8 mg auf 100 g). Boskop dagegen, der zu den Vitamin-C-reichen Äpfeln zählt (16,4 mg), kostete im Kaufhof Hannover letzte Woche 3,30 DM das Kilo, Granny Smith 6 Stück 3,40 DM.

Obst enthält im wesentlichen Vitamin A, B1 und B2 sowie C und enthält an Mineralien Kalium, Calcium, Phosphat, Eisen, Magnesium sowie Fruchtsäure. Mangelnde Zufuhr an frischem Obst und Gemüse hat schwerwiegende Auswirkungen auf den Aufbau und das Wachstum des Körpers sowie die gesamte Reproduktion der Arbeitskraft, führt zu rascher Ermüdung und geringer Abwehrkraft gegenüber Krankheiten. So benötigt ein Arbeiter, der schwere Arbeit verrichtet, täglich 76 mg Vitamin C, eine Frau bei körperlich schwerer Arbeit 70 mg, während der Schwangerschaft 100 mg, Kinder und Jugendliche in den Wachstumsphasen zwischen 60 und 100 mg. Der Vitamin B-Bedarf nimmt zu während der Schwangerschaft, Wachstumsperioden, Fiebererkrankungen und schwerer Arbeit. Mangel an Vitamin B1 (Thiamin) bewirkt Nervenentzündungen, Störungen der Darmbeweglichkeit und der Aufnahme von Nährstoffen im Darm, dies wiederum erschwert die Aufnahme weiterer Vitamine und verschlimmert die Erkrankung.

Vitamin C-Mangel führt zu Skorbut, der nach allen Erscheinungen immer dann auftritt, wenn über längere Zeit frische pflanzliche Nahrung fehlt. Erscheinungen sind Blutungen in der Schleimhaut des Mundes, um die Zähne und des Darms, in Haut, Gelenken und Muskeln. Bei Kindern tritt gleichzeitig an den Bildungszonen des Knochens Substanzschwund ein, Knochenbrüchigkeit und Brüchigkeit der Zähne. Der gesamte Organismus wird für Krankheitserreger anfällig, geminderte Abwehrkraft verstärkt die Anfälligkeit für Infektionskrankheiten. So muß dann auch in den von der Regierung herausgegebenen „Daten 77" zugegeben werden, daß „der Verdacht geringgradiger Unterversorgung" Jugendlicher mit Vitamin B1, B2 und B6 besteht. 1974 geben in einer von der Regierung erhobenen Umfrage 434 Menschen Infektionskrankheiten, 599 Stoffwechselkrankheiten an (auf 1000). Verschärfte Ausbeutung und die durch den Druck auf die Löhne eingeschränkte Reproduktion sind die Ursachen.

Mit 123 g Frischobst pro Kopf und Tag, etwa ein Apfel und 1/2 Apfelsine (47 mg Vitamin C) fehlt bereits 1/3 bis die Hälfte am benötigten Bedarf. Bei einer Preissteigerung von bis zu 50% wird der Genuß von Obst für die Masse der Familien immer unerschwinglicher, gegen die dauernden Lohnsenkungen gehen die Arbeiter in den Streik. – (N-Red.)

Kampf gegen Notensystem in Italien breitet sich aus

Seit dem Streik der Schüler der Mailänder Berufsschule „Correnti" (siehe KVZ 8/78) hat die Forderung nach Abschaffung der schlechten Noten und Versetzung für alle wie ein Steppenbrand Schulen und Hochschulen in ganz Italien ergriffen. Der ganze Haß der Schüler und Studenten auf die Bourgeoisie und die Schulunterdrückung hat sich im Kampf für die „politische Sechs" (die Note „Sechs" in Italien entspricht dem „Ausreichend" bei uns) konzentriert. Hauptkraft des Kampfes sind die arbeitslosen Jugendlichen, die zu Tausenden in Berufsfachschulen zusammengepfercht werden, ohne Aussicht auf ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit, oft – vor allem im Süden – ohne Aussicht auf Arbeit überhaupt.

Ähnlich wie die „Correnti" in Mailand ist die „Righi-Schule" in Neapel ein Beispiel dafür, eine riesige Berufsschule mit über 2000 Schülern. Die Jugendlichen haben die Schule zeitweise besetzt gegen das Notensystem und den dauernden Wechsel der Lehrer, für politische Rechte an der Schule. Warum sie die „garantierte Sechs" fordern, hat ein Schüler dem Reporter des bürgerlichen „Corriere della Sera" gesagt: „Wir wollen sie, weil wir alle gleich sein wollen, ohne Diskriminierungen und ohne Spaltungen ... Es ist nicht wahr, daß wir gegen die Schule sind, wir sind gegen *diese* Schule." Am meisten hat die Bourgeois empört, daß die Schüler die Lehrer, die das Notensystem verteidigen, auf einer „Liste der Reaktionäre" öffentlich angegriffen haben.

Die Verwicklung der Lehrer in die Notenunterdrückung versucht die Reaktion zur Spaltung zu nutzen. Der Haß der Schüler richtet sich natürlich gegen die Lehrer, die die meisten schlechten Noten geben. In Venedig, so wird berichtet, kommen von denen manche nur noch bewaffnet in die Schule. Die ständische Lehrergewerkschaft fordert Aussperrung der kämpfenden Schüler aus den Schulen und Massenrelegationen. Die reformistischen und revisionistischen Lehrergewerkschaften vertreten, „entschlossene Anwendung" des allgemeinen Strafrechts würde es auch tun. Auch die bürgerlichen Führer und Gewerkschaften stehen aber unter dem Druck der kämpfenden Schüler und ihrer Eltern, größtenteils Arbeitern. Eine gemeinsame Erklärung gegen die Kämpfe der Schüler, die der Erziehungsminister mit den drei Gewerkschaftsbünden herausgeben wollte, haben die Vertreter des größten Bundes, der CGIL, nicht unterzeichnet.

Die Opportunisten machen mit bei der Hetze gegen die Kämpfe der Schüler. „Der Demoproletarier Corvisieri verurteilt die ‚politische Sechs'", verbreitet der „Corriere della Sera" im Fettdruck eine Erklärung des opportunistischen Parlamentsabgeordneten.

Durch Spaltung vorbereitet hat die Bourgeoisie gehofft, die Bewegung an den Schulen mit Polizeigewalt unterdrücken zu können: Strafverfahren, Massenrelegationen, Demonstrationsverbot wie kürzlich in Rom. Die Schüler haben darauf mit neuen Kampfschritten geantwortet. Letzte Woche haben sie in Mailand eine Aktionswoche „gegen die Repression und die Selektion" an den Schulen durchgeführt. Neben den Forderungen gegen das Notensystem sind sie damit auch für die politischen Rechte an den Schulen eingetreten. Allmählich dämmert den Bourgeois, daß mit dem Knüppel die Rebellion der Jugend nicht zu zerschlagen ist. Ihre angestrengte Suche nach neuen Spaltungsmöglichkeiten wird ihnen auch nicht viel nutzen, denn Grundlage der Kämpfe an den Schulen ist die elende Lage, in die die kapitalistische Produktionsweise Millionenmassen von Jugendlichen gesetzmäßig stürzt. – (Z-Red.)

Bürgerliche Politiker zu den Aufgaben der Hauptschule

Frühzeitige Vorbereitung auf die Ausbeutung ...

„Niedersachsens Kultusminister Dr. Werner Remmers will den Unterricht an den Hauptschulen grundlegend verändern. ‚Was die Kinder heute lernen, geht häufig an der späteren Praxis im Beruf vorbei', erklärte Dr. Remmers gestern in Hannover. Zur Verbesserung ihrer Chancen im späteren Beruf müßten die Schüler bereits im Unterricht auf die praktische Arbeit vorbereitet werden." (Bild, 10.3.)

„Ein Erlaßentwurf von Kultusminister Remmers sieht für die Hauptschulen in ganz Niedersachsen die Einführung des Fachgebiets Technik/Wirtschaft/Arbeit (Arbeitslehre) vor. Dies entspricht einer Rückwendung zu Pestalozzis alter Regel, daß der Schüler mit Herz, Hand und Kopf arbeiten solle, während in den vergangenen zehn Jahren auch die Hauptschulen zu stark an den Unterrichtsinhalten des Gymnasiums orientiert und damit einseitig auf den Kopf gestellt worden sind ... Der Schüler soll die elementaren Strukturen der Arbeitswelt kennenlernen, und damit soll er auch eine Hilfe für seine Berufswahl erhalten." (FAZ, 30.12.77)

Überprüfung der Tauglichkeit

„Das Fach Arbeitslehre soll der Lernverdrossenheit entgegenwirken, indem es an der Schule in anschaulichem Lernen und möglichst auch schon in praktischer Erfahrung die Arbeitswelt vorstellt. ...sollen die Hauptschüler mit Hilfe von Betriebs- und Sozialpraktika über verschiedene Berufsfelder informiert und stufenweise auf die Arbeitswelt vorbereitet werden." (FAZ, 30.12.77)

Durchsetzung der Dequalifizierung der jugendlichen Arbeitskraft und lückenlose Kontrolle

„Das Kultusministerium plant den Aufbau eines umfassenden Beratungssystems an den Schulen ... 250 Beratungslehrer sollen ihre Tätigkeit aufnehmen ... und zunächst vorrangig an Hauptschulen eingesetzt werden. Zu ihren Aufgaben soll es gehören, den Schülern eine detaillierte Beratung bei der Berufswahl zu ermöglichen ... wichtig sei die enge Zusammenarbeit mit dem schulpsychologischen Dienst." (NOZ, 9.2.78)

„... soll nach Darstellung von Kultusminister Remmers der Übergang von Haupt-, Sonder- und Realschülern in ein Berufsgrundbildungsjahr erleichtert werden."

Für die Kapitalisten lohnend – BAFöG und Zuschüsse für „Ausbildungsplätze"

„Wenn ein Betrieb mehr Ausbildungsplätze bereithält, bekommt er für jeden zusätzlichen Ausbildungsplatz 1200 DM." (Remmers im NDR, 8.3.) Und Juso-Vorsitzender Schröder: „Wir fordern also für die Absolventen des BGJ ... Förderung nach dem BAFöG-Gesetz." (NDR, 8.3.) Denn: „So würden auch die finanziellen Gesichtspunkte einer Entscheidung zwischen Berufsgrundbildungsjahr und Lehrvertrag in den Hintergrund gedrängt. Für die Unternehmen bedeutet die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres, daß der Staat sie von einem Teil der Ausbildungspflichten und insbesondere der Ausbildungslasten befreit." (Der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Schultze im SPD-„Parlamentarischen Informationsdienst", 11.2.)

„Die Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes müssen auf ihre Ausbildungsfeindlichkeit hin durchgeprüft werden." (Holsteins Wirtschaftsminister Westphal, Kieler Nachrichten, 9.2.)

Den Bauern gehört nur der Stall

Vertragslandwirtschaft – Übergang zur Lohnarbeit

Die Kapitalisten haben verschiedene Methoden, die Bauern zu legen und in Lohnknechtschaft zu bringen. Eine davon ist die Vertragslandwirtschaft. In Niedersachsen ist sie besonders verbreitet im Bezirk Weser-Ems. Dort betrug 1975 ihr Anteil an der Gesamtproduktion von Mastkälbern 60%, Mastschweinen 5% und Legehennen 20%. In Südoldenburg, einem konzentrierten Veredelungsgebiet, beträgt ihr Anteil an der Schweineproduktion zwischen 8 und 12%.

Bei der Vertragslandwirtschaft handelt es sich um eine Übergangsform in die direkte Lohnabhängigkeit und um ein Mittel der Konzentration auf dem Markt und in der Produktion. Bei der Viehmast werden zwei Formen unterschieden: die Lohnmast und die Garantiemast. Bei der Lohnmast gehört dem Bauern Arbeitskraft und Stall, Futter und Jungvieh werden vom Vertragsgeber finanziert, der auch für die Vermarktung sorgt. Der Bauer wird in der Regel pro Masttier entlohnt. Bei der Garantiemast kauft der Bauer außerdem die Jungtiere und das Futter Nach vom Kapitalisten. Nach dieser Form verlangen die Kapitalisten besonders, weil sie ihnen einen zusätzlichen Gewinn ermöglicht. Anders als in der gewerblichen Industrie ist in der landwirtschaftlichen Produktion die Mehrwertsteuer ein direkter Gewinn. Dadurch, daß der Bauer in der Garantiemast formaljuristisch zum Eigentümer der Tiere wird, macht der Vertragsgeber den günstigen MWSt.-Satz der landwirtschaftlichen Produktion für sich geltend. In der Konsequenz reduziert er damit faktisch die Lohnkosten.

Die Vorteile, die sich aus dem Vertragswesen für den Kapitalisten ergeben, liegen auf der Hand: Er spart die Ausgaben für Stallungen und reduziert damit sein fixes Kapital. Das Produktionsrisiko bleibt beim Bauern. Vor allem aber zwingt er die Bauern in Verträge, die eine größere Ausbeutung der Arbeitskraft erlauben: Vertragsbauern sind billigere Arbeitskräfte als Lohnarbeiter. Das Ausmaß läßt sich abschätzen an den sogenannten Haltungslöhnen bzw. aus der erforderlichen Garantiespanne. Diese Beträge sind berechnet aus den Kosten (Kauf der Jungtiere, Futter, Strom, Wasser usw.), der Abschreibung und Verzinsung des Stalles und dem Lohn einer Fachkraft. Bei der Lohnmast beträgt diese Summe etwa 35 DM pro Mastschwein, in der Garantiemast etwa 60 DM. Vertraglich abgeschlossen werden Beträge zwischen 21 DM und 25 DM in der Lohnmast und zwischen 35 DM und 45 DM für Garantiemast. Das zeigt das Ausmaß der Lohnplünderung. Häufig sind die Bauern bereits beim Bau eines Stalles verschuldet und schließen die Verträge gerade ab, um eine Risikominderung durch garantierte Preise zu erreichen. Im Ergebnis sind sie stärker verschuldet als vorher und reif für die Lohnabhängigkeit.

Besonders verbreitet ist die Vertragsmast in der Hühnerhaltung. Hier ist auch die Konzentration weit fortgeschritten. Die Legehaltung in Lohnmast geht aus von den Legehennenzuchtbetrieben, die Küken zu Junghennen heranziehen und an die Legehennenhalter verkaufen. In den 60er Jahren haben sie scharf miteinander konkurriert. In dieser Konkurrenz entstand der Druck nach festen Abnehmern. Von 1967 bis 1973 hat die Zahl der Hennenhalter um über 1 Mill. (68%) abgenommen. Teils sind dies kleine und mittlere Bauern, teils sind dies Bauern, die auf ihren Höfen kein Geflügel mehr halten, weil sie mit den Geflügelkapitalisten, die die Hühnerzucht industriell betreiben, nicht mithalten können. Die Konzentration ist soweit fortgeschritten, daß 1975 0,4% aller Hennenhalter 63% der Legehennen besitzen. Die Grundlage ihrer beherrschenden Stellung liegt in dem wesentlich geringeren Arbeitsaufwand je Tier in den großen Betrieben und den geringen Löhnen. Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich in der Schweinemast. Im Kreis Vechta beträgt die Stückzahl pro Betrieb 161 gegenüber 31 im Bundesdurchschnitt. Die Bestände in Lohnmastbetrieben sind mit 400 Stück mehr als doppelt so groß.

Die Vertragslandwirtschaft ist auch im Ackerbau, beim Feldgemüse, Saatgut und Verarbeitungskartoffeln verbreitet. Arbeiter und Bauern haben gemeinsame Interessen. Unter der Losung „Das Land denen, die es bebauen“, können sich Arbeiter und Bauern zusammenschließen. (N-Red.)

„Fischinvasion“ – Plünderung der Meere

Ab 5. März, so haben die westeuropäischen Imperialisten beschlossen, soll die europäische Fischereiverordnung national angewendet werden. Der Widerspruch Großbritanniens und Irlands, das Festhalten an der Forderung nach einer 50-Seemeilen-Schutzzone vor ihren Küsten wird als Furz behandelt. „Nach Ansicht von Bundeslandwirtschaftsminister Ertl ist mit der Quote von 430000 Tonnen ein angemessener Ausgleich für die deutschen Fangverluste vor Drittländern erreicht worden“, zitiert die „FAZ“ vom 11.2. den Zweck der Fischereiverordnung im „EG-Meer“. Die westdeutschen Imperialisten sind entschlossen, diese 430000 Tonnen profitabel anzulanden, und wenn sie mit „nationalen Maßnahmen“ erzwungen werden.

Einen Tag vor Bekanntgabe der nationalen Anwendung der Fischereiverordnung jubeln die Imperialisten über eine „Invasion von Kabeljau“ in der Deutschen Bucht. Rekordfänge bis zu 200 Zentner. „Die ‚Kabeljau-Invasion‘ erfolgt zu einem Zeitpunkt, da die Küstenstaaten die lukrativsten Fanggründe nationalisieren und deutsche Kutterfischer von ihren traditionellen Fanggebieten in der mittleren Ostsee aussperren.“ (Braunschweiger Zeitung, 2.3.)

Sicher gerade zufällig waren die großen Kühlschiffe an Ort und Stelle, die diese „Invasion“ angelandet haben. Die jetzt geltenden Fangbeschränkungen und die Vorschriften über die Maschenweite der Fangnetze sind für die kleinen und mittleren Kutterfischer. Sie sollen damit ruiniert werden. „Den Zufall“ kann den westdeutschen Imperialisten keiner abnehmen. Sie exerzieren vor, daß sie mit allen Mitteln die Fischereibestände anderer Länder ausrauben werden. Ein Vorgeschmack auf die kommenden Fischereikriege.

Der Fischereiforschungskutter „Solea“ wurde am 1.3. in die Nordsee geschickt, um die Jungfischbestände „wissenschaftlich zu betreuen“ im „Auftrag des internationalen Rates für Meeresforschung“. Das hört sich „neutral“ an; er könnte doch dafür sorgen, daß in Zukunft öfter mal eine „Fisch-Invasion“ vor der deutschen Küste stattfindet. – (N-Red.)

„Im Märzen der Bauer ...“

Josef Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, hat sich Anfang des Jahres darüber ausgelassen, woher die beträchtlichen Einkommenseinbußen der Bauern im letzten Jahr ungefähr 14% herrühren: „War es 1976 die Dürre gewesen, so hat hat 1977 die Nässe viele Bauern um den Lohn ihrer Arbeit gebracht. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Landwirtschaft im Gegensatz zu fast allen anderen Wirtschaftszweigen immer wieder mit derartigen Witterungsrisiken fertig werden muß.

Dies blieb nicht ohne Auswirkung auf die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft, insbesondere in den Dürregebieten mit zum Teil beachtlichen Rückschlägen..“ (Aus: „Der Hessenbauer“ 1/78) Den Regen erklärt Ertl zur Ursache, wo es in Wirklichkeit die Herrschaft von Banken und Monopolen über die Landwirtschaft und der Druck des bürgerlichen Staates auf die Bauern ist. Die kleinen Bauern bekommen das gerade in diesen Wochen beim Einkauf von Betriebsmitteln wie Saatgut und Dünger zu spüren. Die folgende Tabelle zeigt, daß die Preise für Saatgut, Saatkartoffeln, Saatweizen, Grassamen usw. in den letzten 10 Jahren um mehr als die Hälfte angestiegen sind:

	Ausgaben der Bauern für Saatgut (Mio. DM)	Index der Preise (1970: 100)
1966/67	184	96,7
1971/72	383	97,6
1972/73	390	97,7
1973/74	419	101,4
1974/75	456	104,9
1975/76	591	120,8
1976/77	709	161,2

Dabei ist der Anteil der Ausgaben der Bauern für Saatgut an ihren Gesamtausgaben fast um das Doppelte gestiegen, von 1,2% 1966/67 auf 2,3% 1976/77. Das Saatgut selber, das im wesentlichen von Großbauern bezogen werden muß, ist schlechter geworden. Früher konnten nach einmaligen Einkauf z.B. von Saatkartoffeln die folgenden Aussaaten aus den Erntekartoffeln bestritten werden.
den Erntekartoffeln bestritten werden.
Heute muß spätestens nach zwei Ernten neues Saatgut gekauft werden, weil sich sonst Rückgang des Ertrags und Schäden an den Produkten einstellen.

Beim Dünger liegt der Fall genauso. Hier haben die Bauern in den letzten 10 Jahren fast doppelt so viel ausgeben müssen; mancher Bauer hat den im Grund notwendigen Dünger gar nicht mehr bezahlen können.

	Ausgaben für Düngemittel (Mio. DM)	Index der Preise (1970: 100)
1966/67	2138	115,9
1971/72	2690	109,0
1972/73	2790	111,0
1973/74	3068	121,8
1974/75	3771	148,5
1975/76	3770	158,5
1976/77	4086	154,7

Gleichzeitig ist der Verbrauch von Düngemitteln je Hektar erheblich gestiegen:

	Stickstoff	Phosphat (kg je ha)	Kali	Kalk
1965/70*	68,9	59,6	80,8	42,6
1970/75*	85,5	67,5	87,6	54,9
1974/75	90,0	65,7	87,7	56,9
1975/76	92,3	58,6	82,6	81,2
1976/77	99,7	66,9	90,1	68,8

* Durchschnitt der Jahre

Dabei ist zusätzlich der Verbrauch von teurem Mehrfachnährstoffdünger mit z.B. mehreren Stickstoffverbindungen statt einer einzigen gegenüber dem Verbrauch von Einfachnährstoffdünger gewachsen.

Der Grund für die verstärkte Düngung wie für den Übergang zu Mehrfachnährstoffdünger liegt in der Auslaugung der Böden. Nur über Zuführung großer Mengen Dünger, insbesondere mit Stickstoff, können heute in kurzer Zeit noch gute Erträge erzielt werden. Ein kleiner Bauer ist einfach nicht in der Lage, einen Teil des Landes zur Erholung auch nur zeitweise brach liegen zu lassen oder den Abbau zu wechseln. Die Verteuerung des Düngers wie des Saatguts trifft insbesondere die kleinen Bauern, denn sie kaufen zentnerweise abgesackt, während die Großbauern silo- oder waggonweise verbilligt kaufen.

Es sind Chemiekonzerne wie BASF, die die kleinen Bauern plündern. Dazu die Lebensmittelkonzerne über die Erzeugerpreise, die Banken über den Zins; und die Regierung, die die Steuerschraube gehörig anziehen will. Ob Ertl und die Bourgeoisie wirklich glauben, daß die Bauern das dulden? – (Z-Red.)

Stingl kündigt Beitragserhöhungen für die Arbeitslosenversicherung an

Ehrenberg: „Keine Prognose zur Höhe ... Lohnkämpfe haben Konfliktstoff genug“

Kaum daß die Bundesregierung mit der Verabschiedung des 21. Rentenanpassungsgesetzes am Mittwoch letzter Woche eine Senkung der Renten, eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge ab nächstem Jahr und die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner ab 1982 verabschiedet hat, hat das Ehrenberg-Ministerium bereits ein neues „Loch“ in den Sozialversicherungen ausgemacht. Nach der „Sanierung“ der Krankenversicherung mit dem Krankenhauskostendämpfungsgesetz und der „Sanierung“ der Rentenversicherung mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz jetzt die „Sanierung“ der Arbeitslosenversicherung.

Am 1. März erklärt Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit und gegenwärtig von den Druckkapitalisten ausgewählter Schlichter gegen die streikenden Druckarbeiter, im Zweiten Deutschen Fernsehen, im nächsten Jahr sei mit Beitragserhöhungen für die Arbeitslosenversicherung zu rechnen, wenn die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht und die Arbeitslosenversicherung ab 1979 Rentenversicherungsbeiträge zahlen müßte. Die Höhe des geplanten Lohnraubs hat Ehrenberg bisher nicht herausgelassen. Er erklärte im ZDF, er könne keine Prognosen dazu machen, außerdem hätten die gegenwärtigen Lohnkämpfe Konfliktstoff genug.

Runde 3 Milliarden soll das „Loch“ in der Arbeitslosenversicherung ausmachen, das soll durch eine Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung von den Löhnen der Arbeiter und Angestellten hereingebracht werden, kündigt Stingl an.

Bereits im letzten Jahr hat die Bourgeoisie im 20. Rentenanpassungsgesetz beschlossen, die Ausfallzeiten während einer Arbeitslosigkeit, in der ein Arbeitsloser Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder Familienunterstützung erhält, ab 1.1.1979 als für die Rentenversicherung „beitragspflichtige“ Zeit zu rechnen. Grundlage des künftig zu zahlenden Rentenversicherungsbeitrages für Arbeitslose soll „das der Leistung zugrundeliegende Bruttoarbeitsentgelt“ sein.

Bisher wurden Ausfallzeiten bei der Berechnung der Rente eines Lohnabhängigen angerechnet, ohne daß während einer Arbeitslosigkeit Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden mußten. Künftig soll dies von der Arbeitslosenversicherung an die Rentenversicherung gezahlt werden. Man soll nicht denken, dies sei nur eine Übertragung von Versicherungsbeträgen von einer in die andere Kasse der Arbeiter. Noch immer waren solche Schiebereien der Bourgeoisie ein Mittel, die Kassen der Arbeiterklasse zu plündern und die so erzeugten „Löcher“ durch Beitragserhöhungen zu füllen, um die Gelder der Kassen als zusätzliches Kapital in der Profitproduktion gegen die von ihnen ausgebeuteten Arbeiter einsetzen zu können.

Wir haben anhand der offiziellen Zahlen über Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in den Monaten Januar bis August 1977 ausgerechnet, um welche stattlichen Beträge es der Bourgeoisie dabei geht.

In den ersten acht Monaten 1977 betrugen die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslosengeld 4,34 Milliarden DM – darin enthalten waren schon 1,007 Milliarden DM Krankenversicherungsbeiträge. Die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe werden für Januar bis August 1977 mit 0,91 Milliarden DM – davon 0,23 Milliarden DM Krankenversicherung – ausgewiesen.

Berechnet man daraus die für das Jahr 1977 im Durchschnitt gezahlten Beträge für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Krankenversicherungsbeiträge, kommt man auf folgendes Ergebnis:

6,02 Mrd. DM Arbeitslosengeld wurde 1977 an die Arbeitslosen ausgezahlt. Nach der Reichsversicherungsordnung (RVO) beträgt das Arbeitslosengeld 68% des Nettoarbeitslohns. Das macht für 1977 eine Gesamtnettolohnsumme von 8,85 Mrd. DM und eine Gesamtbruttolohnsumme von 12,6 Mrd. DM für das gezahlte Arbeitslosengeld.

1,02 Mrd. DM Arbeitslosenhilfe wurde 1977 an die Arbeitslosen, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld bereits gestrichen war, ausgezahlt. Sie beträgt nach der RVO 58% des Nettolohns. Das macht für 1977 eine Gesamtnettolohnsumme von 1,76 Mrd. DM und eine Gesamtbruttolohnsumme von 2,5 Mrd. DM.

1,86 Mrd. DM betrugen die Krankenversicherungsbeiträge, die 1977 aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt wurden.

Das allein ist schon ein stolzes Ergebnis. Rund 7,04 Mrd. DM betrugen also insgesamt im Jahre 1977 Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zusammen für die rund 1,04 Millionen Arbeitslosen, die von der Bourgeoisie offiziell in den Statistiken geführt werden. Das gibt, verteilt allein auf die nur 1,04 Millionen Arbeitslosen, gerade 564 DM im Monat. Zeigt diese Zahl doch das Ausmaß, in welchem die Kapitalistenklasse die Löhne der Arbeiter senkt und die Arbeitslosen ins Elend hinabdrückt, so zeigt sie andererseits die Wirkung der Sperrzeiten. Über 300000 Arbeitern war im letzten Jahr die Arbeitslosenunterstützung für einen oder mehrere Monate gesperrt worden wegen „Ablehnung zumutbarer Arbeit“.

Berechnet man jetzt weiter aus der Gesamtbruttolohnsumme, für die 1977 Arbeitslosenunterstützung gewährt wurde, die ab 1979 geplanten Rentenversicherungsbeiträge von 18% des Bruttolohns, so sind dies weitere 2,72 Mrd. DM, die Ehrenberg aus der Arbeitslosenversicherung kassieren will. 65% der an die Arbeitslosen gezahlten Gelder machen dann die Beiträge an die Kranken- und Rentenversicherung aus. Auf diese Weise kassiert Ehrenberg gleich zweimal Rentenversicherungsbeiträge von den Lohnabhängigen. Einmal 18 Prozent vom Lohn eines jeden Arbeiters und ein weiteres Mal von den Beträgen, die die Arbeiterklasse in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat. Ein fetter Betrag springt für die Kapitalistenklasse dabei heraus.

Obwohl dies nur relativ grobe Rechnungen sind und sich nur auf Durchschnittswerte beziehen, geben sie doch einen Eindruck von der Plünderung der Versicherungskassen der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse, solange diese Kassen in den Händen der Kapitalisten sind.

Noch bevor diese Maßnahmen des 20. Rentenanpassungsgesetzes vom Juni letzten Jahres in die Tat umgesetzt sind, eröffnet Ehrenberg seinen nächsten Feldzug gegen die Renten der alten Arbeiter und die Versicherungskassen mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz von 1978. Im Zweiten Deutschen Fernsehen hatte er heuchlerisch erklärt: „Irgendwo scheint es in der deutschen Öffentlichkeit Propheten zu geben ... Wir werden das tun, was die jeweilige Konjunkturlage und die dann sichtbare Entwicklung erfordert“, um seine geplante Arbeitslosenversicherungsbeitragserhöhung nicht schon jetzt auf den Tisch zu legen. Dafür ist noch Zeit, bis die Lohnkämpfe ausgestanden sind, solange wenigstens sollen seine neuesten Pläne noch im Schreibtisch schmoren.

Das ungefähre Ausmaß der Erhöhung teilte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 11.3. mit: „Die Bundesregierung wird nicht erst im Herbst, wie Minister Ehrenberg angekündigt hat, sondern noch vor der Sommerpause darüber entscheiden müssen, ob die wachsenden Defizite der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg mit Finanzmitteln des Bundes oder mit einer Beitragserhöhung zum 1. Januar 1979 geschlossen werden sollen.“ Der Beitragssatz von gegenwärtig 3% müßte mindestens auf 3,5 bis 3,6% erhöht werden, um das 3-Millionen-Loch zu füllen.

Solange die Kapitalistenklasse noch die Kontrolle über die Versicherungskassen der Arbeiter ausübt, sind sie ein Mittel der Bourgeoisie, die arbeitslosen Arbeiter, aus denen sie nicht mehr profitabel genug Mehrwert herauspressen kann, in die völlige Verelendung zu treiben, die Löhne der gesamten Arbeiterklasse zu senken und die Renten der alten Arbeiter auf ein Minimum zusammenzukürzen, um andererseits die Versicherungsbeträge der Arbeiterklasse für ihre Profitproduktion zu plündern. Ein Grund mehr, die Lohnkämpfe zu verbinden mit dem Kampf für die Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden bei Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten. – (Z-Red.)

BAFöG: 767687 DM Rückzahlungsforderung

Holstein. Folgende Zahlen über Rückzahlungsforderungen des BAFöG-Amtes vom März 1978 kamen uns auf den Redaktionstisch: Universität Kiel: 558 Rückzahlungsforderungen, 384504 DM Gesamtbetrag. Medizinische Hochschule Lübeck: 11 Rückzahlungen, 8441 DM Gesamtbetrag. PH Flensburg: 64 Rückzahlungen, 51065 DM Gesamtbetrag. PH Kiel: 221 Rückzahlungen, 166379 DM Gesamtbetrag. FH Kiel: 242 Rückzahlungen, 157298 DM Gesamtbetrag. Das sind insgesamt 1096 Studenten, die zusammen 767687 DM an das BAFöG-Amt zurückzahlen sollen. Entweder weil sie mehr als sechs Tage für ihre Rechte gestreikt haben oder weil sie monatlich mehr als 240 DM dazu verdient haben, weil BAFöG allein zum Leben nicht ausreicht.

Studenten müssen Medikamentengebühr zahlen

Kassel. Durch das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz ist die Befreiung der Studenten von der Medikamentengebühr aufgehoben worden. Selbstversicherte werden jetzt nur noch befreit, wenn sie über 3 Monate hinaus regelmäßig bestimmte Medikamente brauchen und weniger als 850 DM Einkommen haben (§ 182a der RVO).

Kampf gegen die Wegnahme des CA

Heidelberg. Eine Woche lang ist das Studentenwohnheim CA (Collegium Academicum) von den Studenten besetzt gehalten worden gegen die geplante Schließung. Versammlungen und Veranstaltungen wurden durchgeführt. Am Montag, den 6.3. ließ die Bourgeoisie um 6 Uhr das CA durch Polizei räumen. Die Opportunisten verhinderten, daß Verteidigungsmaßnahmen getroffen wurden.

Noch am Montag sind einige hundert Studenten und Arbeiter dem Aufruf der KHG für eine Demonstration gefolgt, die gegen die Unterdrückungsversuche der Polizei durchgeführt wurde. Seitdem belagern Polizeitruppen ununterbrochen die Stadt, um planmäßig die Aufträge der gesamten Bourgeoisie durchzuführen. Am kommenden Montag will die Stadt das Wohnheim Brunnengasse zu großen Teilen unbewohnbar machen. In weiteren Wohnhäusern der Altstadt haben ca. 60 Studenten die Kündigung erhalten. Die Bourgeoisie will entscheidende Schritte in der Durchsetzung der kapitalistischen Altstadtsanierung machen. Rektorat und Landesregierung wollen den Studenten wichtige Versammlungsorte nehmen. Eine Versammlung vor der Neuen Universität hat am Mittwoch auf Vorschlag der KHG beschlossen, eine Demonstration am Samstag unter den Forderungen: „Rückgabe des CA an die Studenten! Keine Wegnahme der Brunnengasse! Abzug der Polizei aus Heidelberg!" durchzuführen.

Eine Versammlung vor der Neuen Universität hat am Mittwoch auf Vorschlag der KHG beschlossen, eine Demonstration am Samstag unter den Forderungen: „Rückgabe des CA an die Studenten! Keine Wegnahme der Brunnengasse! Abzug der Polizei aus Heidelberg!" durchzuführen.

Buback-Prozeß auf „Verunglimpfung" ausgedehnt

Göttingen. Dreist und unverhohlen versuchen Staatsanwalt und Richter vor dem Landgericht in Göttingen ein Urteil gegen die angeklagten ASTA-Mitglieder im Buback-Prozeß durchzusetzen. Am ersten Prozeßtag hat die Staatsanwaltschaft die Anklage auf den §90 a – „Verunglimpfung des Staates" ausgedehnt und versucht mit „Alleinverantwortlichkeiten" die Angeklagten zu spalten. Damit versucht das Gericht, den Angriff auf die Forderung nach uneingeschränkter Presse- und Organisationsfreiheit durchzusetzen. Bedingungen sollen geschaffen werden, um beim nächsten Prozeß von Nachdruckern des „Buback-Aufrufs" in Braunschweig und im Berufungsprozeß in Göttingen gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Kommunistischen Studentenzeitung, das Urteil auf sechs Monate Haft zu vollstrecken. Was Wunder, daß viele von den 1200 Teilnehmern eines Nachtmarsches auf einem Friedhof riefen: „Habt ihr den Göhmann (Staatsanwalt) mit? Der ASTA soll anfangen zu buddeln."

30 Kommissionen zur Einführung der Regelstudienzeiten

Hannover. Landesstudienreformkommissionen, bis zu 30 an der Zahl, sollen in Niedersachsen vom Sommersemester an bis 1979 „Empfehlungen" zur Einführung der Regelstudienzeiten aushecken.

Der Entwurf eines neuen Landeshochschulgesetzes, in dem das Regelstudium festgelegt ist, soll noch in dieser Legislaturperiode über die Parlamentsbühne gebracht werden.

Die Bourgeoisie weiß aber, daß dieses Gesetz nach der Verabschiedung nur angewandt werden kann, wenn das Studium dafür ausgerichtet wird. Alle Studiengänge der wichtigsten Wissenschaften sollen durch „Ständige Kommissionen" reformiert werden, für die Lehramtsstudiengänge ist extra eine „Koordinierungskommission" mit dem Sitz im Wissenschaftsministerium vorgesehen. Dafür sind dieses Jahr 1,5 Mill. DM und 1979 bereits 2,9 Mill. DM veranschlagt worden.

Nacht- und Wochenendarbeit

Bochum. Eine Untersuchung an der Abteilung Jura hat ergeben, daß durchschnittlich 120 Studenten zwischen spätabends und frühmorgens Bücher aus der Bibliothek ausleihen und 160 Studenten über das Wochenende. Sie müssen nachts oder über das Wochenende arbeiten. Vor allem, weil die Bibliothek dermaßen unzureichend ausgestattet ist, daß von z.B. 600 Erstsemestern, die zu einem Zeitpunkt eine Hausarbeit schreiben müssen, nur ein kleiner Teil tagsüber die erforderlichen Bücher kriegen kann.

Deutsches Studentenwerk will 30% aller Studenten zu teuren Mieten kasernieren

In zahlreichen Universitätsstädten werden Kämpfe gegen die Erhöhung der Mieten in den zumeist staatlichen Wohnheimen und gegen die unwürdigen Wohnbedingungen organisiert. Diese Kämpfe werden von beiden Seiten hartnäckig geführt.

Die Studenten, denen die höheren Mieten abgepresst werden, können schlicht nicht zahlen, es sind die ärmsten unter den Studenten, 60% sind Ausländer, die nicht nur kein BAföG erhalten, sondern dem Arbeitsverbot unterliegen. Die Bourgeoisie hat Großes vor mit ihrem Programm der Sanierung der Studentenwohnheime. 11 Mrd. DM wurden seit 1970 für staatlichen Wohnheimbau investiert, hinzu kommen zahlreiche private Spekulationsprojekte. Von 60000 im Jahre 1972 auf 100000 1977 wurden die Wohnheimplätze erweitert. Die Regierung plant bis 1980, 146000 Studenten in solche Kasernen zu stecken, das sind 15% aller Studenten. Das Studentenwerk fordert 30%.

Die Lüge von der Kostendeckung

Die Studentenwerke, die die staatlichen Wohnheime verwalten, und die laut Satzung die „Studenten sozial, gesundheitlich und wirtschaftlich betreuen" mittels BAföG-Ämtern, §218-Beratungsstellen, Mensen, sind die wesentlichen Wohnheimträger. Betrachtet man den Zusammenhang zwischen „wirtschaftlich" und dem BAföG-Amt oder zwischen „gesundheitlich" und Mensaessen, so weiß man schon, was es mit der „Betreuung" auf sich hat. Die Studentenwerke behaupten, die Wohnheime seien wohlfeil in der Miete. Tatsächlich sind sie billig. Nicht was die Quadratmetermiete anbelangt, da kann sich manches 10 qm Zimmer in einem Heim mit einer Villa im Grünen messen. Die Quadratmetermiete ist hoch, nur es sind halt wenige Quadratmeter, das ist das Geheimnis.

Die Studentenwerke behaupten, die Wohnheime seien wegen der Gemeinnützigkeit absolut profitfrei. Auch das ist eine Lüge, die sie selbst widerlegen. Die Bundes- und Länderregierungen haben für die Wohnmieten eine „Wirtschaftlichkeitsberechnungsverordnung" erlassen. Laut dieser Verordnung teilt sich die Miete in Grundmiete und Verbrauchsumlagen.

nützigkeit absolut profitfrei. Auch das ist eine Lüge, die sie selbst widerlegen. Die Bundes- und Länderregierungen haben für die Wohnmieten eine „Wirtschaftlichkeitsberechnungsverordnung" erlassen. Laut dieser Verordnung teilt sich die Miete in Grundmiete und Verbrauchsumlagen.

Erstere wiederum besteht aus Tilgungs- und Kapitalkosten, Instandhaltung, Verwaltungskosten und Rücklagen und Abschreibungen. Letzteres allein, also die Bildung von neuem Kapital, macht 28,8% der Gesamtmiete aus. Die Verbrauchsumlagen bestehen im wesentlichen aus Kosten für Strom, Gas, Wasser etc., also zum großen Teil aus Tributen an die Großabnehmer solcher Gebrauchsgüter, die Kapitalisten. Am Beispiel eines Westberliner „Gruppenwohnheims", das tilgungsfrei ist, besteht die Miete zu 30,6% aus direkten Zahlungen für Grundrente und Kapitalzins sowie Akkumulation. Am selben Wohnheim läßt sich ein weiterer Betrug nachweisen. Laut Wirtschaftlichkeitsberechnung beträgt die Miete für 20 qm, die vertraglich vereinbart sind, 6,39 DM pro qm. Es handelt sich aber um ein Gruppenwohnheim, wie sie jetzt zunehmend gebaut werden, um die „Kollektivität studentischen Wohnens" zu fördern. Die Kollektivität besteht schlicht darin, daß 49% der 20 qm auf Flure, Küchen und Aufenthaltsräume entfallen, die – wohl wegen der Kollektivität – voll als Wohnfläche auf die Miete angerechnet werden. Bleiben 11 qm als Wohn- und Arbeitsraum, 12,82 DM/qm.

Teure Kasernen

Man versteht, was die Bourgeoisie veranlaßt, 46000 oder gar doppelt so viele neue Wohnheimplätze zu verlangen. Nicht nur, daß sich Bauspekulanten daran gesundstoßen – die Dinger werfen was ab. Und zwar nicht nur Profit. Zugleich ist mit den Wohnheimen dem Staatsapparat eine perfekte Kontrolle eines großen Teils der Studentenmassen gegeben. Die Mietverträge, zu deren Abschluß die Studenten mittels Armut genötigt werden, sprechen da Bände: Wohnberechtigt ist nur, wer Student ist. Nicht mehr als Student gilt, wer mehr als 19,9 Stunden pro Woche im Jahresschnitt arbeitet, weil das BAföG-Amt nichts zahlt. Offenlegung der Finanzen ist Vertragsbedingung, und der Vermieter betreibt zugleich das BAföG-Amt. Zurverfügungstellung des wenigen Geldes, das man hat, ist auch Bedingung: Man muß sich verpflichten, das Studentenwerk zum Einzug der Miete vom Konto zu ermächtigen, einschließlich Sonderzahlungen für Reparatur etc. Reparaturen müssen selbst gezahlt werden, wo es an Geld mangelt, wird auf die Arbeitskraft direkt Zwang ausgeübt: Man ist verpflichtet, selbst die Reparaturen durchzuführen, gnädigerweise bekommt man Geräte wie Betonmischer gestellt. Neuestes derartiges Projekt: Das Studentenwerk Westberlin hat fünf Abbruchhäuser gekauft, die Studenten selbst renovieren sollen für das Recht, später darin zu wohnen: „Studenten und Bürger planen und bauen für sich." Tapeten anbringen und Streichen der Wand mit „unüblichen Tönen" ist ebenso verboten wie „Aufnahme Dritter". Letzteres, wie auch die Verpflichtung, jederzeit einen Vertreter des Studentenwerks ins Zimmer zu lassen und sich auszuweisen, wurde eingeführt, als in den Wohnheimen vor allem ausländische Studenten vor der Ausweisung verborgen und ihre Verhaftung verhindert wurde.

Schließlich damit auch jedem klar ist, wo er wohnt, muß man, um in den Genuß von 12 qm Wohnung zu kommen, noch unterschreiben, daß man die „Mitarbeiter des Studentenwerks bei ihrer Amtsführung" unterstützt. Das Bauprogramm für Studentenheime, das die Bourgeoisie jetzt verstärkt betreibt, dient der Plünderung und Unterdrückung der Studentenmassen. Sie werden in Kasernen genötigt aufgrund ihrer Armut. Bei den zahlreichen neu gebauten Universitäten liegen die Heime samt den Instituten meist auch noch weit außerhalb der Stadt. Das hat auch militärische Gründe. In den von den USA in Nahost und Lateinamerika betriebenen „Entwicklungshilfeuniversitäten" stehen an den Eingängen bewaffnete Pförtner.

Auf der jüngst vergangenen VDS-MV haben die Jusos beantragt, „die VDS sollen den Bereich studentischen Wohnens untersuchen ..., um die Isolation des Einzelnen als auch der Studenten als Gruppe zu überwinden, hier gilt es, die Erfahrungen der Studentenwerke aufzuarbeiten". Diese bestehen in der Vorbereitung und Durchführung eines Kasernierungsprogramms. Die VDS-MV hat gegen dieses Programm beschlossen, den Kampf der Studenten in den Wohnheimen zu unterstützen. Das tut auch not, denn gelingt es, die Pläne, die die Reaktion macht, nicht an diesem Punkt zu durchkreuzen, zwingt die Bourgeoisie einen großen Teil der Studentenmassen in ihre direkte Kontrolle. – (W.C., Sprecherrat Nord)

Man versteht, was die Bourgeoisie veranlaßt, 46000 oder gar doppelt so viele neue Wohnheimplätze zu verlangen. Nicht nur, daß sich Bauspekulanten daran gesundstoßen – die Dinger werfen was ab. Und zwar nicht nur Profit. Zugleich ist mit den Wohnhei-

Studentenwohnheime: Kasernierung und Ausplünderung



Mensawohnheim Universität Bremen. 136 Einzelzimmer je 18,09 qm zu 129, DM, 5 Zweizimmerwohnungen je 40 qm zwischen 283–304 DM. Eingepfercht auf engsten Raum und isoliert, direkt auf dem Universitätsgelände, wohnen hier die Studenten in diesem kasernenähnlichem Gebäude.

1. Billigstes Wohnheim des Studentenwerks (2 Zimmer, 41 qm): 6,39/qm
2. Durchschnittsmiete in Wohnheimen des Studentenwerks: 7,42/qm
3. dito nach geplanter Erhöhung: 8,22/qm
4. Privates Wohnheim, Besitzer: die Spekulantin Kressmann-Zschach: 8,86/qm
5. Privates Wohnheim, Eigentümer SPD: 11,82/qm
6. Teuerstes Wohnheim des Studentenwerks; Miete berechnet nach den Bund-Länder-Richtlinien: 12,82/qm
7. Wohnheim für Krankenpflegeschüler, Eigentümer SPD: 16,82/qm

100% 90% 80% 70% 60% 50% 40% 30% 20%

37,5% 43,3% 48% 51,7% 69% 74% 98%

1 2 3 4 5 6 7

16 14 12 10 8 6 4

Höchstmiete im Sozialen Wohnungsbau, 1. Degression

Durchschnittliche qm-Miete in Altbauten, ohne Heizung, Warmwasser, Nebenkosten Westberlin

Das Schaubild zeigt die Quadratmetermieten in verschiedenen Westberliner Wohnheimen, sowie die verschiedenen Grade der Kostendeckung. Das Ziel, das bisher nur die SPD erreicht hat, ist 100% Kosten, Grundrenten und Verzinsung inbegriffen.

Mietstreiks in Westdeutschland und Westberlin

Aachen. Oktober 77: Eine Mieterinitiative organisiert die Fortsetzung des Mietstreiks unter den Forderungen: Für eine Miete in Höhe von 20% von BAFöG, d.h. 116 DM! Übernahme aller Miet-

Opportunisten haben eine Kirche besetzt mit der Forderung: „Für ein Dach über dem Kopf", was die Kirche angesichts des Schicksals ihres Gründers bei Geburt schlecht verweigern kann. In Heidelberg

Mietstreiks in Westdeutschland und Westberlin

Aachen. Oktober 77: Eine Mieterinitiative organisiert die Fortsetzung des Mietstreiks unter den Forderungen: Für eine Miete in Höhe von 20% von BAFöG, d.h. 116 DM! Übernahme aller Mietschulden durch das Land! Sofortige Renovierung der Etagen und Zimmer!

Heidelberg. Am 7.1.78 fand eine Landeswohnheimkonferenz statt. Einigkeit konnte hergestellt werden, daß in den Wohnheimen der landesweite Streik zielstrebig aufgebaut werden muß, um die Angriffe der Regierung zurückzuschlagen. Am 26.1. fand eine Demonstration mit etwa 1000 Teilnehmern statt gegen die Liquidierung des Wohnheimes Collegium Academicum. Am 28.2. sollten 130 Studenten auf die Straße gesetzt werden. Sechs bis sieben Hundertschaften der Polizei versuchten vergeblich, das Collegium Academicum zu räumen. Am 6.3. wurde das Collegium mit einem 1200 Mann starken Einsatzkommando, gemischt aus Bundesgrenzschutz und Polizei, gegen 300 Studenten brutal geräumt. Die Demonstration gegen die Räumung wurde von den Opportunisten nicht unterstützt. Von den rund 800 Teilnehmern gelangten nur 400 bis zum Versammlungsplatz, es gelang der Polizei, sie zu zerschlagen. Die Opportunisten haben eine Kirche besetzt mit der Forderung: „Für ein Dach über dem Kopf", was die Kirche angesichts des Schicksals ihres Gründers bei Geburt schlecht verweigern kann. In Heidelberg ist jetzt ständig eine 300 Mann starke Polizeitruppe stationiert. Eine Demonstration wird erneut organisiert.

Düsseldorf. Auf einer Heimvollversammlung am 11.1. wurde beschlossen, die Miete ab 1.2. um 15 DM zu vermindern, bis Kühlschränke, Briefkästen und Klingelanlagen eingebaut sind.

Saarland. Februar: Rund 700 der 900 in Wohnheimen des Studentenwerks wohnenden Studenten streiken gegen eine Mieterhöhung von 108 auf 120 Mark. Nach den Semesterferien sind Aktionen gegen den Landtag im Rundfunk etc. geplant.

Westberlin. Nach Angaben des Studentenwerks vom 9.3. beteiligen sich am Mietstreik gegen Mieterhöhungen von 10% im Februar 496 Studenten (12%) am großen (keine Miete überweisen) und 621 (15,9%) am kleinen Mietstreik. Am 17.3. findet eine Veranstaltung der Zentralen Selbstverwaltung statt, um über die Lage zu beraten.

Studentenarbeit: Einsatz als Lohndrücker erzwungen

Drei Jahre lang sind in Hannover bei VW kaum Studenten in den Semesterferien eingestellt worden, dieser Tage jedoch mindestens 150 für vier bis sechs Wochen. Gerade wird die Produktion auf den Gemeinschaftstransporter mit MAN umgestellt. Der Krankenstand ist so hoch wie nie vorher. Die Profitschlacht verschleißt die Arbeiter rasch. Kurzfristig und für begrenzte Zeit wird zusätzliche Arbeitskraft gebraucht. Die Kapitalisten stellen Studenten ein, sie sind billiger und die Befristung des Arbeitsverhältnisses gilt als „natürlich".

Lohndrückerei, Rationalisierung, Ausdehnung des Arbeitstages, der Nacht- und Schichtarbeit fällt zusätzlich zur Wirkung der industriellen Reservearmee mit der Ausbeutung der Studenten in der kapitalistischen Fabrik nochmal leichter für die Kapitalisten. In den vier Wochen, die man Arbeit gefunden hat, nimmt man gern Sonderschichten mit, das Geld wird gebraucht. So soll's wirken. Und so wirkt es zunächst auch. Das materielle Elend der Studenten ist die Voraussetzung dafür. Ihnen werden Bedingungen aufgezwungen, wie sie die Arbeiterklasse heute strikt ablehnt.

Ausgelotet wird mit den Studenten wie mit den Arbeitslosen, wie weit die Bourgeoisie es treiben kann. In Westberlin gibt es zwei große studentische Arbeitsvermittlungen: Für die FU-Studenten „Heinzelmännchen" und an der TU für die Studenten dort und für die Studenten der Pädagogischen Hochschule und der Fachhochschulen „Tusma" – „Telefoniere und Studenten machen alles" heißt diese Institution bezeichnenderweise. Sie vermittelt die Studenten als Tagelöhner.

Bei der Tusma werden die Jobs verlost, täglich werden morgens um halb sieben 150 bis 200 Nummern ausgegeben. Ab 9 Uhr macht die Vermittlungsstelle auf. An den einzelnen Schaltern werden die Jobs ausgerufen, z.B. Postamt 11 sucht 20 für die Nachtschicht. Dann geht das Gerangel los, oft bis zur Schlägerei. Die Nummern müssen auf den Schaltertisch gelegt werden, jeder hofft, daß er zu den untersten Nummern gehört, die gerade da sind. Die Arbeit bei der Post gehört zu den „begehrten" Stellen. Es gibt dort auf den durchschnittlichen Stundenlohn von 8 DM Nachtzuschlag. Fast regelmäßig gibt es um die Nachtarbeit im Druckhaus Tempelhof Keilerei. Für eine Nacht gibt es dort 81 DM Lohn. Die Kapitalisten haben im Druckhaus den Dreischichtbetrieb durchgesetzt. Jetzt arbeiten z.B. in der Abteilung, in der Zeitschriften geschnitten und gelegt werden, nachts ca. 50 Mann. Die Hälfte davon festangestellt, die andere Hälfte Studenten. Die Arbeiter bekommen 11 DM die Stunde ohne Nachtzuschlag, die Studenten 8,50 DM.

Die Konkurrenz unter den Studenten wie die Konkurrenz zwischen Arbeitern und Studenten auf der Suche nach einem Ausbeuter kann im Kampf gegen die Ausbeuter überwunden werden.

Bei Benecke Hannover, Chemiebetrieb, wurden z.B. Studenten und jugendliche Arbeitslose für fünf Wochen eingestellt. Sie machen in der Werkstoffprüfung Brennproben u.a. von PVC-Folien. Sie müssen diese Arbeit den ganzen Tag verrichten, von der Berufsgenossenschaft sind höchstens 4 Stunden täglich genehmigt. Der Lohn für die über 18jährigen liegt bei 9,16 DM. Noch vor einem Jahr wurden die studentischen Aushilfen wie die Arbeiterinnen der Abteilung bezahlt: 9,46 DM Stundenlohn und fürs Brennen 26 Pfennig Schmutzzulage. Pro Monat bezahlt der Kapitalist dem Studenten 98,56 DM weniger Lohn, zusätzlich zahlt er keine Versicherung, das sind nochmal 133 DM, die er „spart".

Einer der Aushilfen ist noch keine 18 Jahre alt, er muß die gleiche gesundheitsschädliche Arbeit verrichten, Schichtarbeit machen und kann nicht zur Berufsschule. Er bekommt in der Stunde 7,78 DM. Aus seiner Arbeit ziehen die Kapitalisten zusätzlich 341,44 DM aus geringerem Lohn. Hätte er nicht zu diesen Bedingungen angenommen, wäre ein Student an seiner Stelle eingestellt worden.

Wir haben in der Abteilung beraten, was der Einsatz von Aushilfen unter diesen Bedingungen für uns bedeutet und haben uns darauf geeinigt, daß sie den gleichen Lohn haben sollen wie wir, weil sonst leicht die Kapitalisten die Möglichkeit haben, uns vor die Wahl zu stellen, entweder für den gleichen Lohn zu arbeiten wie die Aushilfen oder zu gehen. Als ersten Schritt haben die Arbeiterinnen die Aushilfen ins Brennbuch eingetragen, nach dem der Zuschlag ausgerechnet wird. Und bei dem 17jährigen wird darauf geachtet, daß er die ihm zustehende einstündige Pause einhält und auch sonst genügend Pause macht. – (N-Red.)

Die Anklage gegen Hellmuth Kaiser

Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, gefährliche Körperverletzung, gemeinschädliche Sachbeschädigung, Nötigung und Verkehrsunfallflucht: die Anklage gegen Hellmuth Kaiser nach einer politischen Schlappe der Münchner Bourgeoisie am Soldaten- und Reservistentag vom 28.05.77. Alles Strafbestände, auf die zusammengenommen mindestens 1 Jahr Gefängnisstrafe stehen bis zu mehr als 5 Jahren und höher. Welche Verfolgungsjagd, Straßenschlacht und Demolierung von hochwertigem Polizeigerät samt dazugehöriger Mannschaften, Gefangenenbefreiung usw muß stattgefunden haben, daß es zu einer solchen Anklage seitens der Bourgeoisie kommt?

Die Tatsachenerhebung in diesem Prozeß bleibt darauf die Antwort schuldig. Sie handelt davon, ob eine Lastwagenstoßstange „ruckweise" vorwärtsbewegt, zunächst einen Polizeikradfahrer berührt habe, um sodann einen Polizeikradlautsprecher wenige Zentimeter einzudellen und ob sich der LKW-Fahrer durch Ortsveränderung um 30 Meter, aber „von Demonstranten unankömmlich abgeschirmt", der Feststellung seiner Person entzogen habe, obgleich er an der Stelle eine Stunde verharrte.

Die Hohe Richterwürde und ihr beigeordneter Staatsanwalt, die sich zu der Bourgeoisanklage so viel durch den Kopf gingen ließen, waren über die Tatsachen weniger beschlagen: so schossen sie auch Eigentore.

Der Spitzelfilm der Polizei, ein Beweismittel der Staatsanwaltschaft, zeigte den gefährlich körperverletzten Kradfahrer in seiner ganzen eitlen Pracht nach dem „brutalen Angriff" – die sechs Zentner schwere Maschine auf das (anschließend von höherer Stelle zu vierwöchiger Arbeitsunfähigkeit verurteilte und auf dessen Geheiß heute immer noch schmerzende) lädierte rechte Bein gestützt.

Verloren hatte die Bourgeoisie eine Schlacht am Marienplatz, dem politischen Zentrum vor ihrem Rathaus. Wo Strauß und Kiesl und Brandt und ihresgleichen hinter schußsicherem Glas den „Kontakt zum Volk" nicht abreißen lassen wollen, wo Kardinäle feierlich inthronisiert werden, sollte nicht, durch Lautsprecher übertragen, der Zusammenschluß der Arbeiterbewegung mit der Soldatenbe-

zende) lädierte rechte Bein gestützt.

Verloren hatte die Bourgeoisie eine Schlacht am Marienplatz, dem politischen Zentrum vor ihrem Rathaus. Wo Strauß und Kiesl und Brandt und ihresgleichen hinter schußsicherem Glas den „Kontakt zum Volk" nicht abreißen lassen wollen, wo Kardinäle feierlich inthronisiert werden, sollte nicht, durch Lautsprecher übertragen, der Zusammenschluß der Arbeiterbewegung mit der Soldatenbe-

wegung und die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe propagiert und demonstriert werden dürfen. Darin bestand die Absicht der Bourgeoisie. Aber die Versuche, dies zu verhindern, scheiterten an der Geschlossenheit der Demonstration. Bei einem dieser Versuche fuhr ein Polizeikradfahrer mehrmals gegen den stehenden LKW, während fünf andere Polizisten an eine ideologisch nicht haltbare Front geschickt, sich wegziehen ließen. Der großartige Schlachtplan, im Innenministerium ausgeheckt, war im Eimer, die bereitstehenden Einsatzhundertschaften hatten den günstigsten Augenblick verpaßt.

Im Prozeß zur Untermauerung der Anklage wurde aufgetischt: Kaiser als „Werkzeug" der Demonstrationsleitung; 18 Zeugen der Anklage mit 18 Versionen – der Motorradfahrer sei „angefahren" worden, „umgefallen", „einfach umgefahren", „in Lebensgefahr" gewesen; der LKW habe sich „im Stand auf und ab bewegt", „sehr langsam bewegt", „ruckartig", „sei gesprungen" – der angeblich nicht geschnittene Film zeigt nichts von alledem.

Warum weiter keine Anklage gegen K. Greller, Demonstrationsleiter und Mitglied des Zentralen Komitees des KBW? Da wäre doch noch ein höheres Strafmaß zu holen? Offensichtlich hat die Bourgeoisie politische Befürchtungen. Befürchtungen, daß die politische Lage *und* die Tatsachen einen solchen Prozeß gegen K. Greller oder gegen die Kommunistische Volkszeitung, die zu den Soldaten- und Reservistentagen aufgerufen hat, nicht aushalten. Die Bourgeoisie ist herrschende und verfaulende Klasse und sie ist feige. Der ganze politische Grund dieses Prozeßes gegen H. Kaiser sind kleinliche Rachegelüste der Bourgeoisie. In den Tatsachen finden diese Rachegelüste noch nicht einmal einen Hauch von Sützung.

Wir stellen fest: Die V. Große Strafkammer des Landgerichtes München, unter Vorsitz von Dr. Mayer, dazu bestimmt eine hohe Gefängnisstrafe zu verhängen, hat die haltlose Anklage durch Spaltungsversuche und durch Unterdrückung der Wahrheit über 5 Prozeßtage zu steuern versucht. Das Gericht nach der Schlappe der Bourgeoisie auf dem Soldaten- und Reservistentag, nach dem Debakel ihrer Anklage und Aufhebung des unhaltbaren Haftbefehls bemüht, bemüht, nicht auch noch Unterdrückungsabsichten der Bourgeoisie selber enthüllen müssen, hat schließlich einen „Rückzieher" gemacht und ein Versöhnungsangebot: Kaiser solle nicht wegen „Verbrechens" sondern „Vergehens" verurteilt werden. Gleichzeitig steht der Antrag des Staatsanwalt auf 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis. Der „Rückzieher" des Hohen Gerichtes und der Antrag des Staatsanwaltes bestätigen die Haltlosigkeit dieser Anklage und die kleinlich gehässigen Rachegelüste der Bourgeoisie als den politischen Grund für diesen Prozeß.

Sofortige Einstellung des Prozesses gegen fünf Mitglieder des SRK Munster

Bei seiner Amtseinführung erklärte der neue Kriegsminister Apel: „Disziplin und Pflichterfüllung seien unverzichtbar." Seit Bestehen der Bundeswehr war dies schon immer das Problem der Bourgeoisie, mußte sie doch die Soldaten unterdrücken, um den Auftrag der Armee durchzusetzen.

Jetzt sind fünf Reservisten und ehemalige Mitglieder des SRK Munster vor dem Landgericht Lüneburg wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt. Es handelt sich dabei um ein Verfahren, mit dem – geht es nach Wünschen der Bourgeoisie – ein prinzipielles Urteil gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees angestrebt wird. Es sind nicht einzelne Fragen, die zur Anklage stehen, sondern der Zusammenschluß innerhalb einer Organisation, deren programmatische Grundlage die Ersetzung des stehenden Heeres und der Polizei durch die allgemeine Volksbewaffnung ist. Entsprechend heißt es in der Anklage, daß „die Angeschuldigten mit ihrer Tätigkeit das Ziel verfolgten, die Bundeswehr als Organ zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland zu zersetzen und die freiheitlich demokratische Grundordnung mit Waffengewalt zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu zerschlagen" und wird aus den Militärleitsätzen des KBW die zusammengefaßte Erfahrung der Arbeiterklasse zitiert, daß „die Arbeiterklasse im Klassenkampf die bewaffnete Volksmacht errichten muß oder unterliegen wird. Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern können."

Schon unmittelbar vor der Gründung der Bundeswehr 1956 gab es eine Reihe von Offizieren, Zeitsoldaten

Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern können."

Schon unmittelbar vor der Gründung der Bundeswehr 1956 gab es eine Reihe von Offizieren, Zeitsoldaten

und Soldaten, die aktiv in Komitees gegen die Remilitarisierung kämpften.

Mit Aufschwung der wirtschaftlichen und demokratischen Kämpfe der Arbeiterklasse kam es in der Armee zu spontanen und ersten organisierten Kämpfen. 1969 wurden in der 8./1 in Holzminden und in Hannover wie in vielen Kompanien Vertrauensmänner auf der Grundlage von Programmen gewählt. Dienstausgleich für alle Zusatzdienste war die Hauptforderung. Zusammenarbeit auf der Ebene des Standortes und des Bataillons begann.

Große Auseinandersetzungen gab es bei der Verabschiedung der Notstandsgesetze, viele Soldaten verweigerten kollektiv. Gegen die kleinliche Schikane in der Armee richtete sich der Kampf gegen den Haarerlaß, Kantinenboykotts wurden organisiert. Die Kette dieser spontanen Kämpfe ist bis heute nicht abgerissen, die Soldatenbewegung führt sie aber auf einem höheren politischen Niveau. In dieser Entwicklung spielt das SRK Munster eine fortgeschrittene Rolle. Anfang 1975 führte es eine Veranstaltung mit Gewerkschaftsmitgliedern aus Kasernen und Betrieben durch, an der 15 Offiziere teilnahmen und offen mit ihren arbeiterfeindlichen Ansichten hervortreten mußten. Gezeigt hat sich, daß die Spaltung der Gesellschaft in Klassen sich in der Armee widerspiegelt. Das hat erheblich zur Zersetzung in der Armee beigetragen. Frühzeitig wird in den Vertrauensleutewahlen die Forderung nach Lohnfortzahlung für Soldaten erhoben. Anfang 1976 gründete sich das SRK Munster auf der Grundlage der Forderung nach Volksbewaffnung und gibt regelmäßig die Zeitung „Der Funke" heraus. Politisch ist das Offizierskorps nicht in der Lage, den Einfluß des SRK Munster zu brechen. Nach einem ausgefeilten Plan

wird in den Vertrauensleutewahlen die Forderung nach Lohnfortzahlung für Soldaten erhoben. Anfang 1976 gründete sich das SRK Munster auf der Grundlage der Forderung nach Volksbewaffnung und gibt regelmäßig die Zeitung „Der Funke" heraus. Politisch ist das Offizierskorps nicht in der Lage, den Einfluß des SRK Munster zu brechen. Nach einem ausgefeilten Plan

des MAD werden bei verschiedenen Soldaten Spind- und Hausdurchsuchungen durchgeführt, zwei der Soldaten bekommen Dienstverbot und werden entlassen.

Die beteiligten Offiziere: Hauptmann Abels, KpChef PzLehrBtl 93. Er entläßt die Soldaten. Hauptmann Künne unternimmt unrechtmäßige Spinddurchsuchungen. Oberleutnant Kammerer spitzelt auf Veranstaltungen des SRK und des KBW. Die höheren Offiziere, vorneweg Brig Kdr von Rodde, verschanzen sich hinter ihren KpChefs. Keiner der Offiziere tritt jetzt innerhalb des Verfahrens auf. Obwohl bei der Abfassung der Anklage die beiden Offiziere Abels und Kammerer noch auf der Zeugenliste standen, sind als Zeugen ausschließlich Soldaten, Unteroffiziere und Polizisten geladen. Das deutet auf die Gesamttaktik in der Prozeßführung hin, den MAD und das Offizierskorps und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz in der Gesellschaft, der sich in der Armee als Spaltung zwischen Offizieren und Mannschaften widerspiegelt, in dem Verfahren herauszuhalten. Stattdessen setzt die Bourgeoisie auf eine Spaltung unter den Soldaten.

Dem Prozeß liegt der § 89 zugrunde. Danach steht unter Strafe die planmäßige Einwirkung auf die bewaffneten Organe des Staatsapparates. Die besondere Wirksamkeit dieses Paragrafen für die Bourgeoisie besteht darin, daß überhaupt nicht entscheidend ist, ob die Agitation gegenüber der Bundeswehr wahr ist. Eine völlig den Tatsachen entsprechende Agitation ist danach strafbar. Eingeführt worden ist dieser Straftatbestand im Faschismus.

So wird die Bourgeoisie versuchen, den Prozeß auf diesen abstrakten Sachverhalt einzuschränken. Geführt wird er aber als Kampf gegen die imperialistische Armee. – (N-Red.)

ob die Agitation gegenüber der Bundeswehr wahr ist. Eine völlig den Tatsachen entsprechende Agitation ist danach strafbar. Eingeführt worden ist dieser Straftatbestand im Faschismus.

So wird die Bourgeoisie versuchen, den Prozeß auf diesen abstrakten Sachverhalt einzuschränken. Geführt wird er aber als Kampf gegen die imperialistische Armee. – (N-Red.)

US-Imperialisten sichern ihre Nachschublinien über den Atlantik

NATO-Manöver „Arctic Express" in Nordnorwegen

Vom 1. März bis zum 6. März führten Nato-Truppen in Nordnorwegen das diesjährige „Arctic-Express"-Manöver durch. Beteiligt waren 15300 Soldaten mit 3000 Fahrzeugen. Die speziell geschaffene Nato-Arctic-Eingreifreserve wurde innerhalb von 9 Tagen von westdeutschen Basen nach Nordnorwegen verlegt. Sie besteht aus in Norwegen ausgebildeten kanadischen, italienischen und britischen Truppen. An dem Manöver waren außerdem neben norwegischen Truppen US-Einheiten sowie westdeutsche und niederländische Truppen beteiligt.

Es geht um die Atlantik-Verbindungen

Die US-Imperialisten können keine Schlacht um die Beherrschung Europas in Mitteleuropa gewinnen, wenn sie keine Nachschublinien über den Atlantik haben. Für die Sozialimperialisten, die diese Schlacht ebenfalls vorbereiten, ist die Störung dieser Linien von entscheidender Bedeutung für einen militärischen Sieg in Mitteleuropa.

Die größte der vier Flotten der Sozialimperialisten (Pazifik-, Schwarzmeer-, Ostsee- und Nordmeerflotte) ist die Nordmeerflotte, die in den Häfen der Insel Kola, vor allem Murmansk, stationiert ist. Die Flotte ist in den letzten Jahren vergrößert worden und hat eine beträchtliche Stärke, die auf dem Atlantik eingesetzt werden soll (vgl. KVZ 52/77, S.13).

Aber die strategische Lage der Sozialimperialisten in bezug auf den Atlantik ist ungünstig. Die Grenze des Nato-Landes Norwegen ist nur etwas mehr als 100 km von Murmansk entfernt. Dazu kommt: Der Weg für die Flotte in den Atlantik führt mehrere hundert Kilometer zwischen Eis und norwegischer Küste entlang. Das macht den Aufmarsch verwundbar. Von dieser Küste aus können Kriegsschiffe leicht mit Flugzeugen und Raketen angegriffen werden. Schiffe der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten, die die Fahrt in den Atlantik verhindern wollen, können von dieser Küste aus leichter operieren und Unterstützung erhalten.

Für die Pläne der Sozialimperialisten ist die Eroberung Norwegens deshalb von großer Wichtigkeit. Außerdem bedeutet die Besetzung Norwegens eine Erleichterung der Öffnung der Ostseezugänge für die sozialimperialistische Ostseeflotte. Für die Pläne der US-Imperialisten ist die möglichst starke Fesselung der Nordmeerflotte in Murmansk entscheidend. Dazu dient der Ausbau der Flughäfen an der Norwegischen Küste in den letzten Jahren. Aus der „Nordflanken-Diskussion" der westlichen Imperialisten in den letzten Jahren ist aber noch mehr herausgekommen: „Doch je mehr Streitkräfte die Sowjetunion auf Kola konzentriert", schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung, „desto wertvollere Ziele bietet sie auch. Die ‚Basis Kola' ist nicht nur stark, sondern auch empfindlich, besonders gegen Luft- und Raketenangriffe.

Murmansk ist, gewissermaßen, das Pearl Harbour ihrer Atlantikflotte." (24.7.76) In Pearl Harbour wurden durch einen überraschenden Schlag der japanischen Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg 19 Schiffe der US-Pazifikflotte zerstört. Der Unterschied zwischen Pearl Harbour und Murmansk besteht nicht darin, daß die westlichen Imperialisten nicht auch einen überraschenden Schlag landen wollen. Sondern darin, daß sie nicht tausende von Kilometern Flugzeuge schicken müssen, sondern mit ihren Truppen direkt vor der Tür sitzen.

Anders als die „Merger"-Übung 1974 z.B., in der Verminung, Luftangriffe usw. bis zur Seeschlacht geübt wurden, sind die wiederholten „Arctic-Express"-Manöver vor allem Landübungen. Geübt wird die schnelle Verlegung großer Truppenverbände nach Nordnorwegen. Geübt wird mit diesen Truppenverbänden die Errichtung eines Sperriegels und der Vorstoß nach Osten. Der Sperriegel wird südwestlich der schwedisch-finnischen Grenze zwischen Tromsö an der Nordmeerküste und der Ostsee angenommen. Die Nato-Planer gehen davon aus, daß die Sozialimperialisten bei einem Angriff auf Norwegen ungehindert durch Finnland in das neutrale Schweden eindringen, wo sie dann auf Nato-Truppen stoßen. Natürlich bleiben die Nato-Truppen nicht beim Abriegeln stehen. „Die als ‚Arctic-Express' bekannten Manöver haben die Aufgabe, eine geeignete Taktik zur Abwehr eines derartigen Vorstoßes aus dem Osten ... zu entwickeln", stellt „Wehr und Wirtschaft" schon 1974 fest. Und was gibt es bekanntlich besseres als die Abwehr eines solchen Vorstoßes durch Angriff, möglichst präventiv? Siehe Pearl Harbour.

Haupthindernis für die Imperialisten: Die norwegische Arbeiterklasse

Die norwegische Bourgeoisie konnte ihre Mitgliedschaft in der Nato 1949 nur mit Zugeständnissen an die Arbeiterbewegung durchsetzen. Dazu gehört auch die Erklärung, keine ausländischen Truppen im Land zu stationieren, solange kein „Angriff oder unmittelbare Bedrohung" vorliegen.

Seit mehreren Jahren betreiben die US-Imperialisten, eifrig assistiert von den britischen und westdeutschen, eine Kampagne für die Stationierung ausländischer Nato-Truppen in Norwegen. Einzelne Erfolge wie die Stationierung des Geräts der Einheiten in Norwegen und monatelange Übungen mit Quasi-Stationierungscharakter der Spezialtruppen haben sie erreicht.

Gleichzeitig drücken und drohen die Sozialimperialisten Norwegen mit den verschiedensten Mitteln und wollen es wie Finnland unter die Fuchtel bekommen. Der Kampf gegen die Stationierung ausländischer Truppen in Norwegen macht den Plänen der Supermächte einen Strich durch die Rechnung. – (Z-Red.)

„Deutschland" übte vor dem Horn von Afrika

Kiel. Seit dem 1. 2. befindet sich die „Deutschland" auf einer 210-tägigen Ausbildungsfahrt in Richtung Pazifik. Sonderberichterstatter Kapitänleutnant Gerhard Rose schrieb in den „Kieler Nachrichten" vom 9. 3. : „Wir verlassen das Rote Meer, an Steuerbord erkennen wir schwach das Horn von Afrika. Es ist Sonntag, der dritte Sonntag auf See. Das Schiff hatte Verbindung aufgenommen mit der französischen Fregatte ‚Doudart de Lagree', mit der heute Stationierungs-, Fernmelde- und andere Übungen gefahren werden."

Neuer Jahresausbildungsplan für Nachtausbildung

Hamburg. Böhnkaserne. Nach dem neuen Jahresausbildungsplan gibt es jetzt häufiger Nachtausbildung. Vorher war in der 4./173 höchstens einmal im Monat Nachtausbildung. Jetzt müssen die Soldaten alle zwei Wochen einmal nachts rausrödeln. Weiter ist nach dem Jahresausbildungsplan für 1./173 die Schießausbildung vermehrt angeordnet. Vorher haben die Stammsoldaten kaum geschossen, höchstens mal bei Wachausbildung, jetzt soll zunächst jede Woche geschossen werden: G 3, MG, Panzerfaust, Gewehrgranate, MP.

Manöver „Große Hornisse"

Nienburg. Die schnelle Verlegung von größeren Truppenteilen durch Hubschrauber spielen eine immer größere Rolle in der imperialistischen Bundeswehr. Das PzGrenBtl 32 wurde so im Februar an mehreren Tagen zugweise bis zu 150 km ausgeflogen. Eine Woche lang probten jetzt 2000 Heeresflieger mit über 70 Hubschraubern und 500 Fahrzeugen das kriegsmäßige Anwenden der Hubschrauberwaffe. Lufttransporte, Truppenverpflegung, Nachtflüge, Tiefflug und feldmäßige Wartung wurden geübt. Fallschirmjäger wurden eingesetzt. Schon im letzten imperialistischen Krieg war diese Waffengattung Sturmtruppe für die Imperialisten.

Stabsformübung „Crested Eagle"

Mainz. General-Feldzeugmeister-Kaserne. Vom 2. bis 8. März fand die Stabsformübung „Crested Eagle" (Gekrönter Adler) statt. An der Übung nahmen teil: Wehrbereichskommando 4, 5 und 6. Weiter nahmen daran teil: Das territoriale Heer der NATO (Heidelberg), das dritte Korps des Heeres und Stäbe der US-Ar-

Stabsformübung „Crested Eagle"

Mainz. General-Feldzeugmeister-Kaserne. Vom 2. bis 8. März fand die Stabsformübung „Crested Eagle" (Gekrönter Adler) statt. An der Übung nahmen teil: Wehrbereichskommando 4, 5 und 6. Weiter nahmen daran teil: Das territoriale Heer der NATO (Heidelberg), das dritte Korps des Heeres und Stäbe der US-Armee. Über das Ziel der Übung ist durchgesickert, daß eine Kriegs- bzw. Bürgerkriegssituation herrschen würde und „öffentliche Gebäude und Straßen zerstört" seien. Die Übungsaufgabe bestand darin, theoretisch zu üben, wie man diese wichtigen Punkte wieder in die Hand bekommen kann. „Zivile Organisationen" wurden mit eingeplant (Deutsches Rotes Kreuz und andere paramilitärische Organisationen). Zivildienstpflichtige wurden eingeplant. Während der Übung wurde zweifache Schicht gefahren. Die Tagschicht mußte sechs mal zwölf Stunden und eine Normalschicht arbeiten und die Nachtschicht sechs mal zwölf Stunden. Es wurde vor allem mit Offizieren und Unteroffizieren geübt, nur ganz wenige Wehrpflichtige wurden eingesetzt. Die Übung fand unter strengster Geheimhaltung statt, Teile des Wehrbereichskommandos wurden zum Sicherheitsbereich erklärt, und man konnte nur mit Sonderausweis die Einsatzzentrale in Mainz betreten. Die Bereitschaft mußte morgens um 6 Uhr und abends um 22 Uhr die Dienststellen (Leitkommando) reinigen. Für insgesamt 72 Stunden Dienst bekamen die teilnehmenden Soldaten nur einen Tag Sonderurlaub.

Bau der Panzerstaße Garlstedt mußte eingestellt werden

Osterholz-Scharmbek. Aufgrund des Protestes der Bevölkerung des Kreises Osterholz gegen die geplante US-Truppenstationierung in Garlstedt mußte der Stadtrat seinen Beschluß zum Bau einer Schienenstraße zum Panzertransport durch Bauernland offiziell zurücknehmen.

Auf der Jahreshauptversammlung der Naturfreunde im Kreis Osterholz wurde der Beschluß gefaßt: Keine Truppenstationierung in Garlstedt, sofortiger Stopp aller Bautätigkeiten.

Zivildienstpflichtige schlagen Strafmaßnahmen zurück

Münsterland/Emsland, Osnabrück. Beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) sind 5 ZDLer beschäftigt. Gegen einen hat der Dienststellenleiter sich extra die Genehmigung vom Bundesamt für Zivildienst für eine Strafversetzung – der würde zu häufig krank feiern – geholt.

Einen anderen hat er wegen Teilnahme am Streik weitergemeldet, dazu war eine „Anhörung mit dem Ziel einer disziplinarischen Bestrafung" vorgesehen. Diese beiden Vorhaben sind auf den geschlossenen Widerstand der ZDLer gestoßen; dem Dienststellenleiter wurde klar gemacht, daß man die beabsichtigten Strafmaßnahmen nicht hinnimmt, und es wurde die sofortige Einstellung der geplanten Schritte gefordert. Das zeigte gleich Wirkung: Die Strafversetzung fand nicht statt und die „Anhörung" auch nicht. Wie es heißt, mußte sie wegen einer plötzlichen Erkrankung des Regionalbeauftragten für Zivildienst auf unbekannte Zeit abgesagt werden.

Für 1 Dollar die Stunde soll die Arbeitskraft zu haben sein!

Im Januar 1978 ist das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Lohnabhängigen in den USA schlagartig um 3% gesunken, der schärfste Abfall seit 14 Jahren. Die Preissteigerungsrate bei Lebensmitteln betrug 1,5%, die durchschnittliche monatliche Inflationsrate 0,8% gegenüber 0,4% im Dezember 1977, der Index der Lebenshaltungskosten stieg um 8,4%.

Die Gaunerei der US-Monopolbourgeoisie mit der Dollarabwertung bedeutet für die amerikanischen Volksmassen einen massiven Angriff auf ihre Reproduktionsbedingungen. Die Entwertung des Dollars treibt die Preise in die Höhe, weil die Waren ihren Wert in entsprechend mehr Dollars ausdrücken. Die US-Monopole rechnen sich dabei noch Extraprofite aus, indem sie auf dem US-Markt den ausländischen Konkurrenten hoffen Marktanteile abjagen zu können. Zusätzliche Ausplünderung der amerikanischen Volksmassen auf dem Warenmarkt ist dabei ihre Devise.

Die Preissteigerungsrate vom Januar ist nicht der alleinige Grund für den krassen Einbruch im Geldbeutel der Massen. Was sich auswirkt, sind die von den US-Monopolen und ihrer Regierung geschätzten langen Tariflaufzeiten – 3 Jahre bei den Automobil- und den Bergarbeitern –, die selbst bei beträchtlichen Lohnerhöhungen zu Beginn der Tariflaufzeit zu einem Plus im Geldbeutel führen, gegen Ende jedoch in Verschuldung der Arbeiterfamilien münden. Zinszahlung an das Finanzkapital für aufgenommene Kredite sind es, die das verfügbare Einkommen weiter drücken. Der von den Bergarbeitern abgelehnte „Kompromißvorschlag" sah z.B. 37% Lohnerhöhung für die nächsten drei Jahre vor; das müßten sie allein für 1978 erhalten, wenn die Steigerungsrate vom Januar anhält!

Die Statistiker des US-Arbeits- und Sozialministeriums basteln an einer neuen Berechnung des Lebenshaltungskostenindex (Consumer price index – CPI) herum. Bisher wurde er berechnet aus den Einkommen von 8,5 Millionen Arbeitern, 31 Millionen Sozialhilfeempfängern, 20 Millionen Empfängern von Lebensmittelmarken und 2,5 Millionen Rentnern der Armee und Verwaltungsbereiche und bezogen auf einen Warenkorb des „durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalts" von 1963. Die Statistiker kochten zwei „neue" CPI aus: erstens berechnet auf den Warenkorb von 1972 und zweitens unter zusätzlicher Einbeziehung aller Einkommen, einschließlich derjenigen aus sogenannter selbständiger Arbeit, wozu sich bekanntlich die Kapitalisten auch rechnen. Im ersteren Fall ergaben sich 10%, im zweiten immer noch 9,6% Steigerung des Index.

Ein Sprecher der Finanzbourgeoisie wie C. Wallich von der Notenbank setzt sogleich nach und ergänzt, schleunigst müßten neue Lohnleitlinien her, so um die 5% maximal, weil „das Niederhalten der
5% maximal, weil „das Niederhalten der
Löhne der sicherste Weg zur Eindämmung der Inflation" sei. Carters geschmierte Wirtschaftswissenschaftler schlagen vor, die untere Eckmarke für den Elendslohn bei den Jungarbeitern einzureißen, die jetzt schon zum Teil für um die 5 DM umgerechnet zur Ausbeutung feilgeboten werden. Martin Feldstein, Professor an der Harvard-Universität, hat folgendes ausgebrütet: Carter solle „Ausbildungsstipendien" für jugendliche Arbeitslose einrichten; die 400 Millionen Dollar Subventionen der Regierung an Kapitalisten, die Jugendliche einstellen, seien überhaupt kein „Anreiz"! Die Jugendlichen sollen 1500 Belegmarken erhalten, die einem Dollar entsprechen und dem Kapitalisten für jede Arbeitsstunde eine davon als „Beleg" für die erfolgte Ausbeutung abgeben, die dieser dann beim Staat abrechnen kann. Das sei nötig, weil die Mindestlöhne für Jungarbeiter zu stark im Anstieg begriffen seien, von 2,65 Dollar in Richtung 3,35 Dollar im Jahre 1981. „Wir müssen die effektiven Kosten für die Beschäftigung solcher Leute auf 1,25 bis 1 Dollar senken." Die US-Monopolbourgeoisie weiß, wie sehr ihr Konkurrenzvorteil in den internationalen Schlachten auf dem Weltmarkt von der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse abhängt. Daß sie es darin bereits zu ungeheurem Ausmaß getrieben hat, macht sie höchstens noch verbissener. Die Hartnäckigkeit der Bergarbeiter in ihrem Kampf gegen die absolute Verelendung für ausreichenden Lohn, ausreichende Erhöhung der Renten der alten Arbeiter und Bezahlung der Gesundheitsversorgung durch die Minenkapitalisten ist gerade deshalb so bedeutsam für die gesamte Arbeiterbewegung in den USA, wie grundsätzlich der Klassenkampf im eigenen Land allen Imperialisten entschieden wider den Strich geht, weil er ihnen in der Austragung ihrer Handelskriege, ihrer Expansion und Kriegsvorbereitung „Störfaktoren" in den Weg legt. Und das ist gut für die Arbeiterklasse. – (Z-Red.)

„Niemand kann uns zwingen, Kohle zu fördern"

Trotz des Taft-Hartley-Gesetzes setzen die 160 000 US-Bergarbeiter ihren Streik fort

Carters Drohungen haben die erwünschte Wirkung ebenso verfehlt wie der 40000 Dollar teure Werbefeldzug von Miller, dem Führer der US-Bergarbeitergewerkschaft UMW: Die US-Kohlebergarbeiter haben am 3.-5. März den zwischen den Kohlekapitalisten und der Gewerkschaftsführung ausgehandelten Tarifvertrag mit 2/3-Mehrheit abgelehnt. Der Streik geht inzwischen in seine 15. Woche.

Einen Tag nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses erklärt Carter im Fernsehen, daß er jetzt „zum Wohle des amerikanischen Volkes" das Taft-Hartley-Gesetz in Anwendung bringen werde. „Das Land kann nicht länger warten. Ich habe den Generalstaatsanwalt und die Gouverneure der betroffenen Staaten aufgefordert sicherzustellen, daß das Gesetz befolgt, Gewalt verhütet und Leben und Eigentum geschützt wird." Später bringt das US-Fernsehen Aufnahmen über die Reaktionen von Bergarbeiterversammlungen, die Carters Erklärung verfolgt haben: geballte Fäuste, den Daumen nach unten.



Schon vor der Abstimmung machten die US-Bergarbeiter deutlich, was sie von dem ausgehandelten Vertrag halten. V.a. folgende Festlegungen wurden zurückgewiesen:

– Das Streikrecht wird nach wie vor erheblich eingeschränkt. Arbeiter, die an „wilden Streiks" teilnehmen und von den Kapitalisten als „Rädelsführer" bezeichnet werden, können entlassen werden.

– Die bisher freie medizinische Versorgung wird beseitigt. Die Bergarbeiter sollen bis zu 700 Dollar jährlich selbst zahlen. Diese Abzüge heben die Lohnerhöhung von rd. 30%, die über einen Zeitraum von 3 Jahren gezahlt werden soll, schon nach kurzem vollständig auf.

– Die Renten der 81000 noch lebenden Bergarbeiter, die vor 1976 in Rente gingen, sollen auf dem bisherigen Elendsniveau bleiben. Sie sollen in Zukunft um die Hälfte niedriger liegen als die Renten der Arbeiter, die ab 1976 verrentet wurden.

Die Bergarbeiter wissen, daß mit dem Inkrafttreten des Taft-Hartley-Gesetzes schwere Aufgaben auf sie zukommen: Der Befehl, an die Arbeit zurückzukehren, wird über 1400 Gewerkschaftsfunktionären und Streikführern persönlich zugestellt – die Liste, die die nach dem Taft-Hartley-Gesetz eingesetzte Untersuchungskommission über sie angelegt hat, ist schon nach drei Tagen über 90 Seiten lang. V.a. sie, aber auch die anderen streikenden Bergarbeiter sind bei Nichtbeachtung mit Geld- und Gefängnisstrafen bedroht. So hofft Carter, die Arbeiter zu demoralisieren und ihnen die Führung zu rauben. Allen, die weiter streiken, werden die Lebensmittelkarten und andere Unterstützungen, die sie bisher bekamen, sofort entzogen. Außerdem ist anzunehmen, daß der UMW die Auszahlung von Streikgeldern bei Androhung hoher Geldstrafen verboten wird. Der Streik soll ausgehungert werden; zweifellos wird die Lage für die Bergarbeiterfamilien dadurch überaus ernst. In den Kohlebergbaugebieten ist die Nationalgarde zusammengezogen, sind die Polizeikräfte verdoppelt worden: mit Gewalt sollen die Bergarbeiter in die Minen gebracht werden. Aber in allen Gewerkschaftslokalen ist die Haltung der Kohlebergarbeiter einheitlich und eindeutig: „Selbst wenn wir mit Gewalt in die Minen gebracht werden, kann niemand uns zwingen, Kohle zu fördern." Auch Carters Bestechungsversuche, daß bei Rückkehr an die Arbeit der um 1 Dollar pro Stunde höhere Lohn nach dem abgelehnten Tarifvertrag gezahlt werden soll, ändern an der Entschlossenheit der Arbeiter, das Taft-Hartley-Gesetz zu ignorieren, nichts. Obwohl die Bourgeoispresse unablässig versucht, die Arbeiter- und Volksmassen gegen den Streik der Bergarbeiter aufzubringen, indem sie ihm die Verantwortung für die wachsende Arbeitslosigkeit zuschiebt, finden die Streikenden auch und gerade nach dem Inkrafttreten des Taft-Hartley-Gesetzes breite Unterstützung: die United Auto Workers Union, die Gewerkschaft der Automobilarbeiter, hat der UMW in der vergangenen Woche 2 Mio. Dollar zur Unterstützung des Streiks zugesagt. Die US-Farmer, die selbst seit Wochen im Streik sind, teilen Lebensmittel an die Bergarbeiter aus.



Die streikenden Bergarbeiter werden von den ebenfalls streikenden Farmern mit Lebensmitteln versorgt.

Angesichts dieser Lage befallen die US-Imperialisten dunkle Befürchtungen. Die Untersuchungskommission, die Carter Ende vergangener Woche einen Bericht über die Möglichkeiten, das Taft-Hartley-Gesetz erfolgreich durchzusetzen, vorgelegt hat, geht davon aus, daß der Großteil der Minenarbeiter durch nichts an die Arbeit zurückgebracht werden könne, solange es keinen Tarifvertrag gebe. Die US-Presse erinnert düster an drei vergebliche Versuche, 1948, 1949 und 1950, das Taft-Hartley-Gesetz gegen die Kohlebergarbeiter durchzusetzen. Heiß ist den Kohlecompanies eingefallen, daß ein großer Teil der Nationalgarde in Kentucky, West Virginia und Pennsylvania aus ehemaligen Kohlebergarbeitern besteht, für einen Einsatz also nahezu unbrauchbar ist. Außerdem fürchten sie „eine Menge Sabotage, wenn die Bergarbeiter gegen ihren Willen in die Minen gebracht werden", denn es sei unmöglich, sie unter Tage alle zu bewachen. Während Carter die Bergarbeiter immer wieder salbungsvoll an ihre Pflichten als „gute Patrioten" erinnert, werfen ihm die Kohlebarone vor, daß er zuviel schwätze und nicht wisse, was er eigentlich tun solle. Die Metall-, Stahl- und Chemiekapitalisten zählen ihre Verluste durch den Streik zusammen und drängen Carter, die Minen zu beschlagnahmen, um dem Streik ein Ende zu bereiten. Dies wiederum wollen die Bergwerkskapitalisten unter keinen Umständen, weil sie der Carterregierung kein Stehvermögen zutrauen. Unterdessen läßt die Peabody Coals Co., mit einer Produktion von 70 Mio t die größte US-Kohlecompanie, zum Ärger ihrer Konkurrenten anklingen, daß sie aus dem Verband der Kohlekapitalisten ausscheren und getrennt verhandeln will. Jeder Tag, den die US-Kohlebergarbeiter in ihrem Streik ausharren, verschärft die Widersprüche unter den US-Imperialisten, verbessert die Aussichten, den Streik erfolgreich zu beenden. – (Z-Red)

Kanonen statt Kaffee

Preiserhöhungen bis zu 400% in der UdSSR

„Die Hälfte aller Sowjetbürger ist zu dick." Unter diesem Schlachtruf bliesen die Sozialimperialisten im September 1977 in der Zeitung „Literaturnaja Gazeta" zu einem neuen Sturmangriff auf die Lebensbedingungen der sowjetischen Arbeiter- und Volksmassen. Am 1. März 1978 wurden die Preise für Kaffee, Benzin, Ersatzteile und Reparaturen zwischen 40% und 400% erhöht. Gesenkt wurden die Preise für einige elektrische Geräte und Synthetikstoffe zwischen 15 und 20%.

Bisher war es so, daß sich die Arbeiter, wenn auch eingeschränkt und sofern im Laden erhältlich, Kaffee leisten konnten. 4,50 Rubel für ein Kilo Kaffee bei einem durchschnittlichen Monatslohn von 150 Rubel, wo nach Abzug von Steuern, kommunalen Abgaben und Mieten ca. 100 Rubel verblieben, das ging gerade noch. Jetzt wurde der Kaffeepreis um fast 400% auf 17 Rubel pro Kilo angehoben und entspricht fast einem Fünftel des Nettomonatslohns. Damit ist er so gut wie sicher aus der Konsumtion der Arbeiter- und Volksmassen gestrichen.

Auch die Preise für Gold und Platin wurden um 60 bis 100% erhöht. Ausnahmen werden gemacht bei Eheringen, d. h. bei der Heirat wird einem der Ehering vom Staat mit 25% bezuschußt. Das aber nur bei der ersten Heirat. Wer geschieden ist, bekommt nichts, denn die Sozialimperialisten sind bei der drastisch sinkenden Geburtenrate bestrebt, das heilige Band der Ehe und Familie hochzuhalten.

Die Waren, für die die Preise gesenkt wurden, sind durchweg Ramsch, der in den Lagern verrottet. Die Waschmaschinen z.B. sind lt. Gewerkschaftszeitung „Trud" „moralisch veraltete Modelle", die nach dem ersten Waschgang verrecken. Da aber immerhin 60% der Haushalte solche Geräte haben, weil man sie braucht, wurden die Preise für Reparaturen und Ersatzteile zwischen 40 und 100% erhöht.

Gennadi Pissarewski, Korrespondent der staatlichen Nachrichtenagentur Nowosty (APN) in Österreich, schreibt dazu in der „Volksstimme" (Zentralorgan der KPÖ) vom 8. 3. 78: „Selbstverständlich freut sich in der Sowjetunion niemand über die Erhöhung des Preises für Kaffee ... alle freuen sich aber über die Senkung der Preise für Kleidung, Textilstoffe, Schuhwerk, Erzeugnisse der Haushaltschemie und für den „Haushaltsmaschinenpark", denn viele sowjetische Familien möchten gern ein Fernsehgerät und einen Kühlschrank für ihr Sommerhaus anschaffen. Jetzt werden sie das viel eher können. ... Was bedeuten diese Preisveränderungen? Inflation? Nein, eine neue Preiskorrektur. Im ganzen bleibt das Preisniveau stabil." Die reduzierten Preise für Ramsch gehen so in den Preisdurchschnitt ein und sorgen dafür, daß die „Preisstabilität" relativ erhalten bleibt.

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen". Dieser sozialistische Leitsatz wurde von den Sozialimperialisten ins gerade Gegenteil verkehrt. Während kein Tag vergeht, an dem sie die sowjetischen Arbeiter nicht anhalten, keine Arbeitsminute ungenutzt verstreichen zu lassen (s. Kommunismus und Klassenkampf, Nr. 3/78) wollen sie sie gleichzeitig auf Wasser und Brot setzen. „Kanonen statt Butter", das ist ihre Devise, um den Krieg gegen die andere Supermacht USA um die Weltherrschaft vorzubereiten.

Erst im Januar 1977 wurden die Preise für Möbel, Teppiche, Geschirr, Schallplatten, Bücher, Taxifahrten und Inlandsflüge drastisch erhöht. Begründet wurden die Preisanhebungen von den Sozialimperialisten zum einen damit, daß es sich hierbei nicht um „Massenbedarfsgüter" handele, zum anderen, daß so dem wuchernden Schwarzmarkt Einhalt geboten würde. Das offizielle Produktionswachstum in der Konsumgüterindustrie war von 106,5% (1975) auf 103% (1976) gesunken. Viele Waren gab es in den Läden nicht. Sie wurden vorher von den Direktoren und Leitern aus den Betrieben geschafft und z.B. auf dem Flohmarkt von Tula (in der Nähe von Moskau) meistbietend für ihren eigenen Profit verhökert.

Die monopolistische Staatsbourgeoisie hat dieses Treiben eine Zeitlang geduldet. Jetzt nachdem sich eine blühende privatkapitalistische Konkurrenz entfaltet hat, will sie selbst absahnen. Die „Prawda" klagt im März 1977 die *„übermäßige* Sortimentsausweitung" an: „Im Gewinnstreben suchen viele Betriebe eigene Warenmodelle zu entsprechend höheren Preisen herauszubringen". Zum Beispiel würden auf dem Schwarzmarkt 89 verschiedene Fahrradmodelle meistbietend feilgeboten, statt der acht „objektiv benötigten". Also wird den Betriebsdirektoren ein wenig auf die Finger geklopft und werden die Preise *staatlich* angehoben, „um das Schwarzmarktgeschäft einzudämmen" und in staatlichen Läden das Geschäft zu machen.

Eine weitere Begründung für die Preiserhöhungen ist, daß die „Luxuswaren" verteuert werden müßten, um die wachsenden Verluste im Staatshaushalt, die durch die Subventionierungen von Grundnahrungsmitteln entstanden seien, zu decken. Dafür seien aber die Preise für Grundnahrungsmittel seit vielen Jahren konstant. Mag sein. Die Frage ist nur, was bald noch zu den Grundnahrungsmitteln der sowjetischen Arbeiter zählt. Tatsache ist auf jeden Fall, daß die *Qualität* der Waren immer mehr verschlechtert wird. Um das oben zitierte „Übergewicht der Sowjetbürger abzubauen", gab der stellvertretende Gesundheitsminister eine „Revision der Produktionspläne von Grundnahrungsmitteln" bekannt. Bei Getränken, Kindernahrung, Marmelade, Kompott usw. soll weitgehend auf den Zuckergehalt verzichtet werden. Ebenso wird die Produktion von Naturschokolade eingestellt und stattdessen ein Gemisch aus Sojamehl und Milchpulver als Schokolade verkauft. Sehr besorgt sind die Sozialimperialisten um die „Gesundheit" der Massen. Kürzlich wurde eine Zigarette mit einem neuartigen Filter auf den Markt gebracht, bei der einem so schlecht werden soll, daß man das Rauchen lieber ganz sein läßt. Wie die Massen von dem „gesundheitsschädigenden" Kaffee ferngehalten werden sollen, ist bereits bekannt.

Schon öfter haben sich die Sozialimperialisten nach Preiserhöhungen erbitterte Streikkämpfe der sowjetischen Arbeiter eingehandelt. Diese neuen Provokationen verschärfen den Klassengegensatz. – (Korrespondentenbericht Wien)

Wird Mitterand für den französischen Imperialismus noch einmal taugen?

Ein Schlächter des algerischen Volkes als „linker" Volkstribun

In dieser Woche wird die französische Monopolbourgeoisie, je nachdem wie weit der Zeiger der Parlamentswahlen nach links ausschlägt, sich entscheiden, ob sie dem unter der Flagge des Sozialismus segelnden Mitterand, womöglich in Koalition mit der revisionistischen KPF, die Führung ihrer laufenden Staatsgeschäfte anvertraut oder nicht. Nur wegen seines Talents, unter feuerroten Fortschrittsphrasen die äußerste Reaktion vorzubereiten, hat die französische Bourgeoisie nach dem Pariser Maiaufstand 1968 dieses noch junge, aber schon ganz abgeklapperte Schlachtroß der IV. Republik wieder aktiviert.

Niemals hat dieses Talent so hell geleuchtet wie in den Jahren 1953/54. Zuvor war Mitterand schon neunmal in wechselnden Funktionen Staatssekretär oder Minister gewesen. Es war kein anderer als der *Kolonialminister Mitterand,* der *1950/51,* direkt parallel und in einer Linie mit der Entfesselung des barbarischen Aggressionskrieges der US-Imperialisten in Korea, massive Truppenverstärkungen nach Indochina geworfen hatte, um die Revolution zu zerschlagen. 1953 war dieses Unternehmen praktisch schon gescheitert. Heftiger Zank brach in der französischen Bourgeoisie aus, ob es nicht opportun sei, in Indochina zu einem raschen Verhandlungsfrieden zu kommen, um zu retten, was zu retten war, vor allem aber, um die Kräfte ganz auf das in Gärung befindliche Kolonialreich in Afrika zu konzentrieren.

Alles hing aber vom Geschick gerissener Politiker ab, die in der Lage wären, dieses neo-koloniale Programm als ein Programm der Befreiung Afrikas vom Kolonialjoch und der Liquidierung des Kolonialismus an den Mann zu bringen. Dafür war 1953 vor allem Mendes-France gut. Mitterand witterte das Geschäft und stieg mit ein. Im Duo ließen sich diese beiden darüber aus, wie notwendig es sei, in Indochina einen „ehrenvollen Frieden" zu schließen und den afrikanischen „Schutzgebieten" Frankreichs „volle Gleichberechtigung innerhalb der Französischen Union" zu gewähren, ja eine französische Nation zu proklamieren, die von jetzt ab aus mehreren Rassen fransösischer Zunge bestehen sollte.

Nach dem Fall von Dien Bien Phu war dies das einzig mögliche Programm des französischen Imperialismus. Mendes-France wurde im *Juni 1954* Ministerpräsident, *Mitterand Innenminister* mit Zuständigkeit für die ganze „Union Francaise", also auch die Kolonien.

So hell sein demagogisches Talent leuchtete, so rasch war der rote Lack herunter. In der Nacht zum 1. November 1954 unternahmen die in der FNL (Nationalen Befreiungsfront) zusammengeschlossenen Patrioten und Revolutionäre Algeriens auf einen Schlag eine Vielzahl militärischer Operationen im ganzen Land. Im Osten, im bergigen Arris, begannen sie mit der Errichtung befreiter Gebiete und der Aufstellung der ersten Einheiten der Befreiungsarmee. Schon am 3. November stellte die Le Monde in einem Kommentar fest: „Es scheint, daß sich die algerischen Nationalisten entschlossen haben, auf den Weg der verfassungsmäßigen Institutionen zu verzichten. Ihre bewaffnete Aktion dürfte damit auch eine Antwort auf den ‚Neo-Kolonialismus' sein, den sie Mitterand ... vorwerfen."

Im Februar 1955 war die Regierung Mendes-France bereits gestürzt, Mitterand mit ihr. Binnen kaum vier Monaten hat sich sein Name unauslöschlich mit der blutigsten Unterdrückung gegen das algerische Volk verknüpft und war seine sozialimperialistische Demagogie hohl und grinsend wie ein Totenschädel geworden.

Eine kurze Zusammenstellung aus der damaligen Presse.

Am *1. November 1954,* in Kenntnis der revolutionären Aktionen in Algerien, spricht Mitterand auf dem Parteitag seiner Partei, der sozialdemokratischen UDSR. „Einer der stärksten Momente seiner Rede war der, als er in gehobenen, manchmal fast lyrischen Wendungen die französische Jugend zum großen afrikanischen Abenteuer aufrief." Kostprobe:

„Man muß ihr (der Jugend) die Möglichkeit geben, Kinder zu haben, ohne in einem oder in zwei Zimmern hausen zu müssen, am Beginn einer Straße ohne Freuden, unter einem Himmel, den ewiger Fabrikqualm bedeckt .... Afrika muß ihr als eine große und überlegene Chance vor Augen gestellt werden." (Le Monde, 2.11.54)

Am *5. November* trägt Mitterand dem Innenausschuß des Parlaments die von ihm bis dahin ergriffenen Maßnahmen vor: Entsendung mehrer tausend Mann republikanischer Garde (CRS) in die großen Städte Algerien sowie großer Fallschirmjägereinheiten ins Arris. Gleichzeitg Auflösung der MTLD, der größten legalen patriotischen Organisation des algerischen Volkes, und Massenverhaftung ihrer Mitglieder in Algerien und Frankreich. Mit Feinden des Vaterlandes könne es keine Verhandlung geben. „Die einzige Verhandlung ist Krieg." (Le Monde, 6. Nov.)

Am *13.November* tritt Mitterand vor die Nationalversammlung:

„Hier haben Bürger ihrem eigenen Vaterland den Krieg erklärt ... Unsere Maßnahmen wurden unverzüglich getroffen. (...) Wir haben die Zellen (der MTLD) zerschlagen und sind zur Verhaftung zahlreicher Individuen geschritten, die sich auf Aktionen vorbereiteten ... Alle Mittel werden angewandt werden, damit die Macht der Nation obsiegt, welche Schwierigkeiten und Grausamkeiten das auch bedeuten mag." – „Es hat sich das Gerücht verbreitet, Algerien sei mit Blut und Feuer erfüllt, und es schließe sich damit der Kreis von Tunesien bis Marokko, der ganz Nordafrika umfasse. Das wird nicht eintreten, denn Algerien ist Frankreich, und von Flandern bis zum Kongo herrscht das Gesetz, ist *eine* Nation und *ein* Parlament. Das ist unsere Verfassung, und das ist unser Willen ... Unsere französische Domäne in Afrika zu behalten, so gut wie es uns die traurige Regelung unserer Angelegenheiten in Asien erlaubt, das ist der Willen dieser Regierung." – „Die militärischen Operationen gehen ihren normalen Gang. (...) Die bewaffneten Banden haben ein schlimmes Schicksal erlitten ... Arris wird nicht der Sezession überlassen bleiben." – „Die Regierung wird auf diesem Weg fortfahren, rief er aus. Alle, die die Ruhe stören und für eine Sezession arbeiten, werden mit allen Mitteln geschlagen werden, ebenso wie ihre Komplizen. Es ist nicht zulässig, daß ein Bürger revoltiert. Rechnen Sie auf die Regierung und auf mich."

Nachdem er sich offenbar beruhigt hat, fährt er fort:

„Die militärischen Operationen werden fortgesetzt werden, aber sie genügen nicht, um diese Probleme vollständig zu lösen. Der Beitrag für Investitionen in unserem Budget ist daher von 31 auf 40 Mrd erhöht worden. Unsere Vorschläge für das Budget beweisen, daß wir das Maximum zu unternehmen bereit sind, damit jeder Algerier weiß, daß Frankreichs innigste Sorge ihm gilt ... Das ist ein großartiges Werk. Aber das algerische Volk, das stets so treu war, ist dessen auch würdig. Wir tun alles, damit das algerische Volk, als ein integraler Bestandteil des französischen Volkes, sich zuhause fühlen kann ... Ich werde eine Politik verfolgen, die aus Afrika das schönste Zeugnis der Ewigkeit der französischen Kultur machen wird." (Beifall auf zahlreichen Bänken) (Le Monde, 14./15.11.)

Am *27. November* begibt sich Mitterand selbst nach Algerien, in das Aufstandsgebiet, um die Umsiedlung der Bevölkerung in sogenannte „Sicherheitszonen", d.h. KZ-ähnliche Lager zu überwachen. Er kündigt die Inangriffnahme des Baus von 10 strategischen Straßen in das Aufstandsgebiet mit Hilfe der „unbeschäftigten" (also zwangsverpflichteten) Flüchtlinge an, und verfolgt aus der Nähe den Beginn einer großangelegten Säuberungsaktion durch fünf Bataillone Fallschirmjäger in den „von der loyalen Bevölkerung verlassenen Gebieten". In einem Dorf in Arris, in das er sich nach einer dieser ausgedehnten Säuberungsaktionen hineinbegibt, muß Mitterand erleben,

„... daß die Bevölkerung des douar (Dorfes) eine reservierte Haltung einnimmt und daß dort zuvor Waffen entdeckt worden sind: er warnt die Dorfältesten, daß, wenn weitere Waffenverstecke gefunden werden sollten, sie sich strenger Bestrafung ausgesetzt sähen." (Le Monde, 1.12.)

Wenn der französische Kolonialismus von 1830, dem Beginn der Eroberung Algeriens, bis zum Jahre 1954 etwa zwei Millionen Algerier hingemordet hatte, so waren es von 1954 bis zur Befreiung im Jahre 1962 eine weitere Million Menschen, die summarisch erschossen wurden, in Gefängnissen verdursteten, in Flüchtlingscamps abseits der „Feuer-frei-Zonen" entkräftet umkamen oder aber im Kampf fielen. Viel von diesem Blut klebt an den Händen Mitterands. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

witterte das Geschäft und stieg mit ein. Im Duo ließen sich diese beiden darüber aus, wie notwendig es sei, in Indochina einen „ehrenvollen Frieden" zu schließen und den afrikanischen „Schutzgebieten" Frankreichs „volle Gleichberechtigung innerhalb der Französischen Union" zu gewähren, ja eine französische Nation zu proklamieren, die von jetzt ab aus mehreren Ras-
schen UDSR. „Einer der stärksten Momente seiner Rede war der, als er in gehobenen, manchmal fast lyrischen Wendungen die französische Jugend zum großen afrikanischen Abenteuer aufrief." Kostprobe:
„Man muß ihr (der Jugend) die Möglichkeit geben, Kinder zu haben, ohne in einem oder in zwei Zimmern hausen zu müssen, am Beginn einer Straße ohne Freuden, un-
nicht der Sezession überlassen bleiben." – „Die Regierung wird auf diesem Weg fortfahren, rief er aus. Alle, die die Ruhe stören und für eine Sezession arbeiten, werden mit allen Mitteln geschlagen werden, ebenso wie ihre Komplizen. Es ist nicht zulässig, daß ein Bürger revoltiert. Rechnen Sie auf die Regierung und auf mich."
Nachdem er sich offenbar beruhigt hat, fährt er fort:
mordet hatte, so waren es von 1954 bis zur Befreiung im Jahre 1962 eine weitere Million Menschen, die summarisch erschossen wurden, in Gefängnissen verdursteten, in Flüchtlingscamps abseits der „Feuer-frei-Zonen" entkräftet umkamen oder aber im Kampf fielen. Viel von diesem Blut klebt an den Händen Mitterands. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Neuseeland wehrt sich gegen Raubfischerei der japanischen Imperialisten

Zum zweiten Mal innerhalb von sechs Wochen hat Neuseeland ein japanisches Fischereifangschiff aufgebracht und den Fang beschlagnahmt. Das Schiff hatte Netze mit unzulässig kleiner Maschenweite eingesetzt, sodaß auch der Jungfischbestand mit abgefischt und so künftige Fischfangmöglichkeiten zerstört wurden. In allen Ozeanen sind die japanischen Imperialisten als bedenkenlose Plünderer der Fischbestände bekannt. In heftiger Konkurrenz mit den Sozialimperialisten haben sie mehrere Walarten nahezu ausgerottet. Vor der Küste Westafrikas fischen sie ebenso in fremden Wirtschaftszonen wie an allen Küsten des Pazifiks. Zum ersten April wird Neuseeland seinen Fischreichtum durch eine 200-Meilen-Zone schützen. Die Maßnahme soll dazu beitragen, die Schwierigkeiten zu überwinden, die durch die ehemalige Rolle als Agrarproduzent für die Kolonialmacht Großbritannien verursacht sind. In zehn Jahren ist der Export von Hammelfleisch und Butter nach Großbritannien um ein Drittel zurückgegangen, der Export von Rindfleisch um zwei Drittel und von Käse um drei Viertel. Neuseeland hat deshalb Japan einen Handelsvertrag angeboten, der Fischereilizenzen anbietet, wenn Japan sich bereitfindet, neuseeländische Butter zu kaufen.

Finnische Arbeiter streiken

Finnische Werft-, Bau-, Nahrungsmittel- und Textilarbeiter sind für ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen und die Erhaltung ihrer Lebensbedingungen in den Streik getreten. Am Nachmittag des 1. März legten 17000 Arbeiter in Turku die Arbeit nieder und forderten, daß die Regierung und die Kapitalisten für die Verluste aufkommen, die Arbeiter und Rentner als Folge der Abwertung der finnischen Markka erlitten haben. Vor dem Streik hatten Tausende Arbeiter in einer Demonstration Lohnerhöhungen und Arbeitslosenunterstützung gefordert. Am gleichen Nachmittag legten Arbeiter der Valmet-Flugzeugfabrik und anderer Fabriken in Tampere die Arbeit nieder und forderten höhere Löhne und die Erhaltung ihrer Lebensbedingungen. In Hame und Satakunta nahmen 10000 Bauarbeiter an einer kurzen Demonstration teil.

Streikaktionen der britischen Lehrer

Streikaktionen von zwei Lehrergewerkschaften haben die Behörden gezwungen, den Schulunterricht in weiten Teilen Englands und Wales' einzuschränken oder zu unterbrechen. Die Nationale Lehrergewerkschaft (rund 245000 Mitglieder) fordert mindestens 10% Gehaltserhöhung. Sie bekämpft das Angebot der Schulbehörden von 9%. Seit dem 6. März

Streikaktionen der britischen Lehrer
Streikaktionen von zwei Lehrergewerkschaften haben die Behörden gezwungen, den Schulunterricht in weiten Teilen Englands und Wales' einzuschränken oder zu unterbrechen. Die Nationale Lehrergewerkschaft (rund 245000 Mitglieder) fordert mindestens 10% Gehaltserhöhung. Sie bekämpft das Angebot der Schulbehörden von 9%. Seit dem 6. März

verweigern die Mitglieder dieser Gewerkschaft die „freiwilligen" Überstunden, die vor allem in der obligatorischen Bewachung der Schüler während der Mittagspausen und Schulerholzeiten und bei Schulende bestehen. Nach den ersten Aktionen ist der Vorsitzende der Verhandlungskommission der örtlichen Schulbehörden zurückgetreten. – Am 8. März hat die vereinigte Lehrer- und Lehrerinnengewerkschaft ihre Mitglieder aufgefordert, sich diesen Aktionen anzuschließen. Sie fordert vor allem, daß Versuche der Behörden zurückgenommen werden, die Auslagenerstattung für unbezahlte Überstunden, z.B. auf Schulausflügen, auch noch zu besteuern.

Ultimatum für Inbetriebnahme des KKW Zwentendorf

Siemens Österreich als Generalunternehmer für das KKW Zwentendorf hat erklärt: Nulleistungsgenehmigung in den nächsten zwei bis drei Monaten, ansonsten „müßten wir die Baustelle schließen". Damit schaltet sich der westdeutsche Monopolist direkt in die verschärfte Auseinandersetzung um das KKW Zwentendorf ein. Nachdem binnen einer Woche per Gerichtsentscheid Formfehler im Baugenehmigungsverfahren eingestanden, Bürgerinitiativen zu einer Parlamentsanhörung geladen werden mußten und Bundeskanzler Kreisky vor der Fernsehkamera beschwichtigend erklärte, daß sein Lebensglück nicht davon abhänge, wann Zwentendorf in Betrieb gehe, geben die Siemenskapitalisten jetzt den Marschbefehl für die Bourgeoispolitiker. Siemens Österreich hat sich zwecks Kapitalaufbesserung eine Staatsbeteiligung von 43,6% hereingeholt, etliche kleinere Konkurrenten aufgeschluckt, gleichzeitig die Belegschaft um 1100 auf 13000 gedrückt und ist so zum größten Unternehmen der Elektroindustrie und achtgrößten Profithai des Landes vorgerückt. Der Vorsitzende des eng mit der SPÖ-Regierung verfilzten Österreichischen Gewerkschaftsbundes Benya meinte: „In den Betrieben ist von der Bewegung der Kernkraftwerksgegner nichts zu merken." Daraufhin haben eine Reihe von Betriebsräten und Personalvertretern aus Wien, Linz, Klagenfurt und anderen Städten eine Gewerkschafterkonferenz gegen das imperialistische Energieprogramm für den 12. März einberufen. Ingenieure und Techniker aus den Siemens-Betrieben haben sich in einer Mitgliederversammlung ihrer Gewerkschaft gegen den Bau und die Inbetriebnahme des KKW Zwentendorf ausgesprochen.

Das Programm der neuen Andreotti-Regierung ist offene Reaktion

KPI jetzt an der Koalition beteiligt / Statt Verbannung gleich Gefängnis für Revolutionäre

Andreotti hat die Mehrheit für seine neue Regierung beisammen. Mindestens 569 von 630 Abgeordneten der Kammer werden der neuen Regierung das Vertrauen aussprechen: von den Christdemokraten bis zu den Revisionisten. Die vorige Regierung hatten nur die Christdemokraten mit Ja-Stimmen gestützt, die anderen bürgerlichen Parteien durch Enthaltung bei den Vertrauensabstimmungen.

Das schäbige Spiel, das die Revisionisten der PCI vor einem Vierteljahr nach der großen Demonstration der Metallarbeiter in Rom begonnen hatten, um sich durch die Drohung mit dem Generalstreik in Positionen im Staatsapparat zu hieven, ist damit vorerst zu Ende. Die Revisionisten haben erreicht, jetzt als offizielle Mitglieder der Koalition das Regierungsprogramm mitzubestimmen und seine Durchführung zu kontrollieren. Unterhalb der Ministerebene werden sie mit der unmittelbar nach der Regierungsbildung bevorstehenden Neubesetzung von Ämtern in der Verwaltung und in den staatskapitalistischen Unternehmen abzusahnen versuchen. Die Finanzbourgeoisie mußte das zulassen, weil sie die Revisionisten braucht zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, die in diesem Jahr vor großen Tarifkämpfen steht. Die italienische Bourgeoisie und die ausländischen Imperialisten, deren Schuldner sie ist, haben aber verhindern können, daß die Revisionisten direkt in die Spitzen des Staatsapparates einrücken können. Hauptinhalt des Programms der neuen Regierung ist der Ausbau und die Ausrichtung des unmittelbaren Gewaltapparates der Bourgeoisie gegen das Volk.

Noch vor der Regierungsbildung haben die bürgerlichen Parteien einen gemeinsamen Entwurf zur Novellierung der Legge Reale, des Gesetzes über die „öffentliche Sicherheit und Ordnung", das unter anderem die Bestimmungen über den polizeilichen Todesschuß und die Verbannung von Revolutionären enthält, vorgelegt. Das eilte, weil schon vor einem Jahr die nötigen Unterschriften für ein Referendum zur Abschaffung des Gesetzes gesammelt worden sind und nur durch Änderung des Gesetzes das Referendum noch verhindert werden kann. So wird es geändert – und verschärft: An die Stelle der „Verbannung" politisch Verdächtiger soll gleich Gefängnis treten für „Aufforderung zu einer Straftat, Konspiration zur Vorbereitung einer Straftat, Vorbereitung von Straftaten" wie z.B. wörtlich: „bewaffneter Aufstand". In ihrem Parteiorgan rühmen sich die Revisionisten dieses „Pluspunktes für all jene Kräfte, die für notwendig gehalten haben, ein Referendum zu vermeiden, das in einer für die öffentliche Ordnung so delikaten Situation zu Kontroversen hätte führen können." (Unita, 7.3.78)

Zu Tausenden haben sich in den letzten Jahren die Polizisten der Sicherheitspolizei (vergleichbar der westdeutschen Schutzpolizei) gegen ausdrückliches Verbot gewerkschaftlich organisiert und für ihre Rechte demonstriert. Mit dem Betrugsmanöver einer sogenannten „Entmilitarisierung" der Polizei, die an die Stelle der unterdrückerischen Bestimmung des Soldatenrechts die entsprechenden des Beamtenrechts setzt, soll die Bewegung unter den Polizisten gespalten werden. Mit dem ausdrücklichen Verbot, sich mit ihren gewerkschaftlichen Organisationen einem Gewerkschaftsbund an- oder auch nur mit irgendwelchen anderen Berufsgruppen in gemeinsamen Organisationen zusammenzuschließen, sollen sie von den anderen Beschäftigten in den öffentlichen Diensten, vor allem aber von der Arbeiterbewegung abgespalten werden.

Der Ausbau des Unterdrückungsapparates kostet Geld, und um so mehr, als ihn die italienischen Imperialisten zum großen Teil durch Pump bei ihren ausländischen Konkurrenten finanzieren mußten. Über 25 Mrd. DM müssen in diesem Jahr insgesamt zurückgezahlt werden, alleim im Februar und März 2,5 Mrd. DM an den Internationalen Währungsfonds, an die EG und an die westdeutsche Bundesbank. Durch Verschärfung der Ausbeutung haben die italienischen Imperialisten in den letzten anderthalb Jahren ihre Konkurrenzsituation verbessern können und haben seit Monaten jetzt Überschüsse in der Zahlungsbilanz. Devisen im Land hat die italienische Bourgeoisie. Damit das nötige Geld zur Schuldenrückzahlung aus den Taschen des Volkes in Staatshand kommt, sind neue gewaltige Plünderungsmaßnahmen geplant. Allein durch Gebührenerhöhungen sollen noch in diesem Jahr 700 bis 900 Mrd. Lire (rund 2 Mrd. DM) eingebracht werden. Außer Strom (siehe KVZ 10/78) sollen auch Telefon, Fernsehen, Kfz-Steuer und die öffentlichen Verkehrsmittel teurer werden. Auf eine allgemeine Erhöhung der indirekten Steuern will die neue Regierung für dieses Jahr noch „verzichten", um sich um so mehr der Lohnsteuerplünderung zu widmen. Verschärfung der Progression ab 6 bis 7 Mrd. Lire Jahreseinkommen soll ab Juni in Kraft treten. 6 bis 7 Mrd. im Jahr, das entspricht bei den in Italien üblichen 13 bis 14 Monatslöhnen zwischen 400000 und 600000 Lire monatlich, wenig über dem gegenwärtigen durchschnittlichen Industriearbeiterlohn von etwa 350000 Lire. Binnen kurzem will die Finanzbourgeoisie so durch Abspaltung der Facharbeiter und Angestellten die Bewegung für Festgeldforderungen und einheitliche Eingruppierung von Arbeitern und Angestellten spalten.

Bei der Rentenversicherung bereitet die Regierung ein Mordprogramm von Ehrenbergschen Dimensionen vor: Einführung von Rezeptgebühren, Verbot, neben Invalidenrente noch Lohn zu beziehen, Verschärfung der Bedingungen für die Anerkennung als arbeitsunfähig. 1976 betrug die durchschnittliche Sozialrente 1,2 Mio. Lire jährlich, das sind 3000 DM. Die monatliche Mindestrente lag bei 79600 Lire (ca. 200 DM). Davon kann niemand leben, und die meisten Rentner müssen zusätzlich arbeiten gehen oder von ihrer Familie unterstützt werden. Anrechnung von Lohn auf die Invalidenrente bedeutet Zwang, ausschließlich von Lohnarbeit zu leben, da das die meisten Invaliden natürlich nicht können, ein Todesurteil. Mit Scharen von Invaliden der kapitalistischen Produktion, die zum Betteln oder zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zu buchstäblich jedem Preis gezwunen sind, will die Bourgeoisie die Arbeiterklasse zugleich demüten wie materiell schwächen.

Mit vollen Händen soll aus der derart gefüllten Staatskasse den Kapitalisten bei der Aneignung von Profit unter die Arme gegriffen werden: 4100 Mrd. Lire (ca. 10 Mrd. DM) für den „Wiederaufschwung der Produktion", 1600 Mrd. Lire (4 Mrd. DM) für die Übernahme von „Arbeitgeberbeiträgen" zur Sozialversicherung durch den Staat, 300 Mrd. Lire (750 Mio. DM) für „finanzielle Umstrukturierung" der Unternehmen sollen noch in diesem Jahr ausgeschüttet werden.

Kaum etwas bereitet den Revisionisten mehr Sorge, als daß ihnen durch die bevorstehenden Volksabstimmungen das Volk das Geschäft mit der Finanzbourgeoisie verderben könnte. Durch ein neues Abtreibungsgesetz wollen sie das schon einmal verschobene Referendum zur Abschaffung des Abtreibungsverbots verhindern. Das wird schwer werden. Am Mittwoch haben in Rom über 50000 gegen das Abtreibungsverbot demonstriert. Verschiedene Frauenorganisationen hatten dazu aufgerufen, darunter die der PCI selbst. – (Z-Red.)

Größte Kriegsübung seit dem Korea-Krieg

Am 7. März hat in Südkorea das Militärmanöver „Teamgeist 78" begonnen, an dem mehr als 100000 Soldaten der US-Armee und der südkoreanischen Marionettenarmee teilnehmen. Es handelt sich um den größten Truppenaufmarsch in Südkorea seit dem Ende des Korea-Krieges 1953. Vor rund einem Jahr hatte der US-amerikanische Präsident Carter seinen Plan für einen „schrittweisen Abzug" der US-Bodentruppen aus Südkorea verkündet. In einer Erklärung des Außenministeriums der Demokratischen Volksrepublik Korea heißt es:

„Die Vereinigten Staaten und die südkoreanischen Behörden wollen das koreanische Volk mit Beweisen der ‚Stärke' bedrohen, die Wiedervereinigung Koreas sabotieren und einen neuen Aggressionskrieg beenden."

Seit dem Ende des Korea-Krieges 1953 und der Teilung Koreas haben die US-Imperialisten ihren Plan nie aufgegeben, ganz Korea zu erobern, die Revolution in Nordkorea zu vernichten und ganz Korea zu einem Stützpunkt auf dem asiatischen Festland zur Beherrschung des Pazifiks, zur Aggression gegen die Volksrepublik China und zur Vorbereitung des Krieges mit der Sowjetunion zu machen. 1970 bis 1977 haben sie Südkorea jährlich rund 500 Mrd. Dollar an „Militärhilfe" gegeben. Hinzu kommen noch die Kosten für die Stationierung ihrer eigenen Truppen (rund 40000 Mann), die mit 20 Mio. Dollar jährlich angegeben werden. Sie haben in Südkorea eine Armee vollständig ausgerüstet, die 1977 – ohne Polizei, Sondereinheiten und Reservisten – nach offiziellen Angaben 520000 Mann stark war mit einer Marine von 110 Schiffen, darunter 10 Zerstörer, und einer Luftwaffe von 200 Flugzeugen.

US-Präsident Carter begründete seinen Beschluß zum Abzug der US-amerikanischen Bodentruppen in einem Zeitraum von fünf Jahren so:

„Koreas dramatisches wirtschaftliches Wachstum und seine Fähigkeit, einen größeren Teil der Lasten für seine eigene Verteidigung zu tragen, gestatten es, die US-Bodenkampftruppen zurückzuziehen. Wenn der Rückzug vorsichtig während einer Vier- bis Fünfjahresperiode durchgeführt wird und von spürbaren Maßnahmen zur Stärkung und Modernisierung der Streitkräfte der Republik Korea begleitet wird, wird er weder die Sicherheit der Republik Korea noch die Stabilität der Region gefährden."

Der geplante Truppenabzug ist von den US-Imperialisten als Schritt zur Entpannung gepriesen worden. Tatsächlich handelt es sich um einen Schritt zur weiteren Aufrüstung, zur Abwälzung der Lasten dieser Rüstung auf die koreanischen Volksmassen und zur direkten Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges. Die bestehenden Luftwaffen-, Raketen- und Marinestützpunkte der USA einschließlich der dort lagernden Atomwaffen bleiben bestehen und werden weiter verstärkt. 1978 sollen unter anderem 12 Phantom-Kampfbomber zusätzlich fest in Korea stationiert werden, zahlreiche Luftwaffeneinheiten werden für „Übungszwecke" zeitweilig nach Korea verlegt, die auf Guam stationierten B-52-Bomber sollen ihre „Patrouillenflüge" über Korea auf unbestimmte Zeit fortsetzen. Sämtliches Gerät und alle Einrichtungen der abziehenden Truppen im Wert von 800 Mio. Dollar werden den südkoreanischen Marionettentruppen kostenlos überlassen. 1978 sollen Waffen im Wert von 1,4 Mrd. Dollar an Südkorea verkauft werden. In Korea selbst sollen rund 5 Mrd. Dollar für den weiteren Ausbau der Rüstungsindustrie ausgegeben werden, die fast ausschließlich über eine neue Steuer bei den Volksmassen eingetrieben werden sollen. Die aus Südkorea abgezogenen Bodentruppen sollen in den USA so stationiert werden, daß sie auf dem Luftweg jederzeit wieder in Korea zusammen mit Truppen aus dem ganzen Pazifischen Raum eingesetzt werden können. Die großen gemeinsamen US-amerikanisch-Südkoreanischen Manöver sollen von bisher zwei bis drei pro Jahr auf sieben bis acht unter Einbeziehung zahlreicher verschiedener Truppenteile erweitert werden. Unmittelbar an das jetzt stattfindende Manöver „Teamgeist" sollen sich Übungen in „unkonventioneller Kriegführung" mit der Bezeichnung „Junger Adler" unter Einbeziehung von „Spezial"-Konterrevolutionstruppen aus Fort Bragg anschließen.

Statt ihre Truppen zu vermindern, wollen die US-Imperialisten ihre gesamten Armeen im Pazifischen Raum auf einen Krieg zur weiteren Unterdrückung der revolutionären Volksmassen in Südkorea und zur Eroberung der Demokratischen Republik vorbereiten. Die Erklärung des Außenministeriums der Demokratischen Volksrepublik Korea stellt fest:

„Es ist eine dringende, einstimmige Forderung des koreanischen Volkes und der friedliebenden Völker der Welt, daß die US-Truppen vollständig aus Südkorea abziehen." – (Z-Red.)

Schritte Ungarns gegen sozialimperialistische Kontrolle

Montag, den 6. März wurden die Verhandlungen zwischen dem RGW-Land Ungarn und den USA über die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel abgeschlossen. Ungarn erhält sie in Zukunft. Dies bedeutet, daß Ungarn für seine Exporte in die USA die niedrigsten Zollsätze eingeräumt bekommt. Bislang wurde sein Export mit erhöhten Zollsätzen belastet und damit eine kaum übersteigbare Barriere errichtet. Ungarn ist nach Polen und Rumänien das dritte Land des RGW, das meistbegünstigt in die USA exportieren kann. Jugoslawien gleichfalls. Seit Jahr und Tag stellt sich die Sowjetunion selber an und erhält die Klausel nicht.

Gleichfalls letzte Woche wurde bekannt, daß Ungarn, Polen und die CSSR beantragt haben, Mitgliedsländer des „Internationalen Währungsfonds" (IWF) zu werden. Der IWF ist ein Instrument der westlichen imperialistischen Länder. Der Antrag bedeutet demzufolge, daß die drei RGW-Staaten verstärkt in diese Länder expandieren wollen, gleichzeitig ihre Einschnürung und Abhängigkeit von dem von der sozialimperialistischen Supermacht eifersüchtig kontrollierten, mit dem Transfer-Rubel zementierten Markt teilweise überwinden wollen.

Ungarns Außenhandel wird jetzt zu einem Drittel mit den westlichen imperialistischen Staaten abgewickelt, der Anteil der RGW-Länder beträgt sechzig Prozent, darunter die Sowjetunion mit dreißig Prozent. Der Handel mit der Sowjetunion ist für Ungarn ein reines Verlustgeschäft. In der Außenhandelsbilanz klafft ein großes Defizit. In den Wirtschaftsberichten der ungarischen Nationalbank sowie der Handelskammer wird dies Defizit ungerührt mit dem Defizit gegenüber den „Dollarländern" verglichen. Breschnews Behauptung im Rechenschaftsbericht an den XXV. Parteitag der KPdSU, die Geschäfte würden miteinander im Geiste völliger Gleichberechtigung sowie des Interesses an den Erfolgen des anderen abgewickelt, wird zur lügnerischen Phrase degradiert.

Produktionen, mit denen Ungarn auf dem Weltmarkt zweifellos konkurrenzfähig wäre wie mit seinen Kleinlastwagen, mußten auf Befehl der Sozialimperialisten eingestellt werden. Erhebliche Quanten von Industrieprodukten müssen auf Befehl der Sowjetunion als Tribut abgeführt werden: zwischen 1976 und 1980 „30000 Omnibusse, 154000 Hinterachsen, fernmeldetechnische Einrichtungen im Werte von 687 Millionen Rubel sowie Rechenanlagen für rund 280 Millionen Rubel". Waren also, mit denen Ungarns herrschende neue Bourgeoisie sich Chancen gegenüber den westlichen imperialistischen Ländern sowie den Ländern der Dritten Welt ausrechnet. Die Sowjetunion kassiert diese hingegen zu einem Spottpreis.

Für die USA ist der ausgewählte Einsatz der Meistbegünstigungsklausel Mittel, in den Machtbereich des Sozialimperialismus einzudringen und zu spalten. Die herrschende neue Bourgeosie in Ungarn macht den Versuch, die Konkurrenz der beiden Supermächte um Weltherrschaft auszunutzen, um ihre Abhängigkeit von der sozialimperialistischen Macht zu lockern. Der Abschluß mit den USA über die Meistbegünstigungsklausel ist hierbei ein Fixpunkt. Sie will im Warenexport in die USA Fortschritte machen und den aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse gezogenen Profit für sich realisieren.

Der Umfang des Geschäfts lockt. Fekete, stellvertretender Präsident der Ungarischen Nationalbank: „Der Wert des jährlichen ungarisch-amerikanischen Handelsverkehrs beträgt 150 Mio. Dollar, während der meistbegünstigte polnisch-amerikanische Handelswert jährlich eine Mrd. Dollar ausmacht."

In erwähnenswertem Volumen begannen die Handelsbeziehungen zwischen Ungarn und den USA erst 1975. Damals wurde der „Rat für ungarisch-amerikanische Wirtschaftsbeziehungen" gegründet. In den letzten drei Jahren wurden zwischen ungarischen Unternehmen und US-Firmen verschiedene Lizenzverträge, Gründung gemischter Gesellschaften und Lieferungen in die USA vereinbart. Die ungarische Nationalbank erhält Sitz in New York und einen ersten großen Kredit. Schließlich kommt im Januar 1978 US-Außenminister Vance nach Budapest, übergibt die Stefanskrone und macht alles klar für den Abschluß über die Meistbegünstigung.

Entsprechend äußerte sich jüngst ein ZK-Sekretär der ungarischen revisionistischen Partei zur „ungarisch-sowjetischen Freundschaft":

„Die Erkennung und Anerkennung jener Rolle, welche die Sowjetunion in der Welt schon seit sechzig Jahren spielt, steht nicht im Gegensatz dazu, daß jede Partei die Pflicht hat, eine Politik zu erarbeiten und zu praktizieren, welche den Gegebenheiten des Landes am meisten entspricht." Es sei Pflicht, „die Positionen des Sozialismus und des Fortschritts in ihrer eigenen Heimat zu festigen."

Kossygin deklarierte hingegen die „weitere Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration und bessere Ausnutzung der Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung."

Diese Ausnutzung bestand Ungarn gegenüber darin, daß es Energie zu teuren Preisen von der Sowjetunion importieren muß und die eigene Produktion drosseln mußte: Die Kohleproduktion in Ungarn war bis 1976 auf einen Anteil von 39,6% an der ungarischen Brennstoffbilanz gesunken (1960: 72,4%). Nunmehr hat Ungarn Maßnahmen beschlossen, bis 1980 die Produktion von Kohle von 1976 ca. 26 Mio. Tonnen auf 40 Mio. Tonnen im Jahr zu steigern. Es wurde mit der Erschließung von Kohlevorkommen und der Vorbereitung der Inbetriebnahme neuer Kohlebergwerke begonnen. Der Bau eines eigenen Wärmekraftwerks ist geplant, gleichfalls die gesteigerte Förderung von Erdgas. Das für die Macht und den Profit von Breschnews Imperium grundlegende Monopol auf Energiestoffe und deren Lieferung wird angegriffen. Breschnews „völlige harmonische Einheit" in seinem Reich beruht auf den Militärstiefeln der neuen Zaren. Gegenmaßnahmen der Sozialimperialisten gegen die Versuche Ungarns, wie Polens und der CSSR, ihre Kontrolle zu beschränken, kann die Entwicklung der Widersprüche dieser kleineren RGW-Staaten zur sozialimperialistischen Supermacht nur beschleunigen. – (Korrespondentenbericht Wien)

Ungarn wehrt sich gegen neue Erdölpreiserhöhung der Sozialimperialisten

Zu Anfang des Jahres hat die Sowjetunion den Preis für das von ihr an Ungarn gelieferte Erdöl von 49,2 Rubel pro Tonne auf 59,2 Rubel, also um 21,3%, erhöht. Nach Presseberichten plant Ungarn, seine Währung einseitig gegen den Rubel aufzuwerten, um dieser Plündermaßnahme entgegenzuwirken.

Die von Ungarn importierten Ölprodukte kommen zu über drei Vierteln aus der Sowjetunion. Der Preis für sowjetisches Rohöl hat sich mit der letzten Preiserhöhung seit 1971, als die Tonne rund 15 Rubel kostete, fast vervierfacht. Im gleichen Zeitraum haben sich die Importe Ungarns an Erdöl etwas mehr als verdoppelt. 1970 importierte Ungarn 4,3 Mio. Tonnen Rohöl, 1976 8,8 Mio. Tonnen. Für seine Ölimporte aus der Sowjetunion mußte Ungarn 1976 mit 377,3 Mio. Rubel fast den fünffachen Preis von 1970 (77,4 Mio. Rubel) bezahlen.

Um mit Hilfe ihrer wachsenden Erdölimporte die von ihnen abhängigen osteuropäischen Staaten zu plündern, setzten die Sozialimperialisten 1975 im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) durch, daß die Erdölpreise zwischen den Staaten des RGW jährlich auf der Basis der durchschnittlichen Weltmarktpreise aus dem Zeitraum der vorausgegangenen fünf Jahre neu festgelegt werden. Auf Grundlage dieses Beschlusses stieg der Preis des von den Sozialimperialisten verkauften Erdöls allein 1975 um 87%.

Der Handel innerhalb des RGW wird in „Transferrubeln" berechnet. Die Austauschkurse des Transferrubels werden auf den Konferenzen des RGW festgelegt. Sie sehen so aus, daß die Währungen und damit die in die Sowjetunion exportierten Waren der anderen osteuropäischen Staaten gegenüber den sowjetischen unterbewertet werden. Der Transferrubel gilt nur für den Handel innerhalb des RGW, und mit dieser Währung können die einzelnen Staaten nur Waren im Tausch aus anderen RGW-Staaten kaufen. Die Sowjetunion hat Ungarn militärisch besetzt, über 30% des ungarischen Außenhandels werden mit der Sowjetunion abgewickelt. Sie kann bis jetzt praktisch entscheiden, was in Ungarn produziert wird und welche Preise sie für ungarische Waren zahlt.

Während Ungarn immer mehr Erdöl importieren muß, geht seine eigene Produktion an Brennstoffen zurück. 1970 wurden in Ungarn 27,5 Mio. Tonnen Kohle gefördert, 1976 nur noch 25,3 Mio. Tonnen. Die Ausbeutung der ungarischen Erdölvorkommen entwickelt sich nur langsam: 1970 wurden 2,2 Mio. t gefördert, 1976 3,5 Mio. t.

Die Industrieproduktion wird auf die Bedürfnisse der Sowjetunion ausgerichtet. 1970 produzierte Ungarn z.B. 3815 Lastwagen, die einen großen Teil des eigenen Bedarfs deckten und von denen 1485 exportiert wurden. Im gleichen Jahr produzierte Ungarn 5983 Busse. Aufgrund eines von der Sowjetunion diktierten Beschlusses des RGW produzierte Ungarn 1976 nur noch 1461 Lastwagen und muß heute importieren. Die Busproduktion ist dagegen auf 11446 Stück gestiegen, von denen 9414 exportiert werden, der Großteil davon im Tausch gegen teures Öl in die Sowjetunion.

Die ungarische Bourgeoisie versucht, sich von den Erpressungen mit der Abhängigkeit von den Erdöllieferungen der Sozialimperialisten zu befreien. Zusammen mit Jugoslawien, der CSSR und Kuweit baut Ungarn eine Pipeline von Rijeka an der Adria in die Tschechoslowakei, aus der Ungarn bis zu 10 Mio. t jährlich, also mehr als heute die Sowjetunion liefert, wird beziehen können. Zum ersten Mal hat die ungarische Presse in diesem Jahr die sowjetischen Preisforderungen und damit das Ausmaß der Plünderabsichten veröffentlicht. Die Zeitschrift „Petroleum Economist" meldet in ihrer Februarausgabe, daß Ungarn angekündigt habe, es werde den ungarischen Forint einseitig, also gegen die RGW-Beschlüsse, um 20% gegenüber dem Transferrubel aufwerten, um die Wirkung der Ölpreiserhöhung auszugleichen. Offizielle ungarische Stellen haben daraufhin auf Anfrage erklärt, diese Meldung sei „stark übertrieben", es handle sich um eine Aufwertung von „höchstens 4,5 bis 5%". Der stellvertretende polnische Wirtschaftsminister Krzak hat im Nachrichtenorgan MID am 24.1.78 erklärt, Polen erwäge angesichts der Preisforderungen der Sowjetunion eine Aufwertung des Zloty, andere RGW-Staaten hätten ähnliche Pläne. Ein solcher Schritt Ungarns und der anderen von der Sowjetunion unterdrückten RGW-Staaten würde der Herrschaft der sozialimperialistischen Räuber einen schweren Schlag versetzen. – (Z-Red.)

US-Imperialisten wollen Türkei in die Knie zwingen

Abwertung des türkischen Pfundes erpreßt – Die Volksmassen sollen zahlen

Die türkische Währung ist in der letzten Woche zum vierten Mal innerhalb eines dreiviertel Jahres abgewertet worden, diesmal um ca. 33,7% gegenüber der DM. Insgesamt beträgt der Wertverfall der türkischen Lira seit Juli 1977 über 35%.

Seit Monaten versuchen die US-Imperialisten, die Türkei in die Knie zu zwingen, indem sie die enorme Staatsverschuldung (1977: Handelsbilanzdefizit von 3,7 Mrd. Dollar, kurzfristige Kredite von 2,8 Mrd. Dollar werden 1978 fällig) zur Erpressung gegenüber der türkischen Regierung nutzen. Die Regierung Ecevit, seit etwas mehr als zwei Monaten im Amt, soll auf die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) eingehen, um einen Kredit von 300 bis 500 Millionen Dollar zu erhalten.

Das von den US-Imperialisten geforderte „Sanierungsprogramm" verfolgt den Zweck, die Volksmassen in der Türkei für die Raub- und Plünderungspolitik der Imperialisten zahlen zu lassen. Die ungeheuer angewachsenen Importe, die 1977 das Zweieinhalbfache der Exporte ausmachten, sind Ergebnis der Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft; die Industrialisierung geht nur aufgrund von Geschäften der Imperialisten, vor allem der Supermächte, vonstatten. Die US-Imperialisten haben sich mit Waffenlieferungen eingemischt vor dem offenen Ausbruch des sogenannten Zypern-Konflikts 1974; seither belegen sie die Türkei mit einem „Waffenembargo", heuchlerisch von „friedlicher Einigung" schwätzend, die zuvor in der Zypernfrage erzielt werden müsse, bevor wieder Waffen geliefert würden. Tatsache ist jedoch, daß die Türkei, wie ein Sprecher der Regierung vor kurzem enthüllt hat, täglich 1,2 Mio. Dollar in Form von Devisen für Waffen zahlen muß, die sie über die NATO-Staaten erhält. Die Währungsreserven der Türkei sind inzwischen auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren angelangt; 560 Mio. Dollar bei täglichen Devisenausgaben von insgesamt 6,2 Mio. Dollar sind Anzeichen für den drohenden vollständigen Ruin. In dieser Lage hoffen die US-Imperialisten auf den großen Fischzug und die „Einsicht" Ecevits, das IWF-Zwangsprogramm zu akzeptieren. Es sieht vor, daß die Löhne der türkischen Arbeiter eingefroren werden, die Devisen der im Ausland arbeitenden Lohnabhängigen mit 50% besteuert werden, ebenso alle Auslandsreisen, die darüberhinaus nur einmal in zwei Jahren gestattet sein sollen. Die Importe sollen auf maximal 5 Milliarden Dollar begrenzt werden, was unweigerlich zu Lasten der Verbrauchsgüter der Massen gehen wird, denn die Importe von Investitionsgütern und Rohstoffen, vorwiegend aus den imperialistischen Staaten, sollen erhöht werden, um über den Ausbau der Industrie die Exporte zu steigern. Die Preise für Lebensmittel sind in der Türkei im Oktober und November 1977 um 50% gestiegen, bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 25%. Die Arbeitslosigkeit beträgt 15%, das sind ca. 3 Millionen Lohnabhängige.

Die Abwertung der türkischen Lira wird die Inflation enorm verschärfen, den Volksmassen importierte Waren unerschwinglich machen und, sofern sie darauf nicht verzichten können, weil es lebensnotwendige Dinge sind, horrende Preise abpressen. Dagegen rechnen sich die Imperialisten beträchtliche Profite aus. Der Kapitalexport wird gesteigert, ohne daß sie auch nur einen Pfennig mehr investieren. Sowohl die US-Imperialisten lauern auf diese fette Beute als auch die Sozialimperialisten, die ihren Betrug mit den sogenannten „Kompensationsgeschäften" betreiben: Sie lassen Rohstoffe in der Türkei verarbeiten und eignen sich dann die billigen Produkte an, um sie mit Extraprofit selbst zu exportieren; so „fördern" sie vor allem die Stahlproduktion, die Energieerzeugung und die Aluminiumproduktion. Für die Verteuerung der Importe an Investitionsgütern und Rohstoffen sollen die türkischen Volksmassen über Lohnraub und Ausplünderung zahlen. Die Einfuhr von Konsumgütern der türkischen Arbeiter im Ausland soll mit drastischen Steuern belegt werden.

Die „Sanierung" der türkischen Wirtschaft dient in den Absichten der Imperialisten einem infamen Zweck: „Die Wirtschaftskrise der Türkei steht in engem Zusammenhang mit der ungelösten Außenpolitik. Zypern nimmt in dieser Hinsicht die erste Stelle ein. (....) Der Unterhalt eines türkischen Expeditionskorps auf der Mittelmeerinsel kostet viel Geld. Die Wirtschaft des von der Türkei besetzten Teils der Insel steht immer noch auf schwachen Füßen und bedarf hoher Zuschüsse aus dem ‚Mutterland'." (Handelsblatt, 1.3.78)

Wenn die US-Imperialisten jetzt verbreiten, Ecevit solle „Zugeständnisse" bei den zur Zeit stattfindenden Gesprächen mit dem griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis machen in bezug auf die „territorialen Ansprüche" der Türkei in Zypern – ohne das werde der IWF-Kredit nicht fließen –, ist das der Gipfel der Unverschämtheit. Die Türkei soll in Zypern die Rolle des Vorpostens des US-Imperialismus spielen und die Unabhängigkeit der Mittelmeerinsel hintertreiben. Die Kosten dafür sollen die türkischen Volksmassen tragen. Die US-Imperialisten spekulieren auf die Sicherung Zyperns als einem entscheidenden Stützpunkt im strategischen Kampf mit dem Sozialimperialismus um die Herrschaft über den Mittelmeerraum.

Neben den Verhandlungen zwischen Ecevit und Karamanlis in der Schweiz haben Vertreter der griechischen und der türkischen Bevölkerung auf Zypern für die nächste Zeit ein Treffen vereinbart. So ohne weiteres werden die Imperialisten weder Zypern noch die Türkei auf dem Tablett serviert bekommen. Sie haben die Volksmassen in ihrem Kalkül unterschätzt. – (Z-Red.)

J.W. Stalin: Grundlagen des Leninismus

Anläßlich des 25. Todestages J.W. Stalins

Vor fünfundzwanzig Jahren, am 5. März 1953, ist Genosse Josef Wissarionowitsch Stalin gestorben. Das war für die Revisionisten in der KPdSU das Signal, um unter dem Mantel des „Kampfes gegen den Personenkult" nach der Macht zu greifen, um den Kapitalismus in der Sowjetunion zu restaurieren. Mao Tsetung sagte 1956:

„Ich möchte noch einige Worte zum 20. Parteitag der KPdSU sagen. Ich denke es gibt zwei ‚Schwerter': das eine ist Lenin, das andere ist Stalin. Das Schwert Stalin ist von den Russen abgelegt worden. Gomulka und einige Leute in Ungarn haben es ausgesucht, um nach der Sowjetunion zu stechen, um es als sogenannten Stalinismus zu bekämpfen. Die Kommunistischen Parteien vieler europäischer Länder haben die Sowjetunion auch kritisiert, und ihr Anführer ist Togliatti. Auch die Imperialisten benutzen dieses Schwert, um die Leute damit zu erschlagen. Dulles z.B. hat es einige Zeitlang geschwungen. Wir Chinesen haben es nicht abgelegt. Zuerst verteidigen wir Stalin und zweitens kritisieren wir zur gleichen Zeit seine Fehler, und wir haben den Artikel geschrieben ‚Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats'. Anders als einige Leute, die versucht haben, Stalin zu diffamieren und zu zerstören, handeln wir in Übereinstimmung mit der objektiven Realität.

Und ist das Schwert Lenin nicht auch von einigen sowjetischen Führern bis zu einem gewissen Grade weggeworfen worden? Aus meiner Sicht ist es ziemlich weit weggeworfen worden. Ist die Oktoberrevolution noch richtig? Kann sie noch als Beispiel für alle Länder gelten? Chruschtschows Bericht an den 20. Parteitag der KPdSU sagte, es ist möglich, die Staatsmacht über den parlamentarischen Weg zu ergreifen, das heißt nichts anderes als zu sagen, es ist nicht mehr nötig für alle Länder, von der Oktoverrevolution zu lernen. Einmal dieses Tor geöffnet, ist der Leninismus im großen und ganzen verworfen." (Mao Tsetung, Rede auf der zweiten Sitzung des 8. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, 15.11.1956, Werke Band V, englische Ausgabe, S. 341)

Die historischen Wurzeln des Le-

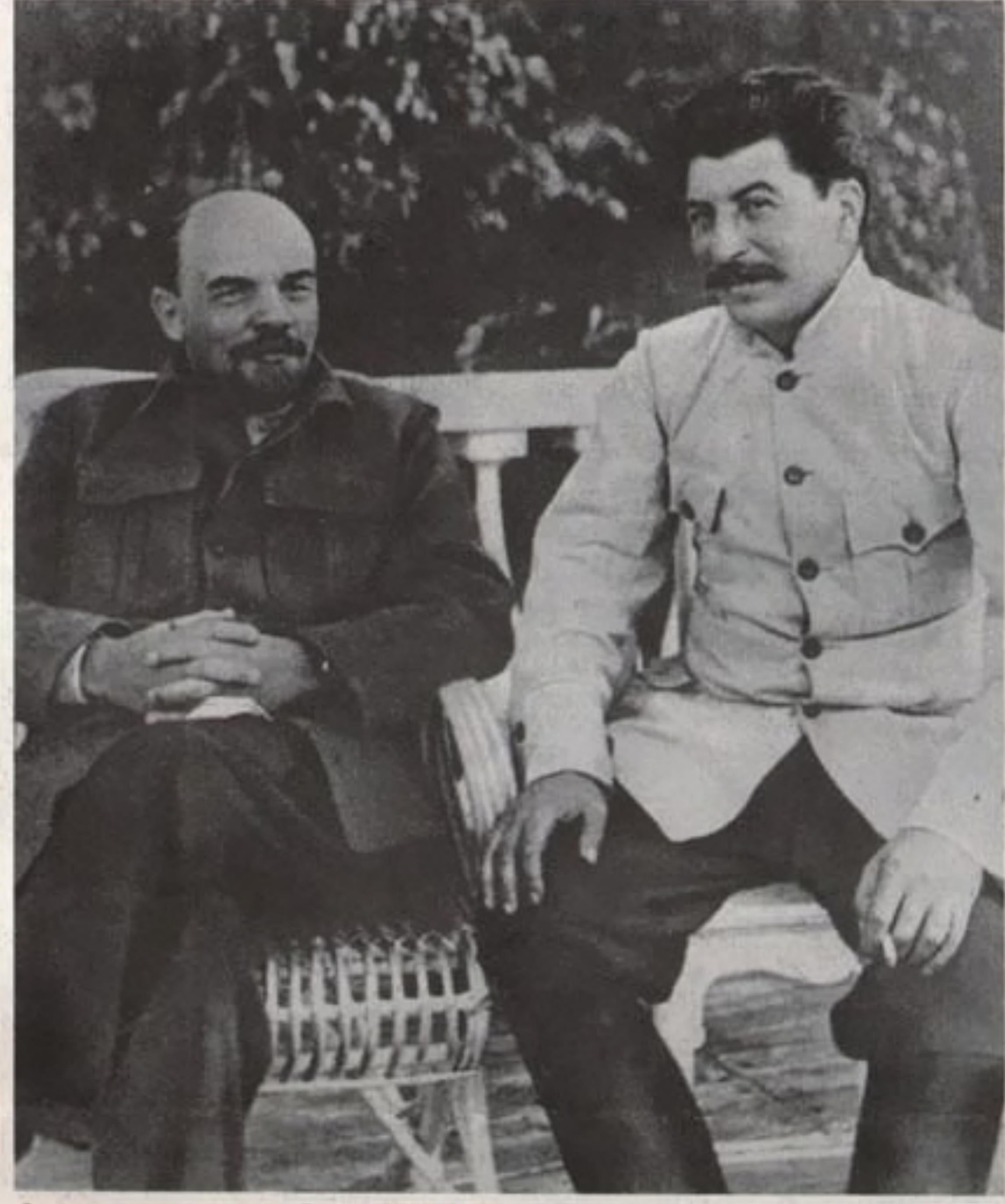
Die historischen Wurzeln des Leninismus

„Der Leninismus erwuchs und gestaltete sich unter den Bedingungen des Imperialismus, als sich die Widersprüche des Kapitalismus bis zum äußersten zugespitzt hatten, als die proletarische Revolution zu einer Frage der unmittelbaren Praxis wurde, als die alte Periode der Vorbereitung der Arbeiterklasse zur Revolution an die neue Periode des direkten Sturms auf den Kapitalismus heranrückte und in sie hinüberwuchs.

Lenin bezeichnete den Imperialismus als ‚sterbenden Kapitalismus'. Weshalb? Weil der Imperialismus die Widersprüche des Kapitalismus bis zum höchsten Grad, bis zu den äußersten Grenzen steigert, jenseits deren die Revolution beginnt. Von diesen Widersprüchen sind drei Widersprüche als die wichtigsten zu betrachten.

Der erste Widerspruch ist der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. Der Imperialismus ist die Allmacht der monopolistischen Truste und Syndikate, der Banken und der Finanzoligarchie in den Industrieländern. Im Kampf gegen diese Allmacht erwiesen sich die üblichen Methoden der Arbeiterklasse – Gewerkschaften und Genossenschaften, parlamentarische Parteien und parlamentarischer Kampf – als völlig unzureichend. Entweder du ergibst dich dem Kapital auf Gnade und Ungnade, vegetierst in alter Weise weiter und sinkst immer tiefer, oder du greifst zu einer neuen Waffe – so stellt der Imperialismus die Frage vor den Millionenmassen des Proletariats. Der Imperialismus führt die Arbeiterklasse an die Revolution heran.

Der zweite Widerspruch ist der Widerspruch zwischen den verschiedenen Finanzgruppen und imperialistischen Mächten in ihrem Kampf um Rohstoffquellen, um fremde Territorien. Der Imperialismus ist Kapitalexport nach den Rohstoffquellen, wütender Kampf um den Monopolbesitz dieser Rohstoffquellen, Kampf um die Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt, ein Kampf, der mit besonderer Verbissenheit von den neuen Finanzgruppen und Mächten, die ‚einen Platz an der Sonne' suchen, gegen die alten Gruppen und Mächte geführt wird, die an dem Eroberten zäh festhalten. Dieser wütende Kampf zwischen den verschiedenen Kapitalistengruppen ist deshalb bedeutsam, weil er als unausbleibliches Element imperialistische Kriege in sich schließt, Kriege zur Eroberung fremder Gebiete. Dieser Umstand ist seinerseits deshalb bedeutsam, weil er zur Folge hat, daß sich die Imperialisten gegenseitig schwächen, daß die Position des Kapitalismus überhaupt geschwächt wird, daß der Moment der proletarischen Revolution näher rückt und daß diese Revolution zur praktischen Notwendigkeit wird.



W.I. Lenin und J.W. Stalin in Gorki 1922

W.I. Lenin und J.W. Stalin in Gorki 1922

Der dritte Widerspruch ist der Widerspruch zwischen der Handvoll herrschender ‚zivilisierter' Nationen und den Hunderten von Millionen der kolonialen und abhängigen Völker der Welt. Der Imperialismus ist die schamloseste Ausbeutung und unmenschlichste Unterdrückung der Hunderte von Millionen zählenden Bevölkerung riesiger Kolonien und abhängiger Länder. Extraprofit herauszupressen – das ist das Ziel dieser Ausbeutung und dieser Unterdrückung. Der Imperialismus ist aber gezwungen, in den Ländern, die er ausbeutet, Eisenbahnen, Fabriken und Werke zu bauen, Industrie- und Handelszentren anzulegen. Das Aufkommen der Klasse der Proletarier, das Entstehen einer einheimischen Intelligenz, das Erwachen des nationalen Selbstbewußtseins, das Erstarken der Befreiungsbewegung – das sind die unvermeidlichen Folgen dieser ‚Politik'. Das Erstarken der revolutionären Bewegung in allen Kolonien und abhängigen Ländern ohne Ausnahme beweist dies augenfällig. Dieser Umstand ist für das Proletariat deshalb wichtig, weil er die Positionen des Kapitalismus an der Wurzel unterhöhlt, indem er die Kolonien und abhängigen Länder aus Reserven des Imperialismus in Reserven der proletarischen Revolution verwandelt.

Das sind im allgemeinen die wichtigsten Widersprüche des Imperialismus, die den alten ‚blühenden' Kapitalismus in den sterbenden Kapitalismus verwandelt haben.

Die Bedeutung des imperialistischen Krieges, der vor zehn Jahren ausbrach, besteht unter anderem darin, daß er alle diese Widersprüche zu einem Knoten schürzte und sie in die Waagschale warf, wodurch er die revolutionären Schlachten des Proletariats beschleunigte und erleichterte.

Mit anderen Worten: Der Imperialismus führte nicht nur dazu, daß die Revolution praktisch unvermeidlich wurde, sondern auch dazu, daß für den unmittelbaren Sturm auf die Festen des Kapitalismus günstige Bedingungen geschaffen wurden.

Das war die internationale Situation, die den Leninismus hervorbrachte.

Das ist ja alles ganz gut, wird man uns erwidern, aber was hat das mit Rußland zu tun, das doch kein klassisches Land des Imperialismus war und es auch nicht sein konnte? Was hat das mit Lenin zu tun, der vor allem in Rußland und für Rußland gewirkt hat? Weshalb ist gerade Rußland zur Heimstätte des Leninismus geworden, zum Geburtsland der Theorie und Taktik der proletarischen Revolution?

Weil Rußland der Knotenpunkt aller dieser Widersprüche des Imperialismus war.

Weil Rußland mehr als irgendein anderes Land mit der Revolution schwanger ging, und weil aus diesem Grunde nur Rußland imstande war, diese Widersprüche auf revolutionärem Wege zu lösen.

Beginnen wir damit, daß das zaristische Rußland ein Herd jeder Art von Unterdrückung war, sowohl der kapitalistischen als auch der kolonialen und militärischen, in ihrer unmenschlichsten und barbarischsten Form. Wem ist es nicht bekannt, daß in Rußland die Allmacht des Kapitals mit dem Despotismus des Zarismus verschmolz, die Aggressivität des russischen Nationalismus mit dem Henkertum des Zarismus gegenüber den nichtrussischen Völkern, die Ausbeutung ganzer Gebiete – der Türkei, Persiens, Chinas – mit der Eroberung dieser Gebiete durch den Zarismus, mit dem Eroberungskrieg? Lenin hatte recht, als er sagte, daß der Zarismus ein ‚militärisch-feudaler Imperialismus' sei. Der Zarismus war die Konzentration der ins Quadrat erhobenen negativsten Seiten des Imperialismus.

Ferner. Das zaristische Rußland war eine gewaltige Reserve des westlichen Imperialismus nicht nur in dem Sinne, daß es dem ausländischen Kapital, das so ausschlaggebende Zweige der Volkswirtschaft Rußlands wie die Brennstoff- und Hüttenindustrie in seinen Händen hielt, freien Zutritt gewährte, sondern auch in dem Sinne, daß es den westlichen Imperialisten Millionen Soldaten zur Verfügung stellen konnte. Erinnern Sie sich der russischen Vierzehnmillionenarmee, die an den imperialistischen Fronten ihr Blut vergoß, um die Riesenprofite der englischen und französischen Kapitalisten zu sichern.

Weiter. Der Zarismus war nicht nur der Wachhund des Imperialismus im Osten Europas, sondern auch eine Agentur des westlichen Imperialismus, dazu bestimmt, aus der Bevölkerung Hunderte von Millionen an Zinsen für die Anleihen herauszupressen, die ihm in Paris und London, in Berlin, in Brüssel gewährt worden waren.

Schließlich war der Zarismus der treueste Bundesgenosse des westlichen Imperialismus bei der Aufteilung der Türkei, Persiens, Chinas usw. Wem ist es nicht bekannt, daß der imperialistische Krieg vom Zarismus im Bündnis mit Imperialisten der Entente geführt wurde, daß Rußland ein wesentliches Element dieses Krieges war?

Deshalb waren die Interessen des Zarismus und des westlichen Imperialismus miteinander verschlungen und verflochten sich schließlich zu einem einzigen Knäuel imperialistischer Interessen.

Konnte sich der westliche Imperialismus mit dem Verlust einer so mächtigen Stütze im Osten und eines so reichen Reservoirs an Kräften und Mitteln abfinden, wie es das alte, zaristische, bürgerliche Rußland war, ohne alle seine Kräfte zu einem Kampf auf Leben und Tod gegen die Revolution in Rußland eingesetzt zu haben, um den Zarismus zu verteidigen und zu erhalten? Natürlich konnte er das nicht!

Daraus folgt aber: Wer den Schlag gegen den Zarismus führen wollte, mußte unvermeidlich gegen den Imperialismus ausholen, wer sich gegen den Zarismus erhob, mußte sich auch gegen den Imperialismus erheben, denn wer den Zarismus zu stürzen suchte, der mußte auch den Imperialismus stürzen, sofern er wirklich gedachte, den Zarismus nicht nur zu zerschlagen, sondern ihn auch restlos zu vernichten. Die Revolution gegen den Zarismus näherte sich somit der Revolution gegen den Imperialismus, der proletarischen Revolution und mußte in sie hinüberwachsen.

Indessen wuchs in Rußland eine gewaltige Volksrevolution empor, an deren Spitze das revolutionärste Proletariat der Welt stand, das einen so ernst zu nehmenden Verbündeten besaß wie die revolutionäre Bauernschaft Rußlands. Bedarf es noch eines Beweises, daß eine solche Revolution nicht auf halbem Wege stehenbleiben konnte, daß sie im Falle ihres Erfolges weitergehen und das Banner der Erhebung gegen den Imperialismus aufpflanzen mußte?

Deshalb mußte Rußland zum Knotenpunkt der Widersprüche des Imperialismus werden, nicht nur in dem Sinne, daß diese Widersprüche wegen

Sinne, daß diese Widersprüche wegen

ihres besonders ungeheuerlichen und besonders unerträglichen Charakters gerade in Rußland am leichtesten aufbrachen; nicht nur, weil Rußland eine höchst wichtige Stütze des westlichen Imperialismus war, die das Finanzkapital des Westens mit den Kolonien des Ostens verband, sondern auch deshalb, weil nur in Rußland die reale Kraft vorhanden war, die die Widersprüche des Imperialismus auf revolutionärem Wege zu lösen vermochte.

Daraus folgt aber, daß die Revolution in Rußland unvermeidlich zu einer proletarischen Revolution werden mußte, daß sie gleich in den ersten Tagen ihrer Entwicklung internationalen Charakter annehmen, daß sie folglich unvermeidlich den Weltimperialismus in seinen Grundfesten erschüttern mußte.

Konnten sich die russischen Kommunisten bei einer solchen Sachlage in ihrer Arbeit auf den eng nationalen Rahmen der russischen Revolution beschränken? Natürlich nicht! Im Gegenteil, die ganze Situation, sowohl die innere (die tiefgehende revolutionäre Krise) als auch die äußere (der Krieg), trieb sie dazu, in ihrer Arbeit über diesen Rahmen hinauszugehen, den Kampf in die internationale Arena zu tragen, die Eiterbeulen des Imperialismus aufzudecken, die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus zu beweisen, den Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus zu zerschmettern und schließlich im eigenen Lande den Kapitalismus zu stürzen und für das Proletariat eine neue Kampfwaffe, die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution, zu schmieden, um den Proletariern aller Länder den Sturz des Kapitalismus zu erleichtern. Die russischen Kommunisten konnten gar nicht anders handeln, denn nur auf diesem Wege konnte man auf gewisse Veränderungen in der internationalen Lage rechnen, die Rußland vor einer Restauration der bürgerlichen Zustände sicherzustellen vermochten.

Deshalb wurde Rußland zur Heimstätte des Leninismus und der Führer der russischen Kommunisten, Lenin, zu seinem Schöpfer.

Mit Rußland und Lenin ‚passierte' hier ungefähr dasselbe wie mit Deutschland und Marx-Engels in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Deutschland ging damals ebenso wie Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der bürgerlichen Revolution schwanger. Marx schrieb damals im ‚Kommunistischen Manifest':

‚Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht, und weil es diese Umwälzung unter fortgeschrittneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt, und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im siebenzehnten und Frankreich im achtzehnten Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann.'

Mit anderen Worten, das Zentrum der revolutionären Bewegung verschob sich nach Deutschland.

Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß gerade dieser Umstand, der von Marx in dem angeführten Zitat hervorgehoben wird, die wahrscheinliche Ursache dafür bildete, daß gerade Deutschland das Geburtsland des wissenschaftlichen Sozialismus und die Führer des deutschen Proletariats, Marx und Engels, seine Schöpfer wurden.

Dasselbe gilt, jedoch in noch höherem Grade, von Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Rußland befand sich in dieser Periode am Vorabend der bürgerlichen Revolution, es sollte diese Revolution unter fortgeschritteneren Bedingungen in Europa und mit einem entwickelteren Proletariat als Deutschland in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts (ganz zu schweigen von England und Frankreich) vollbringen, wobei alle Umstände dafür sprachen, daß diese Revolution zum Ferment und Vorspiel der proletarischen Revolution werden mußte.

Es ist gewiß kein Zufall, daß Lenin schon im Jahre 1902, als die russische Revolution erst zu keimen begann, in seiner Schrift ‚Was tun?' die folgenden prophetischen Worte schrieb:

‚Die Geschichte hat uns (d.h. den russischen Marxisten. *J.St.*) jetzt die nächste Aufgabe gestellt, welche die

nächste Aufgabe gestellt, welche die

revolutionärste von allen *nächsten* Aufgaben des Proletariats irgendeines anderen Landes ist.'

‚Die Verwirklichung dieser Aufgabe, die Zerstörung des mächtigsten Bollwerks nicht nur der europäischen, sondern (wir können jetzt sagen) auch der asiatischen Reaktion, würde das russische Proletariat zur Avantgarde des internationalen revolutionären Proletariats machen.' (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 5, S. 345 (deutsch in ‚Ausgewählte Werke' in zwei Bänden, Bd. I, S. 197).

Mit anderen Worten, das Zentrum der revolutionären Bewegung mußte sich nach Rußland verschieben.

Bekanntlich hat der Verlauf der Revolution in Rußland diese Voraussage Lenins vollauf bestätigt.

Ist es nach alledem verwunderlich, daß das Land, das eine solche Revolution vollbracht hat und ein solches Proletariat besitzt, zum Geburtsland der Theorie und Taktik der proletarischen Revolution geworden ist?

Ist es da verwunderlich, daß der Führer des russischen Proletariats, Lenin, zugleich auch zum Schöpfer dieser Theorie und Taktik und zum Führer des internationalen Proletariats geworden ist?"

(J.W. Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1972, S. 4-12)

Das Bundessozialgericht: Instanz zur Betreibung flankierender Maßnahmen zur Plünderung der Kassen der Sozialversicherung

3. Artikel aus der Serie: Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales

„Jahrhundertwerk“

Seit über hundert Jahren führt die Arbeiterklasse einen harten Kampf um die Sozialversicherungen, um sich so gegen die Folgen der kapitalistischen Ausbeutung abzusichern. So erkämpfte sich die Arbeiterklasse bereits unter Bismarck das Krankenversicherungsgesetz (1883), das Unfallversicherungsgesetz (1884) und die Alters- und Invalidenversicherung (1889).

Seit dieser Zeit versucht die Bourgeoisie die Versicherungskassen unter ihre Kontrolle zu bringen und die staatliche Aufsicht auszubauen. Noch 1883 war im Krankenversicherungsgesetz festgelegt, wie die Streitigkeiten zu regeln sind, seit 1884 ist das Reichsversicherungsamt oberste Entscheidungsinstanz.

1911, drei Jahre vor dem imperialistischen Weltkrieg, wird durch die Zusammenfassung aller Versicherungsgesetze in der Reichsversicherungsordnung und durch die Einrichtung des Versicherungs- und Oberversicherungsamtes neben dem Reichsversicherungsamt die staatliche Aufsicht, Kontrolle und Unterdrückung mittels der sozialen Gesetzgebung vollends ausgebaut.

Das ist die Tradition, in der sich die „soziale Gesetzgebung“ der BRD seit ihrer Gründung befindet, auf die die Bourgeoisie so stolz ist. Die staatliche Kontrolle und Aufsicht über die Arbeiterklasse und Volksmassen noch weiter zu verfeinern, das „Netz der sozialen Sicherheit“ noch enger zu knüpfen, die Arbeiterklasse im Klassenkampf zu schwächen und zu spalten und den Kampf um ausreichend Lohn zu verhindern, dies verfolgt die westdeutsche Bourgeoisie auch nach 1945 mit ihrer sozialen Gesetzgebung. Da die Arbeiterklasse bereits zweimal die Erfahrung gemacht hat, daß die Bourgeoisie für ihre Expanisonspolitik und Kriegsführung die Versicherungskassen geplündert und sie als Mittel der Unterdrückung benutzt hat, mußte die Bourgeoisie zunächst behutsam vorgehen.

Als erstes machte sie sich dran, die „fühlbare Lücke“, die durch den Wegfall des Reichsversicherungsamtes nach dem zweiten Weltkrieg entstand, zu schließen. Fehlte ihr doch jetzt die Instanz, über deren Rechtsprechung sie die Kontrolle und Unterdrückung der Volksmassen und ihren Zugriff auf die Gelder der Versicherungskassen besonders gut verwirklichen konnte. So wird 1954 das Bundessozialgericht eingerichtet. Es stand aber von Anfang an fest, daß es „mit einer einfachen Nachahmung des alten Reichsversicherungsamtes und der Reichsversicherungsgerichte“ nicht getan ist. (Oberregierungsrat Dr. Werner Wilde, 1954)

Ende der 60er Jahre, nachdem es der
Ende der 60er Jahre, nachdem es der Bourgeoisie gelungen ist, durch ihre Lohnpolitik, durch Verschleiß der Arbeitskraft sowie die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat die Volksmassen durch das System der „sozialen Leistungen“ in staatliche Abhängigkeit zu bringen, machte sie sich dran, unter dem Vorwand, das Sozialgesetz zu „vereinfachen und zu vereinheitlichen“, um das „Rechtsverständnis des Bürgers und damit sein Vertrauen in den sozialen Rechtsstaat zu fördern“, das Netz der Unterdrückung und Gängelung erneut enger zu knüpfen und vor allem die Versicherungskassen dem Anspruch der Volksmassen zu verschließen. Die Neufassung der Sozialgesetzgebung wurde 1969 als sozialdemokratisches „Jahrhundertwerk“ in Angriff genommen.

1975 wird es in seinen ersten Teilen vom Bundestag verabschiedet.

Hand in Hand mit der Konzeption einer Zusammenfassung aller einzelnen Teile der sozialen Gesetzgebung sorgt die Bourgeoisie, daß das Bundessozialgericht jetzt vom Ballast der Revisionen freigehalten wird, um sich seinen „eigentlichen“ Aufgaben zu widmen. Diese liegen besonders auf dem Gebiete der „Rechtsfortbildung“ (Bundesarbeitsminister Arendt, 1974) Dazu gehört z.B „die Konkretisierung und Verdeutlichung von Grundbegriffen wie z.B. Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit usw.“. (Bundessozialgerichtspräsident Wannagat)

In welchem Sinn dann das Bundessozialgericht die Rechtsprechung entwikkelt, zeigt das Beispiel mit der Bestimmung des Begriffs „Beschäftigungsverhältnis“. Bei einem Streik oder legaler Aussperrung ist das versicherungsrechtliche Beschäftigungsverhältnis der Arbeitnehmer nicht beendet, also bestehen „die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung und die darauf beruhenden Ansprüche weiter“. Dies kann, so Wannagat, eine erhebliche „Mehrbelastung für die Krankenversicherungsträger“ bedeuten. Das BSG hat dies dadurch gemildert, daß „die Unschädlichkeit der Unterbrechung der Beschäftigung“ auf drei Wochen beschränkt worden ist. Verständlicherweise leitet die Bourgeoisie die neue Ära mit dem Jubel ein: „Das Reichsversicherungsamt ist tot. Es lebe das Bundessozialgericht.“ (Schiekel, Präsident des hessischen Landessozialgerichts, 1954)

„Breite Bevölkerungsschichten sind heute gegenüber Lebensrisiken, die alle treffen können, in hohem Maße gesichert. Das beispielhaft dichte Netz der sozialen Sicherung hält auch in wirtschaftlich schwierigen Lagen der Belastung stand, das System der sozialen Sicherung hat sich bewährt. Die neue Gesetzgebung wird zur finanziellen Konsolidierung beitragen und die soziale Sicherheit für die Zukunft weiter gewährleisten.“

Mit diesen Worten leitet Herbert Ehrenberg eine aus seinem Hause erstattete „Übersicht über die soziale Sicherung“, Stand April 1977, ein. Was Gesetzgebung und Rechtsprechung zur „finanziellen Konsolidierung in wirtschaftlich schwieriger Lage“ heißt, das haben heute bereits Millionen am eigenen Körper gespürt, manch einer hat bereits mit dem Leben bezahlt. Das Netz der „sozialen Sicherung“ enger zu schnüren zur politischen Fesselung der Arbeiterklasse und umfassenden Plünderung der Versicherungskassen ist für die Bourgeoisie eine große, verantwortungsvolle Aufgabe. Die Verrichtung dieser Aufgabe erfordert politischen Weitblick und ein hohes Maß an sozialer Demagogie und Verschlagenheit. Das erwartet die westdeutsche Bourgeoisie von ihrer Richterschaft, die sie berufen hat zur Unterstützung und Flankierung ihres sozialen Unterdrückungs- und Bespitzelungsapparates.

Tagungen des Richterbundes, Bundestage des Deutschen Sozialgerichtsverbandes, Richterwochen des BSG und ähnliche Zusammenkünfte sind die zentralen Schaltstellen, in denen die Spitzenkräfte der Finanzbourgeoisie mit ihren Richtern, Professoren, Ministern und Amtsleitern „Rechtsfortbildung“ und „Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung“, sprich Plünderung der Kassen berät. So befaßte sich etwa der 7. Bundestag des Sozialgerichtsverbandes im Oktober 1977 mit dem Problem der „Auswirkungen von Inflation, Konjunktur und Unterbeschäftigung auf das System der sozialen Sicherheit“. Ein Prof. Dr. Kloten forderte hier „eine durchgreifende Sanierung der Sozialversicherung“. „Es müsse versucht werden, die Soziallastquote wieder zu senken.“
Soziallastquote wieder zu senken.“ Besser nicht durch Beitragserhöhungen: „Höhere Versicherungsbeiträge würden, wenn möglich, bei dem Verteilungskampf zwischen den Tarifpartnern durch höhere Bruttolöhne kompensiert. Das belaste die Unternehmen mit höheren Kosten und führe zu höheren Preisen oder niedrigen Gewinnen.“

Was meint dieser Mann? Er fordert, daß für die versicherten Arbeiter die Kassen zu schließen sind. Berücksichtigt man, daß seit 1974 die Reallöhne der westdeutschen Arbeiterklasse ständig, inzwischen an das Niveau von 1970 gesunken sind, während sich die Ausgaben aus dem Netz der sozialen Sicherung seit 1960 bis 1975 gut verdreifacht haben, wird deutlich, daß die „Sanierung der Versicherungen“ Abschottung der Versicherungskassen bedeutet. Besonders deutlich wird diese Absicht der Bourgeoisie und ihrer höchsten Sozialgerichte, wie wir sehen werden, am Beispiel der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente.

Das BSG bereitet die Beseitigung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente vor

Für den in der kapitalistischen Profitschinderei zerschlissenen Arbeiter tritt der Zustand der Berufsunfähigkeit im Gefolge von Krankheit und Gebrechen auf. Mit dieser praktischen Feststellung hat aber die Frage des Rentenanspruchs nichts, aber auch gar nichts zu tun. So äußert sich beispielsweise der Richter am LSG Essen, Louven, zynisch in einer juristischen Fachzeitschrift (NJW 77, 707) „Häufig bescheinigen Ärzte ihren Patienten, sie seien berufsunfähig (und damit rentenberechtigt).“ Damit „äußert er (der Arzt, der Verf.) sich nicht zu einer medizinischen Frage, sondern zu einer komplexen Rechtsfrage. Das ist ebenso falsch, als wenn ein Gericht bei einem Versicherten von sich aus z.B. eine hepatitis acuta (akute Leberentzündung, Red.) diagnostizieren würde.“ Wann ein Arbeiter berufsunfähig krank im Sinne des Gesetzes ist, das hat die Bourgeoisie wohlweislich in ihren Gesetzen in 113 Worten verklausuliert.

„§ 1246 Abs.2 RVO: Berufsunfähig ist ein Versicherter, dessen Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen und geistigen Kräfte auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Der Kreis der Tätigkeiten, nach denen die Erwerbsunfähigkeit eines Versicherten zu beurteilen ist, umfaßt alle Tätigkeiten, die seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechen und ihm unter Berücksichtigung der Dauer und der besonderen Anforderungen seiner bisherigen Berufstätigkeit zugemutet werden können. Zumutbar ist stets eine Tätigkeit, für die der Versicherte durch Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit mit Erfolg ausgebildet oder umgeschult worden ist.“

Diese 113 Wörter bilden ein Dikkicht an Unterdrückung und Schikane in Form der Ablehnung unzureichender Anträge, nicht ausreichend nachgewiesener Wartezeiten, Ausfallzeiten, amtsärztlicher Atteste, Gutachten usw. Ist dann am Ende die Erwerbsunfähigkeit juristisch nachgewiesen, heißt das noch nicht, daß damit die Rente endlich fließen kann. Der „Antragsteller“ kann vielmehr auf andere zumutbare Erwerbstätigkeiten verwiesen werden. Zumutbar für wen, ist die Frage? Hinter dem Begriff der „Zumutbarkeit“ droht die Fuchtel des bürgerlichen Staates, der inzwischen durch die rechtsetzende Kraft des BSG eine juristische Hindernisbahn geschaffen hat, an dessen Ende niemand mehr ankommen soll.

Herabqualifizierung der Arbeitskraft und direkte Lohnsenkung

Das BSG hat die Beurteilung der Arbeitskraft des Arbeiters zu diesem Zweck in drei Stufen eingeteilt: Gelernter Facharbeiter, angelernter Arbeiter, ungelernter Arbeiter (BSG, in Bd.38, 153). Als Faustregel gilt, daß verwiesen werden kann

„(1) der Facharbeiter auf Tätigkeiten eines Facharbeiters, eines angelernten und eines ungelernten Arbeiters, wenn sich diese Tätigkeiten aus dem Kreis der sonstigen ungelernten Arbeiten deutlich hervorheben,

(2) der Spezialarbeiter auf angelernte Arbeiten und ungelernte Tätigkeiten, die nicht zu den einfachsten ungelernten Arbeiten gehören,

(3) der ungelernte Arbeiter auf Arbeiten ungelernter Art“. (zitiert nach NJW 77, 707)

Damit hat das BSG den ehrenbergschen Behörden den Weg gewiesen, die Rentenkasse zugunsten von Weiter(herab)-Vermittlung abzudichten und zugleich weitere Mittel zur behördlich verordneten Lohnsenkung entwickelt. Aber es fehlte noch, wie sich in der Praxis bald zeigte, die Entscheidung darüber, was geschehen soll, wenn es mit der Abqualifizierung nicht klappt, also eine Vermittlung nicht zustande kommt. Dann müßte ja Rente gezahlt werden. Zur Klärung dieser Frage sah sich der Große Senat des BSG zu folgender Grundsatzentscheidung verpflichtet (es war über die Berufsunfähigkeit eines nur für Teilzeitarbeiten Fähigen zu entscheiden, Beschluß vom 10.12.1976).

„2. Der Versicherte darf auf Tätigkeiten für Teilzeitarbeiten nicht verwiesen werden, wenn ihm für diese Tätigkeiten der Arbeitsmarkt praktisch verschlossen ist. 3. Dem Versicherten ist der Arbeitsmarkt praktisch verschlossen, wenn ihm weder der Rentenversicherungsträger noch das zuständige Arbeitsamt innerhalb eines Jahres seit Stellung des Rentenantrages einen für ihn in Betracht kommenden Arbeitsplatz anbieten kann.“

Versicherungsamt und Arbeitsamt haben damit praktisch die Möglichkeit bekommen, den Arbeiter, dessen Arbeitskraft vollkommen vernutzt ist, noch 1 Jahr hinzuhalten. Ein Jahr unter dem Zwang, jede Arbeit, die von den (Zwangs-)Arbeitsämtern und Versicherungsbehörden oktroyiert wird, annehmen zu müssen, unter der Gefahr bei „selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit“ auch noch das Arbeitslosengeld zu verlieren.

Hatte das BSG nun entschieden, daß Berufs- und Erwerbsunfähigkeit eine Frage der Nichtvermittelbarkeit ist, kommt es jetzt darauf an, daß nach unten kräftig vermittelt wird. Wir hatten bereits das 3-Stufen-Schema als ein Mittel dafür dargestellt. Selbstverständlich bedeutet dieses Schema für das BSG „kein Beharren auf einer überlebten Berufs-, Standes- oder Prestigeordnung“ (Urteil vom 20.1.1976). Auszugehen ist dabei vielmehr von der „Wirklichkeit des Berufslebens“. Geschützt werde auch keineswegs gleichbleibender Lohn, sondern die „Wertschätzung des Berufs“, „welche Lohneinbuße der Ver-
sicherte im Einzelfall in Kauf zu neh-
sicherte im Einzelfall in Kauf zu nehmen hat, ist von untergeordneter Bedeutung“ (Urteil vom 29.4.1976).

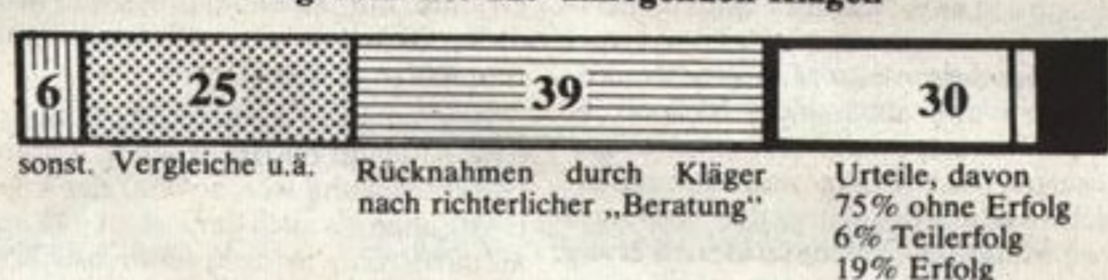
Mit dieser Entscheidung hat das BSG den Versicherungsämtern in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern die Schleusen geöffnet zur vollständigen Beseitigung der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten. Das BSG hat sodann gleich ein praktisches Beispiel für „zumutbaren sozialen Abstieg“ und Lohneinbuße mitgeliefert: Die Tätigkeit eines erfahrenen Waldfacharbeiters als Pförtner bedeute keinen „sozialen Abstieg“, auch wenn die Lohneinbuße fast 25% betrage (Urteil vom 29.4.76). 6,30 DM Stundenlohn gegenüber 8,50 DM zuvor erscheint den Richtern, die bekanntlich noch nicht einmal für das Doppelte arbeiten würden, als durchaus zumutbar. Der Richterbund – entschieden für Fortentwicklung des Rechts – fragt dann auch offen, „ob es überhaupt noch einer zweiten Rentenart zum Schutze vor dem Risiko einer Minderung der Erwerbsfähigkeit bedarf, und ob eine zweite Rente neben der Rente der Erwerbsunfähigkeit nicht auch angesichts der finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich die gesetzliche Rentenversicherung ersichtlich befindet, verzichtet werden sollte ...“ (Die Sozialgerichtsbarkeit 13/77, 515). Solange die Bourgeoisie die Kontrolle über die Sozialversicherung hat, wird sie versuchen, die Arbeiterklasse und die Volksmassen noch weiter in das Netz der sozialen Sicherheit zu schnüren und die Kassen als Kapitalquelle für ihre imperialistischen Abenteuer verwenden. Das hat die Geschichte bewiesen. Die Arbeiterklasse kämpft um die Kontrolle ihrer Versicherungen und die Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten. – (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bremen-Unterweser)

Das Sozialgerichtsverfahren – fachbezogen, gebührenfrei Betrug an den Volksmassen

Der besonders soziale Charakter der westdeutschen Sozialgerichtsbarkeit in der Ideologie der Bourgeoisie soll damit unterstrichen werden, daß die beiden unteren Instanzen grundsätzlich gebührenfrei sind. Der Pferdefuß wird jedoch sichtbar, denn das bedeutet zugleich, daß ein Kläger kein Recht besitzt, über das Armenrecht sich einen Anwalt beiordnen zu lassen, der ihm helfen könnte, durch das schier unentwirrbare Gestrüpp des Gesetzes, Verordnungen und Verfügungen hindurchzuschauen (RVO: über 1500 Paragrafen). Voraussetzung für eine Klageerhebung ist grundsätzlich, daß vorher eine sogen. Vorverhandlung zur Belehrung der Kläger und Beklagten stattgefunden hat. Wie fruchtbar diese „Belehrung“ wirkt, zeigt sich daran, daß 39% der von den Sozialgerichten entschiedenen Klagen durch Rücknahmen und 15% durch gemauschelte Vergleiche zu Fall gebracht werden (vgl. Grafik).

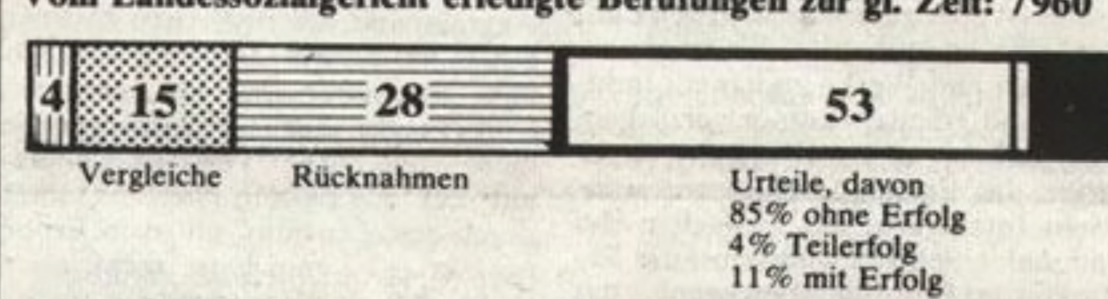
Daß vor dem BSG eine anwaltliche Vertretung über Armenrecht möglich, ja anwaltliche Vertretung sogar Pflicht ist, ist vor dem Hintergrund zu beurteilen, daß die Bereitschaft der Anwälte, vor dem Sozialgericht zu verteidigen, dadurch gebremst wird, daß ihre Vergütung höchstens die Hälfte dessen erreicht, was sie z.B. vor dem Amtsgericht in einer Strafsache bekommen würden, und daß gleichzeitig „die Materie allgemein bei Volljuristen als schwierig angesehen wird“, wie der Landessozialrichter Louven zugeben mußte (NJW 77, 709).

Vom Sozialgericht erledigte Klagen im 1. Halbjahr '77 – 70814 von insgesamt 209129 anliegenden Klagen



d.h. von 70814 eingereichten Klagen bekam der Kläger in 3964 Fällen seinen Anspruch anerkannt.

Vom Landessozialgericht erledigte Berufungen zur gl. Zeit: 7960



Im gleichen Zeitraum wurden am BSG 442 Revisionen entschieden. Die relative Zahl der zum BSG gelangten Klagen nimmt insbesondere in der letzten Zeit rapide ab:

	1973	1974	1975	1976	1.Hj.'77
neueingegangene Klagen (SG)	138479	153218	126851	141021	71027
neueingegangene Revisionen (BSG	2025	1939	1064	830	375
Anteil in %	1,5	1,3	0,8	0,6	0,5

(Alle Zahlen aus: Arbeits- u. Sozialstatist. Mitteilungen d. BMA)

BSG: Entscheidungen von barem Geld für die Bourgeoisie

„Die im Jahre 1912 geborene Klägerin begehrt von der beklagten LVA eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, hilfsweise wegen Berufsunfähigkeit (BSG v. 10.12.76).

Die Klägerin ist ungelernte Arbeiterin. In der Zeit von 1926 bis 1965 war sie als Hausgehilfin, Ziegeleiarbeiterin, landwirtschaftliche Arbeiterin, Fabrikarbeiterin, Wäschereiarbeiterin und Arbeiterin in einer Weinkellerei versicherungspflichtig beschäftigt ... Sie ist nur noch fähig, körperliche Arbeiten leichter Art im Wechsel von Sitzen und Stehen etwa 5 bis 6 Stunden täglich auszuüben, sofern es sich nicht um Akkord- und Fließbandarbeiten oder solche Arbeiten handelt, die eine normale Greiffunktion der linken Hand erfordern. Sie kann keine Arbeiten in der industriellen Fertigung, im Büro sowie im Dienstleistungs-, Reinigungs- und handwerklichen Sektor verrichten.“

Rechnung:

Unter der Annahme, daß die Arbeiterin durchschnittlich ebenso hohe Versicherungsbeiträge wie der Durchschnitt aller Versicherten der Arbeiter- und Angestellten-Versicherungskassen gezahlt und insgesamt von 1926 bis 1965 gleich 39 Jahre gearbeitet hat, stünde ihr, grob überschlagen, folgende Rente zu: (Rente: 36o DM monatl., Berechnungsverfahren s. Jäger, SV-Recht Berlin 1975). Vor der Klageerhebung (Feb. '71) bis zur Revisionsentscheidung durch das BSG (Dez. '76) sind insgesamt 71 Monate vergangen. D.h., es konnten bisher auf diese Weise ca. 25300 DM in den Kassen zurückbehalten werden. Diese Arbeiterin konnte nach 39 Jahren Ausbeuterei allein 5 Jahre ihrer verdienten und sicherlich nicht mehr allzulangen Altersruhe damit verbringen, zwischenzeitlich bei Verwandten oder aber der Sozialhilfe ihren Lebensunterhalt zu erbetteln.

In der nächsten KVZ:
Das Versicherungsamt in Berlin – Geschaffen von der Bourgeoisie des Reiches durch kaiserliches Dekret; auf die Höhe des Klassenkampfes gegen die Arbeiter gebracht von der faschistischen deutschen Bourgeoisie; im ganzen Umfange seiner Unterdrückung und Schikanierung der Arbeiter wiedererkannt und renoviert von H. Ehrenberg.

Zurück zur Familie oder „Freiheit der Liebe"?

Bourgeoispropaganda gegen die proletarische Ehe als revolutionäres Kampfbündnis gegen den bürgerlichen Staat

Ist der völlige Sittenverfall nur noch durch Rückbesinnung auf die fossilen (vorweltlich, als Versteinerung erhalten – nach Brockhaus) Lebensformen, was die Familie, Ehe, Treue und Keuschheit sind, aufzuhalten? Oder ist es gerade andersherum an der Zeit, die Familie und Ehe bürgerlichen Rechts aufzulösen oder gar zu zerstören und an ihre Stelle die Freiheit der Liebe und Sexualität zu stellen? Ist die Befreiung des Proletariats überhaupt möglich ohne die vorherige Befreiung vom Joch der Ehe und Familie?

In diesen Fragestellungen stoßen scheinbar zwei verschiedene Positionen aufeinander. Auf der einen Seite die christliche Reaktion, auf der anderen Seite die verschiedenen Schattierungen der „linken Szene", die sich gern der revolutionären Bewegung zugehörig fühlen und beziehungsreiche Namen wie „Pflasterstrand" oder „Arbeiterkampf" tragen. Von beiden Seiten werden neuerlich hohe „Geistlichkeiten" aufgeboten, welche, einmal den Tintenfüller in der Hand, sich derart erregen, daß sie gleich seitenfüllend zu diesen Fragen schwadronieren. Das genannte Magazin „Arbeiterkampf" hat eigens zur Behandlung dieser Fragen feste Seiten eingerichtet. Die gleiche Erscheinung findet man in den christlichen Kirchenblättern wieder.

Der Ruf der christlichen Reaktion nach Rückbesinnung auf die ehrwürdigen bürgerlichen Tugenden der Treue, Keuschheit und Ehe sind rein demagogischer Natur. Längst ist die bürgerliche Familie durch die kapitalistische Entwicklung des Heiligenscheins beraubt und alle Familienbande zerrissen und zertreten worden. Die Familie, als bloßes Bündnis im Kampf gegen den Hunger, reduziert die menschlichen Beziehung in bloße Überlebensgemeinschaften. Die Forderung der christlichen Reaktion nach Rückkehr zu den fossilen Lebensformen ist längst erreicht, das „Glück" in der bürgerlichen Familie bleibt lediglich als Hirngespinst in den Köpfen der christlichen Reaktion erhalten.

Die beschleunigte Einführung der Schichtarbeit, das Hineinpressen der Frauen und Kinder in die Fabrik, die von der Bourgeoisie erzwungene „Mobilität" der Arbeitskraft zerreißt die letzten kümmerlichen Fäden der Familienbande. Wachsendes Elend auf seiten der besitzlosen Massen, hervorgebracht durch gewaltsame Kürzung des Arbeiterlohns, führt zunehmend zur Herausbildung von reproduktionsgenossenschaftsähnlichen Zusammenschlüssen, was die durchschlagende Wirkung des auf ein Minimum zusammengestrichenen Arbeiterlohns abmildert, jedoch nie aufheben kann. Die Bildung von Fahrgemeinschaften,
Die Bildung von Fahrgemeinschaften,
Einkaufsgemeinschaften bis hin zur Weitergabe getragener Kleidung sind Ausdruck solcher Zusammenschlüsse.

„Ebensowenig wie die Form der Familie bürgerlichen Rechts hinreicht, um die Produktionsgenossenschaft der Arbeiterklasse zu organisieren, und wie diese bürgerliche Familie deswegen von der kapitalistischen Entwicklung, die die Vergesellschaftung der Produktion herstellt, zerschlagen wird, ebensowenig vermag die Familie bürgerlichen Rechts die Reproduktionsbedürfnisse der Arbeiterbevölkerung zu befriedigen." (Zerfall der Familie als Reproduktionsform der Arbeiterbevölkerung, in: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 6/1977)

Das Zerreißen aller Familienbande, die Verstreuung der Familienangehörigen in alle Himmelsrichtungen, die die kapitalistische Entwicklung hervorbringt, schafft für die besitzlosen Massen eine Lage, in der der *einzelne* Arbeiter, das *einzelne* Familienmitglied dem imperialistischen Staatsapparat gegenübersteht. In jede bisher noch freie Pore des gesellschaftlichen Lebens nisten sich Agenten des bürgerlichen Staatsapparates ein zwecks Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.

Diesem Vorgang der zunehmenden Vereinzelung des Proletariers versucht die „linke Szene" seine „emanzipatorischen" Seiten aufzustülpen. Das neben dem „Arbeiterkampf" zweite Hamburger Magazin, der „Stern", hat in der Ausgabe 10/1978 die Bereicherung des Freiheitsraumes des *einzelnen* entdeckt:

„Daß Männer weniger auf Ehefrauen angewiesen sind, Frauen weniger auf Ehemänner und beide zusammen nicht mehr auf Kinder, ist eine Folge der Industrialisierung. Mit den Maschinen kam die Lohnarbeit zunächst für das Proletariat, heute für 90% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Bundesrepublik. Gleichzeitig entwickelten sich Rentenfonds, Krankenversicherungen und ein perfektes Konsumangebot, das alle lebenwichtigen Güter und Dienstleistungen umfaßt, die früher innerhalb der Familie hergestellt oder erbracht wurden – von der Ausbildung bis zur Altenpflege. Im Zeitalter der Fernheizung und der Kantinen steht der Lohnarbeiter zum erstenmal vor der Situation, daß er – wenn er will – sein ganzes Geld für sich allein verbrauchen kann. Das wollen auch immer mehr Frauen: Denn eigener Lohn ist der schnellste Weg zur Emanzipation."

Wir erlauben uns, diesen kleinbürgerlichen Hirnverwindungen mit den Worten Friedrich Engels' zu antworten:

„Was für die herrschende Klasse gut ist, soll gut sein für die ganze Gesellschaft, mit der die herrschende Klasse sich identifiziert. Je weiter also die Zivilisation fortschreitet, je mehr ist sie genötigt, die von ihr mit Notwendigkeit geschaffenen Übelstände mit dem Mantel der Liebe zu bedecken, sie zu beschönigen oder wegzuleugnen, kurz eine konventionelle Heuchelei einzuführen, die weder früheren Gesellschaftsformen noch selbst den ersten Stufen der Zivilisation bekannt war und die zuletzt in der Behauptung gipfelt: Die Ausbeutung der unterdrückten Klasse werde betrieben von der ausbeutenden Klasse einzig und allein im Interesse der ausgebeuteten Klasse selbst; und wenn diese das nicht einsehe, sondern rebellisch werde, so sei das der schnödeste Undank gegen die Wohltäter, die Ausbeuter." (F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates)

Aus der durch den Fortgang der kapitalistischen Produktion bedingten Auflösung der Familie und Ehe bürgerlichen Rechts, was unter kapitalistischen Verhältnissen das Zuchthausdasein der Arbeiter in der Sphäre der Reproduktion verschärft, machen die „linken" Apologeten der Bourgeoisie neue Tugenden menschlichen Zusammenlebens. Die von der Bourgeoisie mit dem Geldbeutel erkaufte und weitervererbte „Freiheit der Liebe" wird von den Kleinbürgern der „linken Szene" begierig aufgeschlürft und gipfelt in einer Jagd nach irgendeiner über den Klassen stehenden Liebe, welcher der Mantel der Fortschrittlichkeit umgehängt wird.

„– Sie gehen um Mitternacht noch auf ein Bier, buchen kurzfristig eine Woche Spanien und können immer neu sein.
– Sie sind für den Trieb und gegen den Trott.
– Ich kann ausgehen, wann ich will. Ich kann gehen, wohin ich will, und schlafen, mit wem ich will.
– Dies ist eine Lebensform, auf die der Mensch Anspruch hat." (Stern Nr. 10/1978)

Friedrich Engels führt in seinem Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" gegen diese zutiefst bürgerliche Auffassung aus:

„Mit dieser Grundauffassung hat die Zivilisation Dinge vollbracht, denen die alte Gentilgesellschaft nicht im entferntesten gewachsen war. Aber sie hat sie vollbracht, indem sie die schmutzigsten Triebe und Leidenschaften der Menschen in Bewegung setzte und auf Kosten seiner ganzen übrigen Anlagen entwickelte. Die platte Habgier war die treibende Seele der Zivilisation von ihrem ersten Tag bis heute, Reichtum und abermals Reichtum und zum drittenmal Reichtum, Reichtum nicht der Gesellschaft, sondern dieses einzelnen lumpigen Individuums, ihr einzig entscheidendes Ziel." (F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates)

Was von dem kleinbürgerlich-individuellen Freiheitsgedusel von „Stern" bis „Arbeiterkampf" übrigbleibt, ist die Prostitution an die Bourgeoisie und die Aneignung ihrer verkommenen Lebensweise.

In einem Brief an Inès Armand schreibt Lenin:

„Über eines muß ich meine Meinung schon jetzt sagen:

§ 3 – die ‚Forderung (der Frau) nach Freiheit der Liebe' rate ich überhaupt zu streichen.

Hierbei kommt in Wirklichkeit keine proletarische, sondern eine bürgerliche Forderung heraus.

In der Tat, was verstehen Sie darunter? Was kann man *darunter verstehen?*

1. Freiheit von *materiellen (finanziellen) Berechnungen in der Liebe?*
2. Auch von *materiellen Sorgen?*
3. von religiösen Vorurteilen?
4. vom Verbot durch den Papa etc.?
5. von den Vorurteilen der ‚Gesellschaft'?
6. von den engen Verhältnissen des (bäuerlichen oder kleinbürgerlichen oder intelligenzlerisch-bürgerlichen) Milieus?
7. von den Fesseln des Gesetzes, des Gerichts und der Polizei?
8. vom Ernst in der Liebe?
9. vom Kinderkriegen?
10. Freiheit des Ehebruchs? usw.

Ich habe viele (natürlich nicht alle) Schattierungen aufgezählt. Sie meinen natürlich nicht Nr. 8 – 10, sondern entweder Nr. 1 – 7 oder so etwas Ähnliches *wie Nr. 1 – 7.*

Aber für Nr. 1 – 7 muß man eine andere Bezeichnung wählen, denn Freiheit der Liebe drückt diesen Gedanken nicht exakt aus.

Das Publikum aber, die Leser der Broschüre, werden unweigerlich *unter ‚Freiheit der Liebe' allgemein so etwas wie Nr. 8 – 10 verstehen, selbst* gegen Ihren Willen.

Gerade weil in der heutigen Gesellschaft die geschwätzigsten, sich am lautesten gebärdenden und ‚oben sichtbaren' Klassen unter ‚Freiheit der Liebe' Nr. 8 – 10 verstehen, eben deshalb ist dies keine proletarische, sondern eine bürgerliche Forderung.

Für das Proletariat sind vor allem Nr. 1 und 2 wichtig, und dann Nr. 1 – 7, aber das ist eigentlich nicht ‚Freiheit der Liebe'.

Es geht nicht darum, was Sie subjektiv *darunter ‚verstehen wollen'. Es geht um die* objektive Logik *der Klassenbeziehungen in Liebesdingen."* (W.I. Lenin, Werke Band 35, Berlin 1971)

Die scheinbar entgegengesetzten Positionen, zum einen der Ruf nach Ehe, Treue und Keuschheit, zurück zu den Tugenden der „heiligen" Familie, zum anderen der Ruf nach „Freiheit der Liebe", sind in Wirklichkeit zwei Seiten ein und derselben Medaille. Beide Forderungen entsprechen der Klassenlage der Bourgeoisie und haben keine wirkliche materielle Basis bzw. ihre materielle Basis für die Proletarier verloren. Die ideologischen Manöver setzt die Bourgeoisie zur Spaltung der Volksmassen ein und bedient sich dabei des in den Mantel der Fortschrittlichkeit gehüllten Kleinbürgers, der für die Bourgeoisie zu einem dienlichen Instrument wird in der Durchsetzung der zuchthausmäßigen Organisierung der ganzen Gesellschaft, womit sie ihre Diktatur über die besitzlosen Massen zu verlängern sucht. Die Beziehungen der Proletarier untereinander können dagegen nur ihren Zweck erfüllen, wenn sie als revolutionäres Kampfbündnis gegen den imperialistischen Staatsapparat und die von ihm ausgeübte Unterdrückung gefaßt sind. – (Z-Red.)

„Wenn wir schon von Liebe reden, so kann in der Klassengesellschaft auch die Liebe nur Klassencharakter tragen" (Mao Tsetung)

G.W.F. Hegel

„Liebe heißt überhaupt das Bewußtsein meiner Einheit mit einem Anderen, so daß ich für mich nicht isoliert bin, sondern mein Selbstbewußtsein nur als Aufgebung meines Fürsichseins gewinne, und durch das Michwissen als der Einheit meiner mit dem Anderen und des Anderen mit mir. Die Liebe ist aber Empfindung, das heißt die Sittlichkeit in Form des Natürlichen: im Staate ist sie nicht mehr: da ist man sich der Einheit als des Gesetzes bewußt, da muß der Inhalt vernünftig sein, und ich muß ihn wissen. Das erste Moment in der Liebe ist, daß ich keine selbständige Person für mich sein will und daß, wenn ich dies wäre, ich mich mangelhaft und unvollständig fühle. Das zweite Moment ist, daß ich mich in einer anderen Person gewinne, daß ich in ihr gelte, was sie wiederum in mir erreicht. Die Liebe ist daher der ungeheuerste Widerspruch, den der Verstand nicht lösen kann, indem es nichts Härteres gibt als diese Punktualität des Selbstbewußtseins, die negiert wird und die ich doch affirmativ haben soll. Die Liebe ist das Hervorbringen und die Auflösung des Widerspruchs zugleich: als die Auflösung ist sie die sittliche Einigkeit." (G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, Stuttgart, Seite 303)

K. Marx

„Das unmittelbare, natürliche, notwendige Verhältnis des Menschen zum Menschen ist das *Verhältnis* des *Mannes* zum *Weibe*. In diesem *natürlichen* Gattungsverhältnis ist das Verhältnis des Menschen zur Natur unmittelbar in sein Verhältnis zum Menschen, wie das Verhältnis zum Menschen unmittelbar sein Verhältnis zur Natur, seine eigne *natürliche* Bestimmung ist. In diesem Verhältnis *erscheint* also *sinnlich*, auf ein anschaubares *Faktum* reduziert, inwieweit dem Menschen das menschliche Wesen zur Natur oder die Natur zum menschlichen Wesen des Menschen geworden ist. Aus diesem Verhältnis kann man also die ganze Bildungsstufe des Menschen beurteilen. Aus dem Charakter dieses Verhältnisses folgt, inwieweit der *Mensch* als *Gattungswesen*, als Mensch sich geworden ist und erfaßt hat; das Verhältnis des Mannes zum Weib ist das *natürlichste* Verhältnis des Menschen zum Menschen. In ihm zeigt sich also, in(wie)weit das *natürliche* Verhalten des Menschen *menschlich* oder inwieweit das *menschliche* Wesen ihm zum *natürlichen* Wesen, inwieweit seine *menschliche Natur* ihm zur *Natur* geworden ist. In diesem Verhältnis zeigt sich auch, in(wie)weit das *Bedürfnis* des Menschen zum *menschlichen* Bedürfnis, inwieweit ihm also der *andre* Mensch als Mensch zum Bedürfnis geworden ist, inwieweit er in seinem individuellsten Dasein zugleich Gemeinwesen ist." (Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), in: Marx-Engels-Werke, Ergänzungsband, Schriften bis 1844, Erster Teil, Seite 566)

„Setze den *Menschen* als *Menschen* und sein Verhältnis zur Welt als ein menschliches voraus, so kannst du Liebe nur gegen Liebe austauschen, Vertrauen nur gegen Vertrauen etc. Wenn du die Kunst genießen willst, mußt du ein künstlerisch gebildeter Mensch sein; Wenn du Einfluß auf andre Menschen ausüben willst, mußt du ein wirklich anregend und fördernd auf andere Menschen wirkender Mensch sein. Jedes deiner Verhältnisse zum Menschen – und zu der Natur – muß eine *bestimmte*, dem Gegenstand deines Willens entsprechende *Äußrung* deines *wirklichen individuellen* Lebens sein. Wenn du liebst, ohne Gegenliebe hervorzurufen, h.h., wenn dein Lieben als Lieben nicht die Gegenliebe produziert, wenn du durch deine *Lebensäußerung* als liebender Mensch dich nicht zum *geliebten Menschen* machst, so ist deine Liebe ohnmächtig, ein Unglück." (Ebenda, Seite 534)

W.I. Lenin

„‚Selbst eine flüchtige Leidenschaft und Verbindung' sei ‚poetischer und reiner' als ‚Küsse ohne Liebe' zwischen (spießigen und verspießerten) Eheleuten. So schreiben Sie. Und so wollen Sie in der Broschüre schreiben. Ausgzeichnet.

Ist diese Gegenüberstellung logisch? Küsse ohne Liebe zwischen spießigen Eheleuten sind *schmutzig*. Einverstanden. Ihnen muß man gegenüberstellen ... was? ... Man sollte meinen: Küsse mit *Liebe?* Sie aber stellen ihnen eine *‚flüchtige'* (warum flüchtige?) ‚Leidenschaft' (warum nicht Liebe?) gegenüber – es ergibt sich also logischerweise, daß (flüchtige) Küsse ohne Liebe ehelichen Küssen ohne Liebe gegenübergestellt werden ... Sonderbar. Wäre es für eine populäre Broschüre nicht besser, die kleinbürgerlich-intelligenzlerisch-bäuerliche (bei mir wohl Punkt 6 oder 5) spießige und schmutzige Ehe ohne Liebe der proletarischen Zivilehe mit Liebe gegenüberzustellen (mit dem Zusatz, wenn Sie schon unbedingt wollen, daß auch eine flüchtige Verbindung aus Leidenschaft schmutzig, daß sie aber auch rein sein kann). Bei Ihnen ist eine Gegenüberstellung nicht von klassenmäßigen *Typen* herausgekommen, sondern so etwas wie ein ‚Fall', der natürlich möglich ist. Aber geht es denn um Fälle?" (W.I. Lenin, Werke Band 35, Februar 1912 – Dezember 1922, Berlin, Seite 159)

Mao Tsetung

„So lautet beispielsweise eine Grundthese des Marxismus, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, daß die objektive Realität des Klassenkampfes und des nationalen Kampfes unser Denken und Fühlen bestimmt. Aber einige unserer Genossen stellen die Frage auf den Kopf und behaupten, daß alles von der ‚Liebe' ausgehen solle. Wenn wir schon von Liebe reden, so kann in der Klassengesellschaft auch die Liebe nur Klassencharakter tragen; aber diese Genossen jagen irgendeiner über den Klassen stehenden Liebe nach, einer abstrakten Liebe und ebenso auch einer abstrakten Freiheit, abstrakten Wahrheit, abstrakten Menschennatur usw. Das zeigt, daß solche Genossen stark von der Bourgeoisie beeinflußt worden sind. Sie müssen sich von diesem Einfluß restlos frei machen und in aller Bescheidenheit den Marxismus-Leninismus studieren ..." (Mao Tsetung, Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst, Peking 1967)

„Die Liebe als Idee ist ein Produkt der objektiven Praxis. Wir gehen überhaupt nicht von der Idee, sondern von der objektiven Praxis aus. Die Liebe zum Proletariat entstand in unseren aus der Intelligenz hervorgegangen Literatur- und Kunstschaffenden, weil die Gesellschaft sie veranlaßte, die Gemeinsamkeit des eigenen Schicksals mit dem des Proletariats zu fühlen. Unser Haß gegen den japanischen Imperialismus ist das Ergebnis der Unterdrückung durch den japanischen Imperialismus. In der Welt gibt es ebensowenig eine grundlose Liebe wie einen grundlosen Haß. Was die sogenannte Liebe zur Menschheit anbelangt, so hat es seit ihrer Aufspaltung in Klassen keine solche allumfassende Liebe gegeben. Diese Liebe wurde von allen herrschenden Klassen der Vergangenheit gern gepredigt; viele der sogenannten Weisen taten es ebenfalls, aber keiner hat sie je wirklich praktiziert, denn in der Klassengesellschaft ist sie unmöglich. Echte Liebe zur Menschheit ist erst dann möglich, wenn in der ganzen Welt die Klassen abgeschafft sind. Die Klassen haben die Gesellschaft in viele antagonistische Gruppen aufgespaltet; nach der Aufhebung der Klassen wird es eine Liebe zur ganzen Menschheit geben, doch jetzt gibt es eine solche Liebe noch nicht. Wir können Feinde nicht lieben, können die widerwärtigen Erscheinungen in der Gesellschaft nicht lieben; unser Ziel ist ihre Vernichtung. Das ist eine Binsenwahrheit; sollten das unsere Literatur- und Kunstschaffenden immer noch nicht begriffen haben ..." (Ebenda)

Kommunistische Volkszeitung